ISSN: 1865-9632

3,50 Euro
(Ausland: 5,00)

Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#71
Sommer 2018
lotta-magazin.de

RECHTS TERROR ISMUS

... jenseits des NSU

Außerdem: Die italienische extreme Rechte an der Macht +++ Smartphones – Genoss*innen in der Hosentasche? +++ Repression nach NoG20

Editorial

Liebe Leser_innen,

Seit Sommer 2013 haben wir über den NSU-Prozess und die Entwicklungen in den Parlamentarischer Untersuchungsausschuss in Hessen und NRW berichtet. Da die Urteilsverkündung im NSU-Prozess zwischen Layout und Drucklegung dieser Ausgabe lag, war es uns nicht mehr möglich, diese im Heft zu thematisieren. Wir werden daher zeitnah einen Rückblick auf den NSU-Prozess online unter www.lotta-magazin.de veröffentlichen. Doch mit dem Ende des Prozesses kann unter die Auseinandersetzung mit dem NSU noch lange kein Schlussstrich gezogen werden.

Am 1. März 2006 wurde der 68-jährige Fevzi Ufuk vor einer Moschee des türkischen Kulturvereins in Rheda-Wiedenbrück (Kreis Gütersloh/NRW) mit einem gezielten Schuss in den Kopf getötet. Bis heute ist der Mord nicht aufgeklärt. Recherchen des ZDF weisen nun auf eine mögliche Verbindung zum NSU hin. Die Adresse der Moschee befindet sich auf einer in den Trümmern der Zwickauer NSU-Wohnung gefundenen Liste. Außerdem wurde Fevzi Ufuk mit einem Projektil des Kalibers „9mm Browning kurz" erschossen, das jedoch aus einer „9mm Makarow" verschossen wurde. In den NSU-Asservaten findet sich eine „Ceska 82, 9mm Makarow", geladen mit ebenjener Munition. Nach der Selbstenttarnung des NSU gehörte der Mord an Ufuk zu den Fällen, die abermals überprüft werden sollten. Obwohl die Ermittler einen Bezug zu der Liste herstellten, werteten sie den Fall als „nicht relevant". Sie sahen als Grund für den Mord eher einen „für türkische Verhältnisse äußerst unsteten Lebenswandel des Opfers". Abermals offenbaren sich rassistische Muster in der Ermittlungsarbeit der Polizei.

Dass auch der Verfassungsschutz kein guter Partner im Kampf gegen die extreme Rechte und Rassismus ist, dürfte feststehen. Seit 2004 wurden 51 Projekte, die Gelder aus Demokratieförderprogrammen des Familienministeriums erhielten, vom Verfassungsschutz überprüft. Ein von den Bundesverbänden der Mobilen Beratung (BMB e.V.) und der unabhängigen Opferberatungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) in Auftrag gegebenes juristisches Gutachten kommt zu dem Ergebnis: Die Überprüfungen sind verfassungsrechtlich bedenklich und nicht verhältnismäßig. Bereits im letzten Jahr hatte das Land Hessen versucht, eine verpflichtende Sicherheitsüberprüfung von Mitarbeiter_innen in hessischen Präventionsprojekten durch den VS durchzusetzen (vgl. LOTTA #69). Mitte Juni berichtete *hessenschau.de*, dass das Land Hessen Menschen mit Migrationshintergrund, die für ihre herausragenden Leistungen geehrt werden sollen, zuvor vom LKA und VS auf ihre Unbescholtenheit und Verfassungstreue überprüfen lassen würde. Das staatliche Misstrauen mündet in einer rassistischen Überprüfungspraxis.

Am Abend des 4. Juli 2018 stürmte die Polizei schwer bewaffnet das linke Zentrum „Langer August" in Dortmund und beschlagnahmte mehrere Server. Rechtswidrig drang die Polizei in die Räumlichkeiten ansässiger linker Initiativen ein. Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen. Insgesamt werden die Verhältnisse nicht angenehmer: Die Verschärfung des Polizeigesetzes in NRW steht an und die CSU sägt in einem Maß an zivilisatorischen Grundstandards, dass es eigentlich keine AfD mehr braucht. Aber anstatt den Kopf in den Sand zu stecken: Tauscht euch aus, organisiert euch oder genießt zwischendurch einfach mal die Sonne. Zum Beispiel auf dem Antifa-Camp im Rheinland vom 16.—19. August (siehe Rückseite der LOTTA). Und kommt mal beim LOTTA-Infostand vorbei.

Ganz herzlich möchten wir uns bei allen bedanken, die uns bei der Erstellung dieser LOTTA-Ausgabe unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt unserem Gastautor Rainer Roeser, der einmal mehr einen Artikel über die AfD beigetragen hat.

Eure Lotta-Redaktion

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 29. Juni 2018. Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 23. Juli 2018.

ERRATUM

In der LOTTA #70 schrieben wir, der Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, Michael Espendiller, komme aus Aachen. Espendiller hat zwar an der RWTH Aachen promoviert, der aus dem Münsterland Stammende kandidierte aber im Wahlkreis 128 (Steinfurt III). Wir bitten diese Ungenauigkeit zu entschuldigen.

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Weder Sicherheit noch Freiheit ..... Seite 4
Das neue Polizeigesetz des Landes NRW

Schwerpunkt

Rechtsterrorismus ..... Seite 7
Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Terrorismus, Rechtsterrorismus, politische Gewalt ..... Seite 8
Versuch einer Begriffsbestimmung

Terrorismus-Anklage abgewiesen ..... Seite 12
Bundeswehr-Offizier plante Anschläge und beschaffte sich Waffen und Sprengstoff

„Reinigungsprozess im deutschen Volk“ ..... Seite 14
Die terroristische Dimension des Dreifachmordes von Overath

Organisation und internationales Netzwerk ..... Seite 17
„Combat 18“ in NRW und Hessen

Extreme Rechte

„Bürgerliche Widerstandsbewegung“ ..... Seite 21
Rechtsdrift und Binnenklima der AfD in NRW

Freispruch für Ralf S.? ..... Seite 23
Interview mit der „Mobilen Beratung“ zum Wehrhahn-Prozess

Youtube, Aufkleber und Teleskopschlagstöcke ..... Seite 26
Die „Identitäre Bewegung“ in Bochum

Mit „Angst“, „Widerstand“ und „Wahrheit“? ..... Seite 28
Wie rechte Gruppen Gewalt gegen Frauen und Politikverdruss instrumentalisieren

Wer den Schaden hat... ..... Seite 31
Das geplatzte Großevent in Wetzlar und die hessische NPD

Jens und Anhang ..... Seite 34
Die RechtsRock-Band „Sturmwehr“

Kurzmeldungen ..... Seite 36
Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

Braunzone

Der „Silberjunge“ im Höhenflug ..... Seite 45
Das rechte Netzwerk um Thorsten Schulte und „Pro Bargeld e.V.“

Professoren im Dienste der nationalen Erweckung ..... Seite 47
Das „Kondylis-Institut“ als intellektuelles Querfront-Netzwerk

Internationales

Von „Invasionen“ und „Menschenfleisch“ ..... Seite 50
Die italienische extreme Rechte an der Macht

Linke

Smartphones — Genoss*innen in der Hosentasche? ..... Seite 54

Geschichte/Geschichtspolitik

„1968“: Deutungskämpfe und Aktualität ..... Seite 57
Interview mit dem Historiker Detlef Siegfried

Justiz/Repression

Kriminalisierung von Protest ..... Seite 61
Über die Repression nach G20

Rezensionen

Über Verschwörungstheorien / Kulturkampf und Gewissen / Das Transitghetto Izbica ..... Seite 64

Foto: @infozentrale

Von Benjamin Derin

Weder Sicherheit noch Freiheit

Das neue Polizeigesetz des Landes NRW

Trojaner, Taser, Terroristen: Nicht nur in Bayern sorgen Änderungen des Polizeigesetzes derzeit für Aufsehen. Auch in NRW stößt das geplante Gesetzesvorhaben auf wachsenden Widerstand. Und in nahezu allen anderen Bundesländern sind derzeit Novellierungen der Polizeigesetze geplant oder vor kurzem umgesetzt worden. Schon seit geraumer Zeit reiht sich bundesweit Reform an Reform, wobei die Parameter stets dieselben sind: Vorverlagerung des Zugriffs, Ausbau von Befugnissen und Abbau externer Kontrollen.

Besonders umstritten ist der Begriff der sogenannten drohenden Gefahr. Hintergrund ist, dass die Polizei in Deutschland zwei Hauptaufgaben hat: die Strafverfolgung, also das Verfolgen bereits begangener Straftaten, und die Gefahrenabwehr, also das Verhindern zukünftiger Ereignisse. Letzteres regeln die Polizeigesetze der Bundesländer. Weil auch BeamtInnen die Zukunft nicht vorhersagen können, durfte bislang in der Regel nur eingegriffen werden, wenn der Eintritt eines konkreten Schadens ersichtlich kurz bevorstand, also bei „konkreter Gefahr". Im Gegensatz dazu ist die „drohende Gefahr" eine vom Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung zur Anti-Terror-Gesetzgebung entwickelte Kategorie, wonach bei besonders schwerwiegenden Bedrohungen Maßnahmen ausnahmsweise schon dann ergriffen werden dürfen, wenn ein Schadenseintritt zwar nicht kurz bevorsteht, aber in absehbarer Zeit denkbar ist. Damit werden die Anforderungen an die Begründung polizeilichen Handelns reduziert, der Eingriffszeitpunkt wird vorverlagert. Die gegenwärtige Reformwelle, beginnend mit dem damals eher wenig beachteten bayerischen Gefährdergesetz aus dem August 2017, hat offenbar zum Ziel, diese Anti-Terror-Ausnahme zum neuen Standard zu machen. Entsprechend wird auch im vorliegenden Gesetzentwurf für NRW eine Vielzahl von Befugnissen vom Erfordernis

einer konkreten Gefahr entkoppelt. So wird der Handlungsspielraum der Polizei erheblich erweitert, während eine nachträgliche Überprüfung der vorgenommenen Wertungen immer schwieriger wird. Denn wenn das polizeiliche Handeln eine potentielle Gefahr unterbinden soll, bevor sie sich konkretisiert, müssen dazu Verhaltensweisen bewertet werden, die weder verboten noch unmittelbar gefährlich sind. Die Annahme, es wäre im hypothetischen weiteren Verlauf zu Straftaten gekommen, ist naturgemäß keinem Beweis mehr zugänglich.

Telefonüberwachung und Staatstrojaner

Einen radikalen Einschnitt stellen die neuen Befugnisse zur Überwachung von Telekommunikation dar. Das heimliche Abhören und Mitlesen von Gesprächen war in NRW bisher nur zur Strafverfolgung gestattet, also beim konkreten Verdacht einer Straftat. Wie in einigen anderen Bundesländern wird dies nun auch in der präventiven Gefahrenabwehr erlaubt. Damit auch verschlüsselte Kommunikation — etwa über *Skype* oder *Whatsapp* — mitverfolgt werden kann, sieht das Gesetz gegebenenfalls die Umgehung der Verschlüsselung mittels eines Trojaners vor (sogenannte Quellen-TKÜ). Dabei wird ein Smartphone oder PC im Vorfeld gehackt, also von der Polizei mit einem Schadprogramm infiziert, das es ermöglicht, auf dem Gerät beliebig herumzuschnüffeln und Kommunikationsinhalte abzugreifen, nachdem sie vom User entschlüsselt wurden. Hierbei gehen die Behörden grundsätzlich wie herkömmliche HackerInnen vor und sind auf die Ausnutzung und Geheimhaltung bestehender Sicherheitslücken angewiesen. Weil sich der Staat damit in den Augen vieler zum Komplizen der Cyberkriminalität macht und gezielt Bemühungen zur IT-Sicherheit untergräbt, ist diese Methode höchst umstritten.

Elektronische Fußfessel, Aufenthaltsanordnung und Gewahrsam

Auch in NRW soll künftig die elektronische Fußfessel zum Einsatz kommen, zunächst zur Abwehr drohender terroristischer Gefahren und bestimmter Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder aus dem Bereich der häuslichen Gewalt. Konnte die Polizei bisher Personen nur verbieten, sich an bestimmten Orten aufzuhalten (Platzverweisung), darf sie nun umgekehrt untersagen, sich ohne Erlaubnis von einem bestimmten Ort, beispielsweise dem Wohnort, zu entfernen (Aufenthaltsanordnung) oder andere zu kontaktieren (Kontaktverbot). Die Maßnahme kann für bis zu drei Monate auferlegt und dann verlängert werden. Dass hiermit weitaus gravierendere Eingriffe in die Grundrechte als mit einer Platzverweisung verbunden sind, liegt auf der Hand. Während der des Platzes Verwiesene sich ansonsten frei bewegen kann, ähnelt beispielsweise ein mehrmonatiges Verbot, die eigene Wohnung zu verlassen, eher einer Inhaftierung. Nicht umsonst ist der Hausarrest in vielen Ländern beliebtes und bewährtes Mittel zur Ausschaltung von DissidentInnen. In die gleiche Kerbe schlägt die Erweiterung des präventiven Gewahrsams. Fortan darf eine Person bereits bei einer nur drohenden, noch nicht gegenwärtigen Gefahr in polizeilichen Gewahrsam genommen werden. Auch die Befristung bis zum Ende des nächsten Tages (also auf höchstens 48 Stunden) wird aufgehoben und durch ein gestaffeltes Fristsystem ersetzt, wonach der Gewahrsam nun je nach Gefahrenlage bis zu zehn Tage und bei terroristischer Gefahr sogar einen Monat fortdauern darf.

Der systematische Ausbau freiheitsentziehender Maßnahmen im Polizeirecht, das keinen Nachweis einer bestimmten Straftat erfordert und im Verhältnis zum Strafrecht mit wesentlich geringeren Betroffenenrechten ausgestattet ist, ist besorgniserregend.

Taser

Das neue Gesetz soll es der Polizei in Zukunft erlauben, sogenannte Distanzelektroimpulsgeräte einzusetzen. Diese besser als „Taser" bekannten Waffen schießen mit Widerhaken versehene Drahtprojektile ab, die sich im Körper festsetzen und Hochspannungsstromstöße aussenden, um das Opfer durch starke Schmerzen handlungsunfähig zu machen. Sie kommen bei Spezialeinheiten bereits seit der Jahrtausendwende zum Einsatz und sollen tödlichem Schusswaffengebrauch vorbeugen, werden aber von KritikerInnen wie *Amnesty International* weltweit immer wieder mit Missbrauch, Folter und Todesfällen in Verbindung gebracht. Da sie im Gesetzentwurf nicht als Schusswaffen kategorisiert sind, gelten für sie grundsätzlich keine besonderen Anwendungshürden.

Verdachtsunabhängige Kontrollen

Das neue Gesetz sieht die Befugnis zu verdachtsunabhängigen Kontrollen (sogenannte strategische Fahndung) vor, auch im Straßenverkehr und in öffentlichen Verkehrsmitteln. In Gebieten, in denen bestimmte Straftaten zu erwarten sind, dürfen Personen zunächst ohne konkreten Anlass angehalten, befragt und identitätsfeststellenden Maßnahmen unterzogen und dann gegebenenfalls durchsucht werden. Solche Kontrollen sind in der Vergangenheit kritisiert worden, weil sie sich besonders anfällig für institutionalisierten Rassismus und „racial profiling" zeigen. Bedenklich ist auch, dass die Polizei hier mittels kaum

nachprüfbarer Gefahrenprognosen ganze Gebiete einer Art Ausnahmerecht unterstellen kann. Insbesondere in Gegenden, die sich auch nur im weitesten Sinne als grenznah verstehen lassen, wird unter Berufung auf „grenzüberschreitende Kriminalität" regelmäßig mit solchen Kontrollen zu rechnen sein.

Ausweitung öffentlicher Videoüberwachung

Durften öffentliche Orte bislang nur dann mit Kameras überwacht werden, wenn dort tatsächlich wiederholt Straftaten begangen wurden, ist dies künftig auch gestattet, wenn die Polizei davon ausgeht, dass dies in Zukunft geschehen könnte. Gefilmt werden zudem nicht mehr nur die potentiellen Tatorte, sondern auch Orte, an denen Straftaten vorbereitet werden. Da dies auch mögliche Anfahrtswege etwa mit öffentlichen Verkehrsmitteln umfassen soll, stellt die geplante Neufassung eine ganz erhebliche Ausweitung der Videoüberwachungsbefugnisse dar. Bemerkenswert ist auch hier, wie der Fokus von faktischen, vergangenen Ereignissen zu zukünftigen, prognostizierten wandert und die Deutungshoheit damit weitgehend in die Sphäre der Polizei und ihrer Gefahrenanalysen verschoben wird.

Einordnung der neuen Polizeigesetze

Der NRW-Gesetzentwurf fügt sich nahtlos in die bundesweiten Entwicklungen der letzten Jahre ein. Immer neue Sicherheitsgesetze führen zu einem stetigen Kompetenzzuwachs und einer in der Bundesrepublik bisher nie dagewesenen Machtfülle bei der Polizei. Dabei darf die Polizei nicht nur mehr, sie darf es auch früher und wird dabei weniger kontrolliert. Entsprechend der gesamtgesellschaftlichen Tendenz zur obsessiven Prävention wird der Bezugspunkt polizeilichen Eingreifens von der konkreten Straftat oder Gefahr auf die vorhersagende Risikoanalyse vorverlagert. Während damit Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit schwinden („Black Box Polizei"), wehren sich die Interessenverbände der Polizei vehement gegen jegliche externe Kontrolle — ob unabhängige Beschwerdestellen, Kennzeichnungspflicht oder die zuletzt bei den G20-Protesten in Hamburg eindrücklich zutage getretene simple Weigerung, unliebsame gerichtliche Beschlüsse zu befolgen. Auch eine juristische Aufarbeitung polizeilichen Fehlverhaltens findet kaum statt, wie extrem hohe Einstellungsquoten bei Verfahren gegen PolizistInnen verdeutlichen.
Verbunden ist damit auch eine Uminterpretation der Rolle der Polizei in der Gesellschaft als zunehmend unanfechtbare Instanz umfassender sozialer Kontrolle, die sich — ganz im Sinne des Primats der Prävention — längst nicht mehr auf reaktive Eingriffe beschränkt, sondern weit im Vorfeld Risiken identifizieren und neutralisieren soll. Unkontrollierte Menschen oder Lebensbereiche haben in dieser Logik ebenso wenig Platz wie eine kritische Betrachtung polizeilichen Handelns. Konsequenterweise fordert **Michael Mertens**, Vorsitzender der *Gewerkschaft der Polizei* in NRW, man müsse „der Polizei Vertrauen schenken, dass sie mit ihren Befugnissen gut und richtig umgeht", und meint damit, „dass man als unbescholtener Bürger es auch mal ertragen muss, kontrolliert zu werden".
Die gesellschaftliche Verhandlung dieser Fragen findet häufig entlang der beliebten Dichotomie von Sicherheit und Freiheit statt. Unbeachtet bleibt dabei meist, dass Reformen der Polizeigesetze überhaupt nicht zu mehr Sicherheit führen. Die Verhinderung terroristischer Anschläge scheitert regelmäßig nicht an mangelnden Befugnissen der Behörden, wie die NSU-Morde und der Angriff auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz gezeigt haben. Dass Maßnahmen wie Videoüberwachung, verdachtsunabhängige Kontrollen oder eine schwerere Bewaffnung der Polizei die Sicherheit erhöhen würden, hat sich empirisch bislang ebenfalls nicht belegen lassen. Landesinnenminister **Herbert Reul** hat das neue Polizeigesetz mit den Worten verteidigt: „Freiheit und Sicherheit schließen einander nicht aus. Im Gegenteil: Mehr Sicherheit bedeutet Freiheit." Mag sein. Solche Gesetze schaffen aber weder das eine noch das andere.

—

Nachtrag nach Redaktionsschluss:

Am 19. Juni 2018 gab NRW-Innenminister Herbert Reul bekannt, dass die zweite Lesung des Polizeigesetzes im Landtag nicht, wie bislang geplant, im Juli, sondern erst nach der Sommerpause im September stattfinden soll. Er wolle das Gesetz „noch besser zu machen, um bei möglichen Prozessen keinen Schaden zu erleiden", so Reul, und reagierte damit auf die von zahlreichen ExpertInnen in einer Landtagsanhörung geäußerte Kritik und verfassungsrechtlichen Bedenken. Die FDP-PolitikerInnen Burkhard Hirsch, Gerhardt Baum und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hatten zudem angekündigt, eine Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht einzureichen.

Von Britta Kremers

Rechtsterrorismus

Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Bei Erscheinen dieser Ausgabe ist das Urteil im Münchener NSU-Prozess bereits gesprochen worden. Die Selbstenttarnung des NSU-Netzwerks nach der gescheiterten Flucht von einem Banküberfall in Eisenach am 4. November 2011 hat die Wahrnehmung der von Rechtsterrorismus ausgehenden Gefahren verändert. In der Folgezeit wurde diskutiert, worin die Gründe für die jahrelange Verharmlosung dieser Gefahr durch staatliche Behörden liegen. Fehlten dort die richtigen Analysen oder fehlte das politische Interesse? Sind rassistische Deutungsmuster in diese Institutionen eingeschrieben? Oder lagen, vor allem bei den Verfassungsschutzämtern, zwar zahlreiche Informationen vor, aber führte die Durchsetzung militanter Neonazi-Szenen mit V-Leuten dazu, dass oftmals nicht gehandelt wurde? Vermutlich spielten alle diese Gründe eine Rolle. Zwar werden aktuell eine Reihe von Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Rechtsterrorismus geführt, es sind von der Anzahl her jedoch nicht erheblich mehr als in den zwei Jahrzehnten vor der NSU-Enttarnung. Ermittelt wird aktuell etwa gegen eine offen auftretende Neonazi-Kameradschaft namens *Nordadler*, gegen eine Gruppe von Reichsbürgern aus Berlin, Brandenburg und Thüringen sowie gegen zwei Mitglieder der „Prepper"-Gruppe *Nordkreuz* aus Mecklenburg-Vorpommern mit Kontakten zur AfD. Eine Reihe von Verfahren, beispielsweise gegen eine Gruppe um den „Druiden von Querfurt", sind bereits eingestellt worden. Noch immer fällt es Behörden und Öffentlichkeit schwer, rechten Terrorismus als solchen zu benennen. Obwohl die Mord- und Anschlagsserie des NSU sicherlich in ihrem Umfang keine vergleichbare Entsprechung findet, hat rechtsterroristische Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland eine lange — allerdings öffentlich wenig beachtete — Geschichte. Diese werden wir in der vorliegenden Ausgabe nicht erzählen, schließlich ist dies anderswo nachlesbar. Vielmehr möchten wir uns in diesem Schwerpunkt fernab des NSU-Komplexes zum einen grundsätzlich mit dem Phänomen des Rechtsterrorismus befassen und zum anderen zwei aktuelle sowie einen wenig bekannten zurückliegenden Fall analysieren. Dafür haben wir kompetente Gastautor*innen gewinnen können.

Eigentlich sollte der Schwerpunkt durch ein umfassendes Resümee des NSU-Prozesses von der Initiative *NSU watch* komplettiert werden. Die Störtaktik der Verteidigung hat die Urteilsverkündung allerdings weit über unseren Redaktionsschluss und Drucktermin hinaus verzögert, weswegen wir diesen Artikel zeitnah nach der Urteilsverkündung auf unserer Website veröffentlichen müssen.

Barbara Manthe und **Hendrik Puls** widmen sich der schwierigen Frage nach der Abgrenzung des Rechtsterrorismus von anderen Formen rechter Gewalt .....Seite 8

Über einen aktuellen rechtsterroristischen Verdachtsfall — die mutmaßlichen Anschlagsplanungen einer Zelle um den Bundeswehr-Soldaten Franco A. — schreibt **Ciahn Balıkçı** .....Seite 12

Hendrik Puls analysiert den Dreifachmord von Overath, der sich im Oktober zum 15. Mal jährt. Obwohl die rechtsterroristischen Bezüge offenkundig sind, verweigert das nordrhein-westfälische Innenministerium bis heute die Einordnung der Morde als politisch motivierte Taten. .....Seite 14

Combat 18 ist in der Neonazi-Szene untrennbar mit der Propagierung von Rechtsterrorismus verbunden. Einen tiefen Einblick in die konspirativen Strukturen des *Combat 18*-Netzwerks in Deutschland bietet eine aktuelle Recherche der Gruppe *EXIF — Recherche & Analyse*, deren Ergebnisse **Britta Kremers** in gekürzter und von uns überarbeiteter Fassung darstellt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Hessen und Nordrhein-Westfalen. .....Seite 17

Von Barbara Manthe und Hendrik Puls

Terrorismus, Rechtsterrorismus, politische Gewalt

Versuch einer Begriffsbestimmung

Wer über Rechtsterrorismus in Deutschland spricht, sollte sich nicht nur auf das herausragende Beispiel des „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) beschränken. Rechtsterroristische Gewalt ist in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren ein wiederkehrendes Phänomen. Doch welche Taten sind überhaupt als rechtsterroristisch zu kennzeichnen?

Was unter Rechtsterrorismus zu fassen ist, ist wissenschaftlich wie politisch stark umstritten. Weder gibt es einen Konsens über die Definition von Rechtsterrorismus im Speziellen, noch über Terrorismus im Allgemeinen. Teilweise wird die Brauchbarkeit eines Terrorismusbegriffs unter Verweis auf die Redewendung „Des Einen Terroristen ist des Anderen Freiheitskämpfers" ganz und gar abgelehnt. Je nach außenpolitischer Interessenlage änderte sich die Bewertung einzelner Gruppen sogar innerhalb weniger Jahrzehnte. Trotzdem ist es sinnvoll, einen analytischen Begriff von (Rechts-)Terrorismus zu entwickeln.

Abgrenzungen

Die wissenschaftliche Terrorismusdiskussion grenzt zumeist Terrorismus zuallererst von Guerillakriegsführung ab. Guerilla ist eine irreguläre aufständische Armee, die gegen die regulären Streitkräfte eines Staates mit dem Ziel kämpft, ein Territorium zu kontrollieren. Terrorist*innen hingegen machen sich in der Regel keine Illusionen darüber, den Staat unmittelbar bezwingen zu können. Ihnen geht es nicht um territoriale Kontrolle, sondern um die (psychologische) Wirkung ihrer Taten. Viele Forscher*innen charakterisieren Terrorismus als Strategie relativ kleiner und schwacher Gruppen.

Terrorismus ist eine Gewaltstrategie von nicht-staatlichen Akteur*innen. In Abgrenzung dazu werden Mord und Folter durch Organe des Staates für gewöhnlich als Staatsterror bezeichnet. Hier liegt auch der Ursprung des Wortes Ter-

ror: Als „terreur" bezeichnete **Maximilien de Robespierre** die massenhafte Verfolgung und Hinrichtung politischer Gegner*innen durch seine Jakobiner-Herrschaft 1793/1794 im nachrevolutionären Frankreich.

Die internationale Forschung betont den Botschaftscharakter terroristischer Gewalt: Nach Ansicht der Politikwissenschaftlerin **Martha Crenshaw** verfolgt terroristische Gewalt ein Ziel, das über die Beschädigung der materiellen Ressourcen des Feindes hinausgeht. Forscher wie **Peter Waldmann** betonen, dass es sich beim Terrorismus zuvorderst um eine „Kommunikationsstrategie" handelt, bei der die Gewalt „als ein Mittel, eine Art Signal eingesetzt [wird], um einer Vielzahl von Menschen etwas mitzuteilen." Terroristische Anschläge sollen Angst und Schrecken unter den erklärten Feinden und potentiellen Opfern verbreiten, zugleich aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft in Teilen der Bevölkerung erzeugen.

Auch die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin **Louise Richardson** betont, dass Gewaltakte und Opfer für gewöhnlich eine hohe symbolische Bedeutung haben, etwa wenn Repräsentant*innen aus Politik oder Wirtschaft angegriffen oder Anschlagsziele wie das World Trade Center gewählt werden.

Die Opfer der Gewalt und das von den terroristischen Täter*innen adressierte Publikum sind nicht gleichzusetzen. Das Zielpublikum, dessen Verhalten beeinflusst werden soll, ist größer und umfassender als die Opfergruppe; üblicherweise richtet man sich an die Regierung, den Staat oder aber auch die gesamte Bevölkerung. Eine terroristische Strategie reicht über den konkreten Angriff hinaus. Ein Beispiel hierfür ist das aus den USA importierte rechtsterroristische Konzept, nicht die staatlichen Institutionen direkt zu attackieren, sondern mit Anschlägen und Attentaten gegen Minderheiten einen „Rassenkrieg" (race war) zu provozieren, der schließlich in einem offenen Bürgerkrieg und in „ethnischen Säuberungen" münden und zugleich die bestehende staatliche Ordnung stürzen soll. Der britische Neonazi **David Copeland**, der 1999 in London mehrere Nagelbombenanschläge gegen Migrant*innen und Homosexuelle verübte, wollte nicht nur die Opfergruppen treffen und sie in Angst und Schrecken versetzten, sondern nach eigenen Angaben auch einen solchen „race war" herbeiführen.

Fanal-Charakter und Konspirativität

Wie kann aber Terrorismus von anderen Formen politischer Gewalt unterschieden werden? Eine Abgrenzung kann über den Schweregrad der Gewalt erfolgen. In den Worten von Waldmann müssen terroristische Gewaltanschläge „schockierend" sein, so etwa besonders spektakuläre Attentate — wie beispielsweise der Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest im September 1980, der nach heutiger Deutung ein „Fanal" setzen sollte. Zum anderen dürfe terroristischen Taten ein gewisses Maß an Planung und Vorbereitung zugesprochen werden. Sie sind also abzugrenzen von (auch tödlicher) Gewalt, die spontan aus einer Gelegenheit heraus entsteht. Auch Straßengewalt wie Riots, die ein unmittelbares Angriffsziel haben, stellen keinen Terrorismus dar. Die Vorbereitung terroristischer Taten geschieht konspirativ. Damit ist nicht gemeint, dass die Gewaltakteur*innen zwangsläufig im „Untergrund", also aus der Illegalität heraus agieren, aber sie halten ihre konkreten Tatvorbereitungen (erst einmal) geheim.

Mit diesen Abgrenzungen stellt sich die berechtigte Frage, ob die teils massive, vielfach auf Einschüchterung und Vertreibung zielende Gewaltpraxis von Neonazi-Kameradschaften als terroristisch gelten kann. Am Beispiel der verbotenen *Kameradschaft Aachener Land* zeigt sich, dass die Strategie gewaltsamer Einschüchterung politischer Gegner*innen in Verbindung mit meist „spontan" entstehenden Angriffen auf Menschen auch in einer offen agierenden Gruppe umgesetzt wird. Andererseits bildete sich innerhalb der KAL um das Jahr 2010 ein Personenkreis heraus, der Bombenattrappen und Sprengkörper aus Pyrotechnik baute, um sie gegen politische Gegner*innen einzusetzen. Möglicherweise war dieser Kreis auf dem Weg in Richtung Rechtsterrorismus.

Akteur*innen terroristischer Gewalt können auch Einzelpersonen sein. US-amerikanische Neonazis und „White Supremacists" prägten für diesen Typus des allein handelnden Täters den Begriff „lone wolf". Bekannte Einzeltäter sind beispielsweise **Eric Robert Rudolph** (USA), der „Laserman" **John Ausonius** (Schweden, vgl. LOTTA #68), **Frank Steffen** (Deutschland, vgl. LOTTA #63) oder **Anders Behring Breivik** (Norwegen). Dass diese Personen alleine und ohne Auftrag einer Organisation handelten, bedeutet aber nicht, dass sie zwangsläufig auch isoliert waren. Die große Mehrzahl der bekannten Täter politisierte sich in den Netzwerken der extremen Rechten und war zeitweise auch Mitglied einer Gruppierung. Vielfach lässt sich auch die Frage nach der Existenz partieller Mitwisser*innen oder Unterstützer*innen rückwirkend nicht mehr beantworten.

Spezifika des Rechtsterrorismus

Die wissenschaftliche Forschung hat ihre Definitionen über Terrorismus vor allem anhand von Gruppen wie der IRA oder der ETA entwickelt. In den vergangenen 20 Jahren stand zudem der islamistisch motivierte Terrorismus im Vor-

dergrund. Forschungen zum Rechtsterrorismus gibt es bislang eher selten und in zahlreichen Überblicksdarstellungen zum Terrorismus fehlt er sogar ganz. Viele Forscher*innen betrachten Rechtsterrorismus als „Grenzfall". Denn dieser, so argumentiert beispielsweise Waldmann, richte sich, anders als Terrorismus üblicherweise, nicht gegen die bestehende Ordnung, sondern verteidige „eine bestehende Ordnung außerhalb und unter Missachtung der Gesetze gegen angebliche Abweichler und Störenfriede." Dieses Phänomen wird auch mit dem Begriff des Vigilantismus bezeichnet und hat im Hinblick auf die massive Gewaltwelle des *KuKluxKlan* (KKK) in den 1950er und 1960er Jahren in den USA seine Berechtigung. Dem KKK ging es darum, die rassistische Sozialordnung der Südstaaten aufrecht zu erhalten. Die Täter*innen konnten sich vielfach der Duldung, teils auch der Mitwirkung der örtlichen Polizeikräfte und sonstiger Autoritäten sicher sein.
Für den Rechtsterrorismus seit den 1970er Jahren in Deutschland trifft dies nicht unbedingt zu. Einzelne Täter*innen wollten zwar die Bundesrepublik gegen den drohenden Kommunismus oder den befürchteten Einmarsch sowjetischer Truppen verteidigen. Doch Gruppen wie der Zusammenschluss um den Braunschweiger Rechtsterroristen **Paul Otte** Ende der 1970er Jahre oder die „Hepp-Kexel-Gruppe" in den frühen 1980er Jahren zielten explizit gegen das System der Bundesrepublik und ihre Repräsentant*innen. So griff die „Otte-Gruppe" mit Sprengstoffanschlägen Gerichtsgebäude an, die „Hepp-Kexel-Gruppe" führte Anschläge gegen in Deutschland stationierte US-Soldaten durch. Auch die *Deutschen Aktionsgruppen* um **Manfred Roeder** griffen 1980 zwar vorrangig Migrant*innen an, sahen sich aber nicht als Verteidiger der bestehenden Ordnung, sondern wollten ihre Vorstellungen einer nationalsozialistischen und rassistischen Gesellschaft umsetzen.

„Leaderless resistance"

In den 1990er Jahren rezipierten deutsche Neonazis verstärkt das von „White Supremacists" in den USA entwickelte terroristische Konzept des „leaderless resistance". Dieses erstmals in den 1980er Jahren von **Louis Beam** formulierte Konzept sieht die Abkehr von einer hierarchischen Organisationsstruktur mit einer nachvollziehbaren Befehlskette vor. Stattdessen sollen kleine Zellen selbstständig agieren und keinem übergeordneten Kommando unterstellt sein. Schon in den 1970ern hatte die *NSDAP-Aufbauorganisation* (NSDAP-AO) um den US-Neonazi **Gary Lauck** die Devise herausgegeben, autonom agierende Zellen mit regionalen Führern aufzubauen. Dies wurde auch in Deutschland umgesetzt. Über Veröffentlichungen von *Blood & Honour* und die Romane von **William Pierce** erreichten solche Ideen ein breites Szenepublikum in Deutschland. Ausdruck dieser Strategie kann auch sein, dass die Urheberschaft für Anschläge — wie beim NSU — bewusst im Unklaren belassen wird.
Keine neue Vorgehensweise im Übrigen, auch in den 1970er und 1980er Jahren verzichteten rechtsterroristische Gruppen bewusst und kalkuliert auf Bekennerschreiben, um es „den Linken in die Schuhe zu schieben".
Dass Neonazis in aller Regel keine langen Bekenntnisschreiben veröffentlichen, kann auch daran liegen, dass sie davon ausgehen, ihre Tat erkläre sich selbst. Dazu passt, dass es im Neonazismus auch keine grundsätzlichen Diskussionen über die Legitimität von Gewalt und „bewaffnetem Kampf" gibt. Gewalt ist schlicht eine mögliche Option, deren Einsatz zwar taktischen Erwägungen, aber keinen moralischen Beschränkungen unterliegt. Sie ist fester Bestandteil der extrem rechten Weltanschauung. Auch vor Gericht verzichten extrem rechte Gewalttäter*innen vielfach darauf ihre Tat zu erklären. Statt den Gerichtsaal als politisches Podium zu nutzen, ziehen viele es vor — sicherlich mit Blick auf ein milderes Urteil -, für ihre Tat "unpolitische" Gründe vorzuschieben.

Die Sicht der Behörden

Im Zusammenhang mit den rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchtete und Migrant*innen stieg die Zahl der politisch rechts motivierten Gewaltdelikte massiv an. Gegenüber 2013 haben sich die in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Taten im Jahr 2016 mit 1.698 Gewaltdelikten verdoppelt. 2017 sank die Zahl allerdings wieder um 33 Prozent. Die Mehrzahl der Taten wurde von den Behörden als „fremdenfeindlich" kategorisiert. Ähnlich der rassistischen Gewalt der frühen 1990er Jahre bewegen sich die zahlreichen Angriffe, beispielsweise auf Flüchtlingsunterkünfte, in einem Graubereich, in dem es kaum möglich ist, zwischen „Rechtsterrorismus" und „extrem rechter Gewalt" zu unterscheiden. Häufig ist über die Täter*innen noch nicht viel bekannt, ebenso wenig, ob organisierte Gruppen agierten, die eine terroristische Strategie verfolgen. Gerade wenn „Bewegung" und „Gewalt" eng miteinander verknüpft sind, ist eine Unterscheidung schwierig. Sie kann sogar kontraproduktiv sein, weil sie eine Hierarchie der Gewalt konstruiert. Selten werden die Taten neonazistischer Gruppen behördlicherseits so klar dem Terrorismus zugerechnet wie im Falle der *Gruppe Freital*, deren Mitglieder im März 2018 nach §129a StGB („Bildung bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung") zu Haftstrafen verurteilt wurden. Die Gruppe hatte in der gleich-

namigen sächsischen Kleinstadt unter anderem einen Sprengstoffanschlag auf ein bewohntes Flüchtlingsheim begangen.

Die Statistik, die seit 2001 insgesamt 36 Verfahren ausweist, hilft nicht weiter, um den Rechtsterrorismus zu quantifizieren. Im Vergleich zur internationalen Forschung arbeiten die deutschen Sicherheitsbehörden mit einem recht starren Terrorismusbegriff, der angesichts der Dynamik des Phänomens an seine Grenzen gerät. Nach der sich am §129a StGB orientierenden Definition der Behörden musste sich Terrorismus nämlich lange Zeit explizit gegen den Staat und seine gesellschaftliche Ordnung richten, worunter rechtsterroristische Taten häufig nicht gezählt wurden. Erst 2006 stellte der Bundesgerichtshof in der Überprüfung eines Urteils gegen Mitglieder des *Freikorps Havelland* fest, dass schwere Gewalttaten auch dann als terroristisch zu werten sind, wenn „nur" ein nennenswerter Teil der Bevölkerung, in diesem Fall Migrant*innen, eingeschüchtert werden sollen. Außerdem war es zwangsläufig notwendig, dass mindestens drei Personen eine terroristische Gruppe bildeten, was Zweiergruppen und einzelne Täter automatisch ausschloss. Erst der 2009 eingeführte §89a StGB („Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat") stellt bereits die zur Begehung eines terroristischen Anschlags notwendigen und ausdrücklich auch durch eine Einzelperson zu tätigenden Vorbereitungshandlungen unter Strafe.

Abgesehen von der *Gruppe Freital* und dem NSU ist seit 2011 bislang nur gegen die *Old School Society* (OSS) eine Anklage nach §129a ergangen. Im März 2017 wurden vier Führungspersonen der OSS durch das Oberlandesgericht München verurteilt. Anschläge hatten die Neonazis nicht durchgeführt, auch eine konkrete Anschlagsplanung konnte ihnen nicht nachgewiesen werden, die Gruppe hatte sich aber Sprengstoff besorgt und in Chats über Anschläge gesprochen (vgl. LOTTA # 59). Für Beobachter*innen stellte sich allerdings die Frage, inwiefern sich die OSS von zahlreichen anderen militanten Neonazigruppen unterscheidet, deren Taten aber nicht als terroristisch klassifiziert wurden.

Politische Schwerpunktsetzung

Den 36 Verfahren gegen Neonazis stehen 1.631 Verfahren mit einem „ausländerextremistischen" bzw. islamistischen Terrorismushintergrund im gleichen Zeitraum gegenüber. Diese hohe Fallzahl ist nicht nur dem Umstand geschuldet, dass gegen zahlreiche Islamist*innen wegen ihrer Betätigung für Gruppen wie den *Islamischen Staat* in Syrien ermittelt wird und es tatsächlich in diesem Milieu ein großes Potential für Gewalttaten gibt. Sie offenbart auch eine politische Schwerpunktsetzung. So wird die Messerattacke eines Islamisten fast unweigerlich als terroristisch klassifiziert. Die Tat eines Mannes, der im Februar 2018 in Heilbronn unvermittelt eine Gruppe Geflüchteter mit einem Messer attackierte, drei von ihnen verletzte und später gegenüber der Polizei erklärte, er habe ein Zeichen gegen die Flüchtlingspolitik setzen wollen, gilt aber nicht als terroristisch. Noch immer wird in vielen Fällen den Täter*innen, beispielsweise **David Ali Sobolny**, der am 22. Juli 2016 in München neun Menschen erschoss, nicht bloß eine terroristische, sondern jegliche politische Motivation abgesprochen.

Der Verfassungsschutz sieht zwar mittlerweile in Deutschland ein rechtsterroristisches Potential, behauptet aber zugleich, dass die Täter*innen „weit überwiegend nur eine relativ oberflächliche Anbindung an gefestigte Strukturen" aufweisen und „in der Regel eher einem diffusen, von der Selbstradikalisierung über das Internet geprägten rechtsextremistischen Weltbild" anhängen würden.

Rechtsterrorismus und andere Formen rechter Gewalt

Trotz der Schwierigkeiten, eine für alle Fälle anwendbare Definition zu schaffen, sollte am Rechtsterrorismus-Begriff festgehalten werden. Daraus folgt aber nicht, dass Rechtsterrorismus automatisch die schwerwiegendste und bedrohlichste Form rechter Gewalt ist. Die Mehrzahl der Opfer sind nicht bei rechtsterroristischen Anschlägen verletzt oder getötet worden, sondern im Zuge anderer extrem rechts oder rassistisch motivierter Angriffe. Genauso führt es in die Irre, Rechtsterrorismus als ein Phänomen zu beschreiben, dessen Akteur*innen von der Dynamik extrem rechter Milieus abgekoppelt sind. **David Begrich** hat darauf hingewiesen, dass eine Gruppe wie der NSU nur aus der „Kontinuität neonazistischer Kernmilieus", die „im Dreieck zwischen neonazistischer Gruppengewalt, jugendkulturellen Ausdrucksformen und politischer Intervention" agierten, verstanden werden könne. Den Nährboden für schwere Gewalttaten von rechts bilden unter anderem die rassistisch aufgeladenen Debatten um Migration und Asyl — das gilt für die 1990er Jahre wie für heute.

—

Über die Autor*innen

Dr. Barbara Manthe ist Historikerin und leitet beim Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (Düsseldorf) ein Forschungsprojekt über den bundesdeutschen Rechtsterrorismus der 1970er und 1980er Jahre.

Hendrik Puls ist Soziologe und forscht zum Rechtsterrorismus.

Von Ciahn Balıkçı

Terrorismus-Anklage abgewiesen

Bundeswehr-Offizier plante Anschläge und beschaffte sich Waffen und Sprengstoff

Die Bundesanwaltschaft wirft dem extrem rechten Oberleutnant Franco A. vor, getarnt als syrischer Geflüchteter Terroranschläge geplant zu haben, um so die rassistische Stimmung gegen Geflüchtete in Deutschland zu verstärken. Hierzu soll er mögliche Ziele ausspioniert sowie Waffen und Sprengstoff gesammelt haben. Ob er wegen der Vorbereitung eines terroristischen Anschlags vor Gericht stehen wird, ist jedoch ungewiss.

Ende Dezember 2015 stellte der heute 29-jährige deutsche Bundeswehrsoldat **Franco A.** in seiner Heimatstadt Offenbach einen Antrag auf Asyl in Deutschland. Er gab an, ein christlicher Bürgerkriegsflüchtling aus Damaskus mit dem Namen **David Benjamin** zu sein und sprach während der Anhörung Französisch. Der Plan von A., so an eine Tarnidentität als Geflüchteter zu gelangen, ging auf. In der ihm zugewiesenen Unterkunft war er nur um die Post abzuholen, er lebte weiterhin als Soldat in seiner Kaserne im französischen Illkirch.
Im Januar 2017 nahm Franco A. am „Ball der Offiziere", einem Militärball in der Wiener Hofburg, teil. Dort stahl er eine Pistole und versteckte sie vor seinem Rückflug nach Deutschland auf der Toilette des Wiener Flughafens. 14 Tage später kam er zurück, um die Pistole abzuholen. Diese war zwischenzeitlich jedoch entdeckt worden und A. wurde festgenommen, als er versuchte, sie aus dem Versteck zu holen. Zwar wurde er nur einen Tag später entlassen, bei der Verhaftung erfolgte aber eine erkennungsdienstliche Behandlung, seine Fingerabdrücke wurden an deutsche Behörden weitergeleitet. So fiel auf, dass mit diesen Fingerabdrücken ein syrischer Geflüchteter registriert war. Daraufhin wurden weitere Ermittlungen aufgenommen.
Ende April 2017 wurde A. während eines Bundeswehrlehrgangs von der Polizei verhaftet. Neben seiner Kaserne wurden noch 15 weitere Objekte in Deutschland, Frankreich und Österreich durchsucht. Die Polizei fand dort zwei Gewehre, eine weitere Pistole, über 1.000 Schuss unterschiedlicher Munition und über 50 Sprengkörper, die sich A. verschafft haben soll. Munition und Sprengkörper stammen zumindest in Teilen aus Bundeswehrbeständen. Medienberichten zufolge hatte A. auf einem Datenträger das islamistisch-terroristische „Mujahideen Explosives Handbook" und das 1957 im Kalten Krieg veröffentlichte und bei Rechtsterrorist*innen beliebte Handbuch „Der totale Widerstand. Kleinkriegsanleitung für Jedermann" gespeichert.

Völkisch-nationalistische Gesinnung

Bei der Durchsuchung seiner Räume in Illkirch wurden auch NS-Symbole und Devotionalien gefunden: An der Wand seines Zimmers prangten das Bild eines Wehrmachtssoldaten und eine Maschinenpistole der Wehrmacht als Dekoration, in ein Sturmgewehr war ein Hakenkreuz eingeritzt. Es fanden sich darüber hinaus Notizen zu möglichen Terroranschlägen. Darin sind unterschiedliche Pläne aufgelistet, etwa die Holocaust-Leugnerin **Ursula Haverbeck** aus dem Gefängnis zu befreien oder einen „Asylanten" eine Handgranate in eine „Gruppe Antifas" werfen zu lassen. Außerdem fand sich eine Liste mit der Überschrift „Politik und Medien". Auf dieser befin-

den sich Namen von Personen, die für Franco A. und Mithelfer mutmaßlich geeignete Ziele eines Mordanschlags darstellten. Darunter sind beispielsweise **Claudia Roth**, **Heiko Maas** und **Anetta Kahane**. Eine Menschenrechtsaktivistin soll von A. bereits ausgekundschaftet worden sein: er sei in die Tiefgarage ihres Büros eingebrochen und habe dort Fotos der parkenden Fahrzeuge gemacht.

Bereits Ende 2013 fiel der Bundeswehroffizier mit extrem rechten Positionen auf: Damals reichte er eine Masterarbeit ein, die aufgrund ihrer rassistischen und radikalnationalistischen Inhalte abgelehnt wurde. Er erhielt jedoch keinen Verweis und konnte eine neue Arbeit einreichen; die in der Bundeswehr hierfür zuständigen Stellen wurden ebenfalls nicht informiert. Die Masterarbeit unter dem Titel „Politischer Wandel und Subversionsstrategien" beinhaltet auf 140 Seiten ein Konglomerat aus völkischen, antisemitischen und rassistischen Verschwörungstheorien, nach denen subversive Kräfte am Werk seien, um die „Völker in ihrer Substanz zu zerstören".

Mögliche Mithelfer

Vor seiner Zeit bei der Bundeswehr lebte Franco A. in Offenbach am Main. Dort fiel er nicht mit rechten Positionen auf. Auch die beiden Männer, die zeitweise in Haft waren, weil sie beschuldigt wurden, ihn bei seinen Terrorplänen unterstützt zu haben, stammen aus der Region Offenbach: Der Student **Mathias F.** und Franco A. waren in ihrer Jugend gemeinsam in einem Ruderverein aktiv. F. wurde ebenfalls Ende April 2017 verhaftet, nachdem in seiner Wohnung im mittelhessischen Friedberg die von A. gestohlene Munition gefunden worden war. Im Juli 2017 wurde er jedoch wieder entlassen, da ihm eine Tatbeteiligung nicht hinreichend nachgewiesen werden konnte.

Foto: Screenshot der „Berliner Zeitung"

Im April 2017 wurde Franco A. verhaftet.

Ähnlich steht es um den Soldaten **Maximilian T.**: Der aus Seligenstadt stammende Oberleutnant lebte in der gleichen Kaserne wie Franco A., er soll mit ihm gemeinsam die Liste der potentiellen Anschlagsopfern verfasst sowie ihn mindestens einmal gedeckt haben, damit seine Tarnidentität als Geflüchteter nicht aufflog. Auch er wurde nach zwei Monaten Haft im Juli 2017 entlassen, die Ermittlungen gegen ihn wie gegen Mathias F. dauern (zumindest formell) jedoch noch an. Maximilian T., AfD- und *Junge Alternative* (JA)-Mitglied, ist seit letztem Winter als persönlicher Referent des AfD-Bundestagsabgeordneten **Jan Nolte** beschäftigt. Nolte, Vorsitzender der hessischen JA, ist ehemaliger Zeitsoldat und Mitglied im verteidigungspolitischen Ausschuss des Bundestags.

Neben den Kontakten zu Mathias F. und Maximilian T. war Franco A. in zwei Chatgruppen aktiv. In einer tauschten er und andere Soldaten rassistische Bilder und Sprüche. In einer zweiten vernetzte er sich mit sogenannten „Preppern": Menschen, die in Erwartung einer drohenden Katastrophe Waffen und Lebensmittel horten, um so auf den „Tag X" vorbereitet zu sein.

Ungewisser Prozess

Franco A. wurde Ende November 2017 aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Bundesanwaltschaft erhob kurz darauf Anklage gegen ihn wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, Diebstahls, Betrugs und der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat. Anfang Juni wies das zuständige Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt die entsprechende Klage nach §89a StGB jedoch ab: Es spreche einiges dafür, dass A. einen terroristischen Anschlag vorbereitet habe. Da er dennoch keine Tat begangen habe, sei nicht davon auszugehen, dass er fest entschlossen gewesen sei, so die Argumentation des OLG. A. sei deshalb nur wegen seiner falschen Angaben vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den gestohlenen Waffen und Sprengsätzen vor dem Landgericht Darmstadt anzuklagen. Die Bundesanwaltschaft legte daraufhin Beschwerde gegen die Entscheidung des OLG ein. Nun muss der Bundesgerichtshof entscheiden, ob die Anklage wegen der Vorbereitung eines Terroranschlags doch noch zugelassen wird.

Von Hendrik Puls

„Reinigungsprozess im deutschen Volk“

Die terroristische Dimension des Dreifachmords von Overath

Am 7. Oktober 2003 ermordete der Neonazi Thomas Adolf unter Beihilfe seiner Freundin Jennifer D. in Overath (Rheinisch-Bergischer Kreis) drei Menschen. Einige Tage später konnten beide verhaftet werden. Adolf teilte der Polizei unumwunden mit, dass er die Morde aus politischer Motivation begangen habe. In bei ihm sichergestellten Schriftstücken bezeichnete er die Taten als „Exekution“ von „Hochverrätern“. Doch als Rechtsterrorismus galten die Morde nie. 15 Jahre später weigert sich das NRW-Innenministerium noch immer, sie überhaupt als rechtsmotivierte Gewalttaten einzustufen.

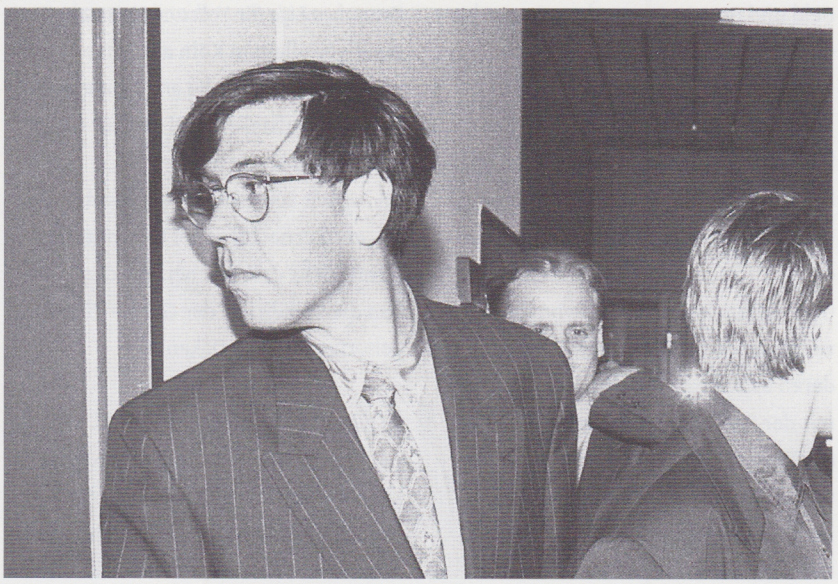
Es ist 15:45 Uhr, als **Thomas Adolf** und **Jennifer D.** sich unter einem Vorwand Zutritt zur Anwaltskanzlei an der Hauptstraße in Overath verschaffen. Aus einer Sporttasche zieht Adolf eine Pumpgun der Marke *Mossberg*, mit der er die in der Kanzlei arbeitende **Mechthild Bucksteeg** bedroht und unmittelbar darauf erschießt. Er zwingt ihren Ehemann, den Rechtsanwalt **Hartmut Nickel,** und dessen 26-jährige Tochter **Alja Nickel** sich auf den Boden zu legen, wo D. sie mit Kabelbindern fesselt. Adolf nimmt in einem Nebenzimmer rund 70 bis 90 Euro an sich. Einige Minuten später richtet er dann sein zweites und drittes Opfer durch Schüsse in den Kopf regelrecht hin. Die beiden Täter*innen fliehen, aber eine Augenzeugin kann der Polizei eine Beschreibung von Adolf liefern. Auf dessen Spur bringt die Ermittler*innen allerdings ein anonymer Hinweis von zwei „Kameraden“. Einer von ihnen, **Konstantin S.**, hatte Adolf Anfang 2002 die Tatwaffe nebst Munition verkauft. Am Tag nach den Morden taucht Adolf auf dessen Arbeitsstelle auf und erklärt ihm, dass der Krieg angefangen habe. Mit der Aufforderung „Jetzt nimm du die und mach das mit deinem Anwalt“ übergibt er das Gewehr. Adolfs Plan sieht vor, dass auch S. die Waffe nach seiner Mordtat an einen anderen Neonazi weiterreicht, der wiederum einen „Hochverräter“ erschießen soll. So soll eine Mordserie entstehen, deren Aufklärung die Polizei aufgrund der unterschiedlichen Täter*innen vor Schwierigkeiten stellt. Bei Adolf wird später ein mit „Anordnung“ überschriebenes Schriftstück gefunden, in dem er festlegt, dass „jeder SS-Angehörige“ eine Person seiner Wahl „sonder zu behandeln“, also zu töten, habe. Dabei solle die „rituelle Mossberg“ eingesetzt werden, so „entsteht das Blutsband innerhalb unserer Gemeinschaft“.

Planungen für den „bewaffneten Kampf“

Dass Thomas Adolf die Morde als Beginn des „bewaffneten Kampfes“ verstanden

wissen wollte, dafür sprechen zahlreiche Belege und die Einlassung des Täters vor Gericht. Wenige Tage nach dem Mord verfasste er eine „Bekanntmachung" an das deutsche Volk. Im Namen eines „Oberkommandos der mit der Befreiung beauftragten 39. SS-SD Division ‚Götterdämmerung'" wird proklamiert, dass am 7. Oktober 2003 mit der „Befreiung dieses Teiles des Reichsgebiets und der strafrechtlichen Verfolgung der Hochverräter begonnen" worden sei. Fortan gelte das „Kriegsrecht". Dieses als Flugblatt gelayoutete Manifest stellte die Polizei zusammen mit weiterem, handschriftlichen Material und einer Liste mit Zielpersonen nach Adolfs Verhaftung am 14. Oktober sicher. In den Aufzeichnungen rechtfertigt er seine Morde: Er habe eine sich „andeutende revolutionäre Situation" in einen „geordneten Befreiungskampf (...) kanalisieren" wollen, um so einen „blutigen Bürgerkrieg" zu verhindern. An anderer Stelle schreibt er, im „deutschen Volk einen Reinigungsprozess" in Gang gesetzt zu haben, „der zu einer Revolution führen wird". Zugleich hielt Adolf fest, „tiefe Befriedigung" empfunden zu haben, als er „diese Elemente aus dem Volkskörper austrennen konnte, ähnlich einem Geschwür".

Adolf überhöht sich selbst als Führer der „39. SS-SD-Division", stellt seine grausamen Morde in den Dienst einer „höheren Sache" und als Tat einer Organisation dar. Darin gleicht er anderen rechtsterroristischen Killern, nicht zuletzt **Anders Behring Breivik**, der 2011 als selbsternanntes Mitglied der Bruderschaft der „Knight Templars" im Kampf gegen „Islamisierung" und „Kulturmarxismus" 69 Jugendliche und Heranwachsende, die er ebenfalls als „Hochverräter" sah, erschoss. Der Kulturtheoretiker **Klaus Theweleit** spricht in diesem Zusammenhang vom „Töten aus der Übergesetzlichkeit der eigenen Organisation", Breivik wie



Thomas Adolf bei einem Prozess wegen des DLVH-Büros 1994 in Köln.

Adolf begreifen sich und ihre (fiktive) Organisation als einen „Privat-Staat" mit eigener Rechtsprechung, in dem sie es sind, die die Todesstrafe verhängen. Die „übergeordnete Organisation" ermächtige den Täter und hebe ihn über den „Normalbürger" empor, der sich vor der bürgerlichen Gerichtsbarkeit zu verantworten habe, so Theweleit.

Kein „Loner"

Thomas Adolf war dennoch kein „Loner", kein isolierter Einzeltäter, was sich nicht nur an der Tatbeteiligung von D. zeigt. Zeug*innen belegten durch ihre Aussagen im Prozess, dass Adolf bereits 2002 seine politischen Aktivitäten radikalisierte und sich regelmäßig in Hasstiraden gegen „Hochverräter" wie Journalist*innen, Rechtsanwält*innen, Richter*innen und Politiker*innen erging. Zudem scharte er junge Leute um sich und führte mit 15 bis 20 Personen paramilitärische Übungen im Siebengebirge durch. Später wurden die Übungen auf dem Anwesen von **Kai Sch.** bei Rösrath im kleineren Kreis fortgesetzt. Sie dienten dem Ziel, eine neonazistische „Kampfgruppe", eben jenen „SS-Sicherheitsdienst", aufzubauen, so der beteiligte Zeuge Konstantin S. Im September 2003 fasste Adolf den Entschluss, zur Finanzierung des „bewaffneten Kampfes" Raubstraftaten bei ihm besonders verhassten Personengruppen zu begehen. Mit zwei weiteren Personen, eine von ihnen war Teilnehmer der paramilitärischen Übungen, stieg er in die Planung von Raubüberfällen ein, die aber nicht durchgeführt wurden, weil sich die Gruppe zerstritt.

Unmittelbar vor den Morden in Overath begaben sich Adolf und D. auf eine Reise nach Ostdeutschland, wo sie „Kameraden" treffen wollten und den „Verräter" **Toni Stadler**, einen als Verfassungsschutz-Spitzel enttarnten Neonazi, erschießen wollten. Doch Stadler weilte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in Cottbus sondern in Dortmund. Eine Verbindung zwischen beiden lässt sich über die Rechtsrock-Band *Landsturm* ziehen, zu der Stadler nach eigener Aussage Kontakte pflegte. In der Band spielte Adolfs „Kamerad" Kai Sch., der Adolf auch finanziell unterstützte. Die Identität der ostdeutschen Neonazis, mit denen Adolf und D. verabredet waren, ist nicht bekannt. Auf der Rückfahrt gingen ihnen

Geld und Benzin aus, so dass sie nur bis Overath gelangten.

Wer war Thomas Adolf?

Der 1958 geborene Adolf wuchs zuerst bei seiner Großmutter, einer überzeugten Nationalsozialistin, und später bei einem Onkel auf. 1977 besuchte er ein Gymnasium in Dormagen, von dem er verwiesen wurde, weil er mit einem anderen Schüler als Zeichen der Solidarität mit der RAF einen Brandanschlag auf das Rathaus von Dormagen verüben wollte. Weil sie das Bekennerschreiben im Kopiergerät ihrer Schule liegen ließen, wurden sie vor der Tat verhaftet. Adolf saß einen Monat in U-Haft und wurde schließlich 1978 zu einer Jugendstrafe von 6 Monaten auf Bewährung verurteilt. 1979 wandte er sich mit Eintritt in die *Wiking Jugend* dem Neonazismus zu und wurde noch im selben Jahr von der Polizei bei Schießübungen in einem Kölner Park aufgegriffen. Im August 1979 reiste er nach Namibia aus, wo er bei einem nationalsozialistisch eingestellten weißen Farmer arbeitete. Sechs Monate arbeitete er zudem für die Armee des rassistischen Apartheidsstaates Rhodesien, wo er nach eigenen Angaben Trecks flüchtender Weißer begleitete und auch in Kampfhandlungen verwickelt war. Über Südafrika reiste Adolf im Oktober 1980 nach Paraguay und weiter nach Argentinien. Im Dezember 1981 zog es ihn zurück nach Deutschland. 1989 mietete er einen Bauernhof nahe Overath an, wo er zeitweise über eine Druckmaschine für Propagandamaterial verfügte und Mitte der 199er Jahre auch neonazistische Treffen abhielt. An einem dieser Treffen soll **Manfred Roeder**, der Gründer der rechtsterroristischen *Deutschen Aktionsgruppen*, teilgenommen haben. Auch Kai Sch. und **Markus K.**, die in den Aufbau der „Kampfgruppe" involviert waren, lernte er hier kennen. Bekannt ist weiter, dass Adolf 1994 der *Deutschen Liga für Volk und Heimat* beitrat, einer vor allem in Köln aktiven extrem rechten Partei, für die er sich auch als Kandidat aufstellen ließ und für die er Büroräume anmietete.

Im August 2003 wurde Adolf wohnungslos, er übernachtete bei Bekannten und lernte zirka drei Wochen vor den Morden die 19-jährige, der Gabber-Szene zugehörige Jennifer D. kennen.

Entpolitisierung der Tat

Adolf und sein Opfer Hartmut Nickel kannten sich aus einem Rechtsstreit, in dem Nickel Mitte der 1990er Jahre den Vermieter des von Adolf bewohnten Anwesens in Overath vertrat und 1999 eine Räumungsklage durchsetzte. Diesen Umstand zog das NRW-Innenministerium zur Entpolitisierung der Tat heran. Der Leiter des Verfassungsschutzes, Dr. **Hartwig Möller**, teilte dem Landtag anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2003 (in dem die Overath-Morde keine Erwähnung fanden) mit, es gebe für die „von Adolf behauptete Bildung einer terroristischen Vereinigung [...] bisher keine Anhaltspunkte." Die Aussagen von Adolf, er gehöre einer politischen Organisation an, werte der Verfassungsschutz als Versuch, sich einem gewöhnlichen Mordprozess zu entziehen. Trotz dieser persönlichen Komponente sind die Morde in der Gesamtschau all der vorhandenen Informationen weder als Raubmorde zu bewerten, noch liegt ihnen Rache als persönliches Motiv zu Grunde. Als das Landgericht Köln am 15. Dezember 2004 sein Urteil sprach, betonten die Richter*innen den Einfluss der Ideologie bei der Tatbegehung. Im Urteil heißt es: „Seine nationalsozialistischen Vorstellungen ermöglichten Adolf bei der Tötung von Hartmut und Alja Nickel ein Handeln mit Härte, Entschlossenheit und ungerührtem Vollstreckerwillen, indem er die Opfer als Hochverräter einstufte und sich selbst anmaßte, unter Berufung auf die Fortgeltung des Führerbefehls und der Reichsgesetze ein historisches Zeichen setzen zu müssen.". Die Richter sahen auch eine besondere Schwere der Schuld vorliegen. Von dem Angeklagten seien weitere gleichartige gegen das menschliche Leben gerichtete Taten zu erwarten, hierauf wiesen schon die „beiden in bewusster und aktiver Identifikation mit der nationalsozialistischen Ideologie begangenen Straftaten hin, mit denen Adolf gezeigt hat, dass er bereit ist, aus ideologischer Verblendung heraus unschuldige Menschenleben zu opfern". Die „ideologisch begründete Gewaltbereitschaft" des Anklagten zeige sich zudem anhand der Rekrutierung von Mitgliedern für Kampfgruppen sowie seinen Plänen, den bewaffneten Kampf durch Raubüberfälle zu finanzieren. Das Landgericht Köln verurteilte Adolf deshalb zu lebenslanger Haft mit anschließender Sicherheitsverwahrung. D. erhielt eine Jugendstrafe von 7 Jahren und 6 Monaten.

Trotz der deutlichen Worte des Gerichts: Nach Sicht des NRW-Innenministeriums erfüllen die Morde weiterhin nicht die Kriterien für politische motivierte Gewalttaten. Dass sich der Verfassungsschutz ebenfalls ausschweigt, scheint aus Sicht der Behörde nachvollziehbar. Zum einen vertrat der Geheimdienst Mitte der 2000er Jahre vehement, es existiere kein organisierter Rechtsterrorismus. Zum anderen stand der Dienst, so berichtete es der *Spiegel*, Mitte der 1990er Jahre mehrfach mit Adolf in Kontakt und versuchte ihn — allerdings erfolglos — als V-Mann anzuwerben.

Von Britta Kremers

Organisation und internationales Netzwerk

„Combat 18“ in NRW und Hessen

Was lange als Vermutung im Raum stand, ist mittlerweile Gewissheit: In Deutschland ist erneut eine Organisation unter dem Namen „Combat 18 Deutschland“ (C18) aktiv, die Teil eines internationalen Netzwerkes ist, das sich 2012 unter der Parole „Reunion 28“ neu aufstellte. Internes Material und weitere umfangreiche Recherchen machen einen detaillierten Blick auf die C18-Sektionen in NRW und Hessen möglich.

Combat 18 transportiert über seinen Namen und seine gewaltvolle Geschichte das Image der reinen Lehre des Nationalsozialismus, des „Untergrundes“ und des „bewaffneten Kampfes“. Die Gruppe gründete sich Anfang der 1990er Jahre in England und übernahm dort schnell die Kontrolle über die Organisation *Blood & Honour* (B&H). Ihr Anführer **William „The Beast“ Browning** gelangte durch das Rechtsrock-Business zu einigem Wohlstand, aber ökonomische Interessen ordnete er seiner Politik unter. Diese war stets am terroristischen Konzept des „Leaderless Resistance“ ausgerichtet. Browning stand hinter einer Reihe von C18-Veröffentlichungen, in denen es von Morddrohungen nur so wimmelte und in denen neben Listen potenzieller Anschlagsziele auch Anleitungen zum Bombenbau abgedruckt waren, kommentiert durch Sätze wie: „Now you have the technology so bomb the bastards“. C18 kann in England mit einer Serie von Brandbombenanschlägen und körperlichen Angriffen auf Gegner*innen in Verbindung gebracht werden. *Combat 18* wurde in der Folge ein internationales Label für Rechtsterrorismus und eine Inspirationsquelle für Neonazis, die sich über ihre Bezugnahme auf C18 als militanter Kern der Szene stilisierten.

William Browning ist eine Legende des *Combat 18*. Und er ist einer der Anführer des 2012 neu strukturierten *Combat 18* und unverzichtbar für die Legitimation dieses Netzwerks. Brownings Bezüge nach Deutschland reichen bis in die Mitte der 1990er Jahre zurück, als er intensive Kontakte zu **Thorsten Heise** pflegte. Heise und Browning woben in der Folge ein internationales Netz von B&H/C18-Gruppen, die in Konkurrenz zu einem anderen Teil von *Blood & Honour* traten. Zum Browning-Heise-Flügel zählten die Division von B&H/C18 in Skandinavien sowie die Aktiven von B&H in den Niederlanden und die BelgierInnen von B&H Vlaanderen, die 2006 wegen Vorbereitung von Terroranschlägen verhaftet wurden (vgl. LOTTA #60, S. 58f).

Auch im Rahmen des 2012 neu strukturierten C18-Netzwerks tritt Thorsten Heise immer wieder in Erscheinung. 2015 besuchte er den Divisionsleiter von *Combat 18 Serbien* und trat mehrfach auf Veranstaltungen des Schweizer C18-Ablegers auf. Am 28. Juli 2016 lud *Blood & Honour Scandinavia* zu seinem Sommerfest im schwedischen Sölvesborg. Nach einer Rede von Heise trat unter dem Namen *Division Voran* der Liedermacher **Martin Krause** aus Bad Doberan (bei Rostock) auf. Krause ist festes Bandmitglied von *Oidoxie* aus Dortmund. Eben dort waren im Juni 2016 Browning und Heise beim Aufmarsch zum „Tag der deutschen Zukunft“ zugegen, um sie herum bewegten sich zahlreiche Neonazis, die bereits in den 2000er Jahren mit *Combat 18* in Verbindung gebracht werden konnten. Dies wurde von antifaschistischen BeobachterInnen als Hinweis auf ein internationales C18-Treffen an dem Wochenende gedeutet (vgl. LOTTA #64, S. 24ff).

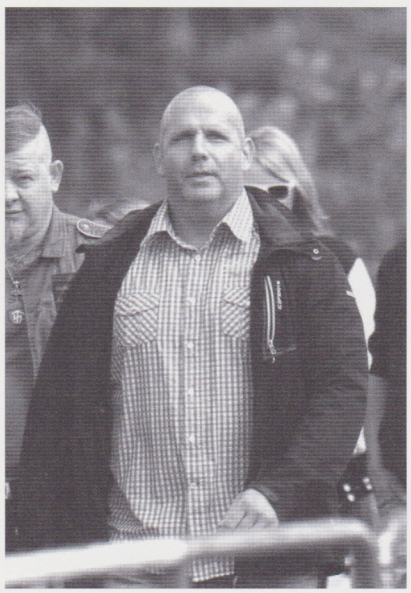


Foto: Recherche Nord

Stanley Röske

Feste Organisationsform

Die Neustrukturierung von *Combat 18* auf nationaler und internationaler Ebene wurde im Rahmen des Konzertes „Frihetsrock“ mit *Oidoxie* am 3. März 2012 in Schweden beschlossen. Neonazis, unter anderem aus den skandinavischen Ländern, aus Deutschland, den Niederlanden und England legten dort die grundlegende Neuordnung fest. Für *Combat 18 Deutschland* existiert ein „Richtlinien“-Papier im Stile einer Vereinssatzung, das unter anderem Aufnahme- und Anschlusskriterien, eine Anwärterzeit, Mitgliedsbeiträge, diverse „Bruderpflichten“ und sogar eine Kleiderordnung festlegt. Darin heißt es zum Beispiel: „3-18 Shirt/3-18 Jacke, schwarze Hose und schwarze Schuhe. Das Tragen dieser Sachen ist bei Treffen/Auswärtsfahrten PFLICHT! Zuwiderhandeln hat sofortiges ‚Strafgeld‘ zur Folge.“ Weiter werden in den Richtlinien monatliche Treffen der Sektionen sowie Schweigsamkeit verlangt. Über C18 dürften keine Informationen bei Facebook geschrieben werden, Gespräche mit Dritten über die Organisation sind untersagt. Neben monatlichen Beiträgen in die Sektionskasse (15 Euro) wird auch eine gemeinsame internationale Kasse geführt, in die jedes Mitglied 10 Euro monatlich einzahlt und die vom Niederländer **Danny „Bookie“ Janssen** verwaltet wird. Die einzelnen Divisionen (Länderabteilungen) und Sektionen werden durch sogenannte Sergeants vertreten, die zu den nationalen und internationalen Treffen reisen. Das Logo der Organisation ist ein Drache, der auf Jacken und Shirts abgebildet ist, eine Reminiszenz an das Logo der englischen C18-Zeitschrift „The White Dragon“. Das „Richtlinien“-Papier besagt, dass in jedem Bundesland, in dem Mitglieder wohnen, eine Sektion bestehen soll. In der Praxis gibt es jedoch Abweichung. Zwar existieren in den regionalen Schwerpunkten im Raum Dortmund und Ostholstein C18-Sektionen, in einer weiteren Sektion, die von dem im hessischen Kaufungen lebenden **Stanley Röske** geleitet wird, finden sich jedoch Mitglieder aus Hessen, Bayern, Thüringen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Die Sektion um Röske

Stanley Röske ist eine zentrale Figur der nordhessischen Naziszene. Geboren 1974 ist er spätestens seit Mitte der 1990er aktiv. Mit einer Gruppe von Gefolgsleuten aus Nordhessen war er Teil der *Oidoxie Streetfighting Crew* (SFC), als deren Anführer er ab dem Jahr 2005 galt. Auf dem Cover der CD „Steh wieder auf“ der Band *Straftat*, ein Gemeinschaftsprojekt von *Oidoxie*-Sänger **Marko Gottschalk** aus Dortmund und dem bis mindestens 2014 der Röske-Sektion angehörenden **Dennis Zadow** aus Herne, posiert Röske neben Gottschalk. Auf dem Backcover der CD ist er auf einem Gruppenbild der SFC zu sehen. Röske gehört weiterhin der *Frontline Security* an, einem „Sicherheitsdienst“, in dem sich Mitglieder der SFC und der *Arischen Bruderschaft* aus dem Umfeld von Thorsten Heise finden.

In den eigenen Reihen ist Röske mehr gefürchtet als beliebt. Er gilt als aufbrausend und gewalttätig. **Oliver Podjaski**, der ehemalige Sänger von *Hauptkampflinie*, erzählte im hessischen NSU-Untersuchungsausschuss von einer Rednerveranstaltung, die Röskes Freundin durch Gespräche mit ihrer Nebenperson störte. Als sie ein Teilnehmer bat, die Gespräche zu unterlassen, schlug Röske — so Podjaski — unvermittelt auf diesen ein. Auch Vorwürfe, dass er Gelder unterschlage und in seine Tätowierungen investiere, begleiten Röske seit längerer Zeit. Im Jahr 2015 sammelte seine C18-Sektion für die in Not geratene Familie eines Kameraden. 750 Euro kamen zusammen, doch er leitete nur 250 Euro an die Familie weiter. Die restlichen 500 Euro landeten offensichtlich in seiner eigenen Tasche.

Am 24. September 2017 fingen Spezialkräfte der GSG 9 an der tschechisch-deutschen Grenze Aktivisten von *Combat 18 Deutschland* ab, die von einem Schießtraining in Cheb zurück reisten. Es handelte sich dabei um Mitglieder der C18-Sektion von Röske. Bei Röske und dem Sektionsmitglied **Tobias Voll** aus Homberg/Efze (Nordhessen) wurde Munition gefunden, deren Einfuhr nach Deutschland verboten ist. Im März 2018 wurde Röske zu einer Geldstrafe verurteilt, im April 2018 erhielt Voll eine Bewährungsstrafe.

Röske gilt in der Szene und bei den Behörden als äußerst klandestin. Gerade deshalb ist es kaum zu glauben: Eine Gruppe, die sich als bewaffneter Arm einer in Deutschland verbotenen Organisation (B&H) versteht, gibt sich eine Vereinssatzung im Stile eines Fußballfanclubs und führt ein De-Facto-Vereinskonto für Mitgliedsbeiträge. Unter verblüffend offenen Verwendungszwecken werden dorthin die Monatsbeiträge der Sektionsmitglieder überwiesen, es werden Automietungen und Hotelkosten so-

wie Druckkosten für die C18-Pullover verbucht, die in einer Druckerei der niederländischen C18-Aktivistin **Melanie Huter** hergestellt wurden. Huter hatte schon 2003 an SFC-Treffen teilgenommen und **Robin Schmiemann** (s.u.) im Gefängnis besucht.
In der Sektion von Röske sind auch eine Handvoll Neonazis aus dem Ruhrgebiet organisiert, die aus der *Oidoxie Streetfighting Crew* stammen. Das alles lässt sich aus den vorliegenden Kontoauszügen der Jahre 2014 bis 2017 herauslesen.

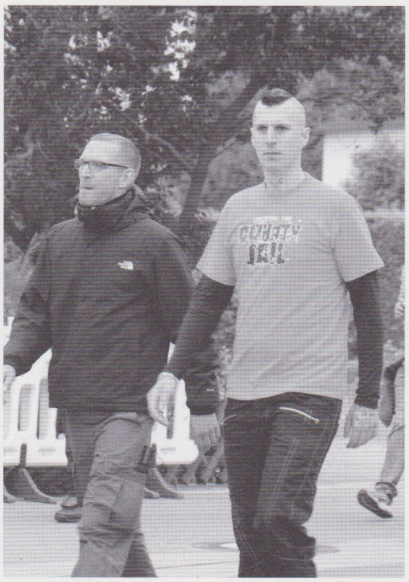
„Combat 18 Deutschland" hat sich Richtlinien für das Verhalten der Mitglieder gegeben.

Die Sektion in Dortmund

Combat 18 in Dortmund hat eine nunmehr 20-jährige Geschichte, über die LOTTA immer wieder berichtete. Bereits um das Jahr 2000 formierten sich Neonazis der *Kameradschaft Dortmund*, die weitgehend identisch mit dem Kreis um die Band *Oidoxie* waren, und der *Kameradschaft Essen* zu einer C18-Gruppe. Bereits seit dieser Anfangszeit verfügten die Dortmunder*innen über vor allem über den *Oidoxie*-Sänger Gottschalk vermittelte Kontakte zu Browning sowie C18-Führungspersonen in Skandinavien. Die Dortmunder Gruppe war schon damals fester Bestandteil des internationalen B&H/C18-Netzwerkes. Gottschalk galt zeitweise szeneintern als Repräsentant von *Combat 18 Deutschland*. Auch heute steht die Band *Oidoxie* im Zentrum der *Combat 18*-Sektion in NRW. Die Konzerte von *Oidoxie* im In- und Ausland dienen seit Jahren als Vernetzungstreffen von *Combat 18*. So wurde 2009 im Rahmen eines *Oidoxie*-Konzertes von anwesenden deutschen Neonazis eine italienische C18-Gruppe aus der Taufe gehoben.
Die andere wichtige Person neben Gottschalk ist der Dortmunder Robin Schmiemann, der mittlerweile in Castrop-Rauxel wohnt. Er dient als rechte Hand von Browning und trifft sich häufig mit ihm in NRW, den Niederlanden und England. Als eine Art Botschafter bereist er europäische Länder. Schmiemann ist langjähriges Mitglied der *Oidoxie Streetfighting Crew* und der Öffentlichkeit als Brieffreund von **Beate Zschäpe** bekannt, mit der er in seiner Haftzeit 2013 lange Briefe austauschte. Verurteilt wurde er, weil er bei einem missglückten Überfall auf einen Supermarkt einen Migranten durch Schüsse schwer verletzte. Schmiemann behauptet, zu dem Überfall vom SFC-Mitglied und *Combat 18*-Aktivisten **Sebastian Seemann** angestiftet worden zu sein, weil er diesem nach einem missglückten Kokain-Deal Geld schuldete. Seemann organisierte nicht nur B&H-Konzerte in Belgien, sondern kooperierte ab 2005 mit dem NRW-Verfassungsschutz, der ihn ab 2006 als V-Mann führte. 2007 wurde Seemann wegen Drogenhandels verhaftet und wenig später enttarnt.
Unter anderem durch Seemann hatte der Verfassungsschutz Kenntnis über die Bildung einer zirka sieben Personen umfassenden *Combat 18*-Zelle in Dortmund um die Jahre 2003/2004 und deren Bestrebungen sich zu bewaffnen und Sprengstoff zu besorgen. Einer, der die Szene mit Schusswaffen belieferte, war der V-Mann Seemann. Während Seemann aktuell unter neuen Personalien in Deutschland lebt, stieg Schmiemann nach seiner Haftzeit schnell in der neuen C18-Organisation auf. Er trägt als Tätowierung auf seinem Bein den Schriftzug „Brüder schweigen — whatever it takes — C18“ und auf seinem Kehlkopf ein Wappen mit zwei gekreuzten Stabhandgranaten, heute das Organisationsabzeichen der *Arischen Bruderschaft*.

Unter den Augen der Behörden

Die organisatorische Neustrukturierung von *Combat 18* in Europa fand zu einem absurden Zeitpunkt statt. Nicht einmal ein halbes Jahr nach der Selbstenttarnung des NSU, als neonazistische Strukturen mit sehr viel Aufmerksamkeit zu rechnen hatten, arbeiteten bekannte deutsche Neonazis an einem internationalen Netzwerk des bewaffneten Arms der *Blood & Honour*-Bewegung und propagierten offen den „Rassenkrieg“. Die NSU-Untersuchungsausschüsse in NRW und Hessen beschäftigen sich genau mit diesen Strukturen. Insbesondere in NRW wurden etliche Erkenntnisse zu Tage gebracht, die die Gefährlichkeit der Grup-



Robin Schmiemann (r.)

Foto: Recherche Nord

William Browning

pe bestätigen. Die Verfassungsschutzbehörden wissen seit vielen Jahren um die Strukturen, sind aber damit beschäftigt, *Combat 18* öffentlich klein zu reden und zu verharmlosen. Im Landtag NRW sagte der Verfassungsschutz-Abteilungsleiter **Burkhardt Freier** aus, man habe die Einschätzung vertreten, dass es sich bei *Combat 18* um „Maulhelden“ handelt, die sich nur wichtig machen wollen. Strukturen von C18 könne man erst seit kurzem erkennen. Er bezeichnete Röske als „Kopf“ von C18 und verwies damit das Problem in Richtung Hessen. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) teilt weiterhin diese Einschätzung. Die Existenz von deutschen C18-Zellen sei nur vorgegeben worden, so der Geheimdienst. „Zielgerichtete Bestrebungen, C18 als ‚bewaffneten Arm‘ von B&H in Deutschland zu implementieren“, habe es nie gegeben, heißt es in einem BfV-Newsletter von 2017. Den Mitgliedern von C18 wird zwar ein „prinzipielles Gefährdungspotenzial“ zugeschrieben, aber „etwaige Radikalisierungstendenzen“ müssten nicht notwendigerweise die Gesamtorganisation betreffen: „Es besteht auch die Möglichkeit, dass sich Einzelpersonen durch die Ideologie von C18 insoweit indoktrinieren lassen, dass sie mit schweren rechtsextremistischen Gewalttaten in Erscheinung treten.“ Der Tenor seitens der Behörden ist klar: Es handelt sich definitiv nicht um Terrorismus, und für den Fall, dass doch jemand losschlägt, ist das die Tat eines Einzelnen, die nichts mit der Organisation und schon gar nichts mit rechtem Terrorismus zu tun habe. Dazu passt ins Bild, dass bezüglich C18 keine Ermittlungen wegen der Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung eingeleitet wurden.

Zumindest die Sektion von Stanley Röske organisiert sich nicht klandestiner als ein Kaninchenzüchterverein und organisiert gleichzeitig Schießtrainings im Ausland. Die Erkenntnisse über die V-Leute-Praxis der Geheimdienste und die Aussagen über C18 Deutschland legen einen Schluss nahe: die Struktur ist bis zur Spitze mit V-Leuten durchsetzt und seitens der Behörden gibt es kein Interesse an der Zerschlagung der Gruppe. Möglich ist gar, dass es sich bei *Combat 18 Deutschland* um einen „Honeypot“ der Geheimdienste handelt, der installiert wurde, um militante Strukturen europaweit anzuziehen und vermeintlich kontrollierbar zu halten.

Der Verdacht, der sich aufdrängt: Während die parlamentarische Aufarbeitung zumindest zu Teilen bemüht ist, gegen den Widerstand der Behörden Licht ins Dunkel des NSU-Komplexes zu bringen, bauen die Behörden augenscheinlich am nächsten tödlichen Nazinetzwerk. *Combat 18* hat von den Behörden in Deutschland nichts zu befürchten und so treten sie auch auf. Ein aktuelles Beispiel bietet dafür der Angriff auf zwei Journalisten im April 2018 nahe Thorsten Heises Anwesen im thüringischen Fretterode. Heises rechte Hand, **Gianluca Bruno,** sowie Heises Sohn verfolgten die beiden mit dem Auto, zerschlugen den PKW der Journalisten, entwendeten ihre Kamera und griffen sie mit Messer, Baseballschläger und Schraubenschlüssel an. Dabei verletzten sie beide Journalisten. Nach dem Angriff gab es eine halbherzig durchgeführte Durchsuchung von Heises Anwesen. Obwohl die Journalisten der Polizei Fotos der unvermummten Angreifer vorlegten und wegen Mordversuches Anzeige erstatteten, erfolgten keine Festnahmen. Das *Göttinger Tageblatt* vermerkte deshalb im Juni: „Selten hat ein Fisch so vom Kopf gestunken und man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, dass das LKA die Ermittlungen nur übernommen hat, um die Täter zu schützen.“

—

Anmerkung:

Der Artikel basiert auf aktuellen Recherchen der *Gruppe EXIF — Recherche & Analyse* (www.exif-recherche.org). Einen Teil dieser Erkenntnisse hat die LOTTA-Redaktion in gekürzter und überarbeiteter Fassung dargestellt.

Auch in der AfD-NRW geben die Höcke-Fans die Richtung vor.
Hans-Otto Dinse (AfD Unna) bei einer Höcke-Veranstaltung 2018 in Ahlen.

Von Rainer Roeser

„Bürgerliche Widerstandsbewegung“

Rechtsdrift und Binnenklima der AfD in NRW

Noch vor einem Jahr erschien die NRW-AfD dem völkisch-nationalistischen Flügel und den Spitzenleuten der Partei höchst verdächtig: ein Landesverband ganz auf Linie von Frauke Petry und Marcus Pretzell. Im Sommer 2018 ist alles anders.

Wenn 5.000 AfD-Anhänger durchs Berliner Regierungsviertel ziehen, läuft der neue Landessprecher **Thomas Röckemann**, der vor einem Jahr noch der Außenseiter war, in der ersten Reihe neben **Jörg Meuthen** und **Alexander Gauland** mit. Und wenn **Björn Höckes** „Flügel“ beim „Kyffhäusertreffen“ Hof hält, darf Röckemann beim Einzug der Granden ins Festzelt ebenfalls nicht fehlen. Nordrhein-Westfalens AfD hat sich radikalisiert. Einige wenige — darunter Pretzell — haben das Weite gesucht. Die meisten derer, die einst in seinem Gefolge unterwegs waren, machen nun mit bei der Rechtsdrift. Eine dritte Gruppe tickte schon immer weit radikaler als ihr früherer Landeschef. Sie besetzen nun Schaltpositionen. Röckemann und sein Stellvertreter **Christian Blex** zählen dazu.

Radikalisierungen

Beinahe beispielhaft für eine frühe Radikalisierung ehemals (nach AfD-Maßstäben) „Gemäßigter“ steht **Helmut Seifen**. Der 64-jährige Ex-Gymnasiallehrer, der wirkt wie der freundliche Opa von nebenan, definiert die AfD mittlerweile als „bürgerliche Widerstandsbewegung“ und wettert gegen die „Ketten einer despotischen Eurokratie“. Die AfD-„Gemäßigten“ von einst: Sie klingen inzwischen wie Höcke. **Jörg Schneider**, MdB aus Gelsenkirchen, ist ein anderes Beispiel. Noch im vorigen Jahr wollte er Röckemanns Wahl an die Landesspitze verhindern. Nun macht er sich in der Berliner Fraktion um eine rechtspopulistische Radikalisierung der Sozialpolitik verdient. Etwa, wenn ihm in einem Interview zu Hartz-IV-Sanktionen einfällt: „Wenn Menschen ihr Leben so wenig im Griff haben, dass sie nicht einmal

in der Lage sind, einen Termin im Jobcenter oder beim Arzt wahrzunehmen, dann müssen wir uns schon die Frage stellen, ob Kinder in solchen Familien gut aufgehoben sind. Ich würde sogar sagen, sie sind dort akut gefährdet."
Zuweilen erstaunt es regelrecht, wie einige, die vor Jahresfrist besonders heftig gegen Meuthen, Höcke & Co. schimpften, noch die rechte Kurve bekommen haben. Etwa **Michael M. Schwarzer**, der Pressesprecher der Landtagsfraktion. Meuthen warf er einst Heuchelei vor. Noch kurz vor der Bundestagswahl hielt er der „Friede-Freude-Eierkuchen-Fraktion" in der AfD vor, sie zerstöre die Partei. „Sie wird ihre Hände in Unschuld waschen und proklamieren, doch nur Einigkeit und Gemeinsamkeit gewollt zu haben. Wo klare Worte nötig sind, da schwurbeln sie. Wo Entschlossenheit gefragt ist, da zaudern sie." Den Machtkampf in der AfD hat Schwarzers Gruppe verloren. Inzwischen sind solche Töne von ihm nicht mehr zu vernehmen.

Jobmaschine AfD

Schwarzer und andere profitieren davon, dass die AfD auch eine Jobmaschine geworden ist. In keiner anderen Partei ist es so leicht möglich, mit Politik sein Geld zu verdienen. Wer auch immer bei Parteitagen der letzten Jahre auftrat oder Neu-Abgeordneten besonders gefällig war und zugleich einen neuen Job suchte, lebt heute staatlich alimentiert von der Politik. **Bengt Hofmann**, lange Zeit treuer Adlatus von Ex-Landessprecher **Martin Renner**, fand so eine Anstellung. **Andreas Handt**, der bei Bundesparteitagen vorwiegend mit Beiträgen zur Geschäftsordnung glänzte, arbeitet im Büro des Essener MdB **Stefan Keuter**. Zur Mitarbeiterschaft der AfD zählt auch der Aachener Stadtrat **Markus Mohr**, der beim Abgeordneten **Harald Weyel** beschäftigt ist. Zum 73. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung Deutschlands notierte Mohr: „Mit dem 8. Mai endete Deutschlands Zeit als souveräne Nation. Unserem Land standen Jahre als Beutekolonie bevor. Technik, Wissen und Kunstschätze wurden geplündert. Der Raub hunderttausender Patente und Erfindungen durch die Alliierten ist dokumentiert und wurde das Fundament für die bis heute anhaltende Dominanz der USA." Dass sich irgendwer in der AfD an solchen Sätzen, die mehr nach Neonazi denn nach „liberal-konservativ" klingen, gestört hätte, ist nicht überliefert. Auch an den folgenden Mohrschen Sätzen zu den Jahren nach '45 nahm niemand vernehmbar Anstoß: „Deutschland wurde nicht nur materiell sondern auch mental entreichert. Es begann eine nie dagewesene Umerziehung (Reeducation) des deutschen Geistes. Im Windschatten der Geschichte gediehen Materialismus, Individualismus und multikulturelle Sozialutopien." Sein Fazit: „Deutschland und Europa brauchen dringender als je zuvor eine geistige Wende, um die Kriegshypothek der Amerikanisierung und seines pervertierten Liberalismus abzuschütteln." Es ist der Ton, auf dem AfD-Karrieren gut gedeihen.

„Vogelschiss"-Debatten und AfD-Binnenklima

In einem solchem Umfeld haben es andere AfDler schwer. Etwa der Bundestagsabgeordnete **Uwe Witt**, der ab und an wider den extrem rechten Stachel löckt. Nach der Äußerung Gaulands, der die zwölf Jahre des Hitler-Faschismus zum „Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutschen Geschichte" erklärte, schrieb Witt: „Der größte Massenmörder Deutschlands, Hitler, ist beileibe kein Vogelschiss! Als Politiker der AfD entschuldige ich mich bei allen jüdischen Mitbürgern und den Opfern des Naziregimes sowie deren Familien, für diese unglaubliche Bagatellisierung durch unseren Parteivorsitzenden."
Zwar dankte er „Dr. Gauland" später für dessen nachgeschobenen Erklärungen zu seiner Aussage — aber der Verdacht gegen Witt blieb: dass sich da einer auf Kosten der Partei profilieren wolle. Ein Vorwurf, der bestärkt wurde, als Witt die immer weiter nach rechtaußen schlingernde *Junge Alternative* kritisierte: Für ihn stelle sich die Frage, „ob es ein Fehler war, die JA als Jugendorganisation anzuerkennen".
Die NRW-AfD präsentiert sich zwar geschlossener als noch vor Jahresfrist. Konflikte aber bleiben. Zum Beispiel in der Frage einer parteinahen Stiftung. Fraktionschef **Markus Wagner** warb sogar per Video „eindringlich" für die Anerkennung der *Desiderius-Erasmus-Stiftung*, die dem neoliberalen Flügel zugerechnet wird. Doch in NRW hat der von der Ex-CDU-Abgeordneten **Erika Steinbach** geführte Stiftungsverein Gegner. Die beiden Abgeordneten Renner und **Fabian Jacobi** gehören zu den Initiatoren eines Antrags für den bevorstehenden Bundesparteitag am 30. Juni/1. Juli, der sich gegen die Anerkennung einer AfD-nahen Stiftung richtet.
Ums liebe Geld geht es auch in einer zweiten Kontroverse — genauer: um die Zahlungsmoral einiger Abgeordneter. Wie Anfang Juni bei einem Landesparteitag in Kalkar bekannt wurde, sollen nur sieben der 14 AfD-Bundestagsabgeordneten aus NRW die vereinbarten 1.000 Euro im Monat an den Landesverband abführen. Landeschef Röckemann rüffelte säumige Zahler: „Schachernde Berufspolitiker wollen wir in der AfD nicht!" Einer der 14 Abgeordneten konterte per Twitter, Röckemann hetze „gegen einen Großteil der Bundestagsabgeordneten. Beschämend". Sein Tweet verschwand zwar wieder. Ein Beispiel dafür, dass es nach wie vor um das AfD-Binnenklima nicht zum Besten bestellt ist, bleibt er gleichwohl.

Der Tatort am Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn. Hinter dem Durchgang war die Bombe platziert.

Das Interview wurde geführt von Alexander Brekemann

Freispruch für Ralf S.?

Interview mit der „Mobilen Beratung“ zum Wehrhahn-Prozess

Nach fünfeinhalb Monaten Hauptverhandlung im Düsseldorfer Wehrhahn-Prozess ist das Ende des ursprünglich bis zum 17. Juli 2018 terminierten Prozesses in Sicht. Der Vorsitzende der 1. Großen Strafkammer des Landgerichts, Rainer Drees, hatte den 3. Juli 2018, den 30. Prozesstag, als letzte Möglichkeit verkündet, Beweisanträge zu stellen.

Zwei Prozesstage zuvor hatte ein möglicherweise wichtiger neuer Belastungszeuge, der im Frühjahr 2018 Ralf S. in der JVA Düsseldorf kennenlernte und dem gegenüber S. seine Täterschaft eingestanden haben soll, seine Aussage trotz Androhung von Beugehaft vor Gericht verweigert, offenbar in Sorge um seine Sicherheit und die Sicherheit seiner Familie. Am 3. Juli nutzte die Staatsanwaltschaft ihre letzte Gelegenheit und legte eine Fülle von Beweisanträgen vor, denen sich die Nebenklagevertreter_innen anschlossen. Über die Anträge war bis Redaktionsschluss der LOTTA #71 noch nicht entschieden worden. Von Seiten der Kammer wurden jedoch vorsorglich weitere Prozesstermine bekannt gegeben — einstweilen bis zum 3. August.

„Kein dringender Tatverdacht mehr“

Während Staatsanwaltschaft und Nebenklage den wegen zwölffachen Mordversuchs angeklagten Ralf S. als Täter durch die Beweisaufnahme eindeutig überführt sehen, besteht die Verteidigung erwartungsgemäß darauf, dass ihr Mandant die Tat schon deshalb nicht habe begehen können, weil er überhaupt nicht in der Lage gewesen sei, den eingesetzten Sprengsatz zu bauen oder zu besorgen. Ralf S. würde sich „maßlos selbst überschätzen“ und habe ihm Vorgeworfenes „nachgeplappert“, um sich wichtig zu machen. Er mache sich eben gerne „größer als er ist“. Die drei zentralen Zeugen der Anklage seien allesamt unglaubwürdig. Rechtsanwalt Olaf Heuvens fasste als Sprecher der Verteidigung zusammen: „Es gibt keine lü-

„Letztendlich geht es um eine Gesamtschau“

ckenlose Indizienkette. Die Beweisaufnahme hat die Anklage nicht bestätigt.“ Einen Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls aber stellte die Verteidigung erstaunlicherweise nicht. Das war dann auch nicht mehr nötig. Am 17. Mai verkündete die Strafkammer in einem 51-seitigen nicht öffentlichen Beschluss, dessen Kernaussagen über eine Pressemitteilung des Landgerichts veröffentlicht wurden, dass der „Haftbefehl gegen den Angeklagten Ralf S. aufgehoben“ worden sei. Man sehe „keinen dringenden Tatverdacht mehr“. Ein solcher sei aber zur Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft erforderlich. „Maßgeblich“ für die Entscheidung sei „unter anderem“ gewesen, „dass sich die Angaben mehrerer Zeugen, denen gegenüber der Angeklagte den Bombenanschlag angekündigt haben soll beziehungsweise dem gegenüber der Angeklagte die Tat gestanden haben soll, als nicht hinreichend belastbar erwiesen“ hätten.
Mit ihrer Entscheidung zur Haftentlassung hat die Kammer dem Prozess eine vermutlich entscheidende Wende gegeben. Zwar waren sämtliche Schwierigkeiten bereits im März bekannt, eine Verurteilung von Ralf S. galt aber dennoch nahezu allen Prozessbeobachter_innen aufgrund der überzeugend erscheinenden „Indizienkette“ der Anklage als wahrscheinlich. „Nach den bisherigen Erkenntnisse gehen wir weiterhin von der Täterschaft des Angeklagten aus“, kommentierte die *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW* die Entscheidung der Kammer in einer Pressemitteilung. Die MBR NRW beobachtet den Prozess von Beginn an und veröffentlicht Prozessberichte auf www.mobile-beratung-nrw.de. LOTTA sprach mit dem MBR-NRW-Mitarbeiter Dominik Schumacher.

Was macht euch so sicher, dass Ralf S. den Anschlag vom 27. Juli 2000 begangen hat bzw. an diesem beteiligt war?
Die zahlreichen Indizien zeichnen in allen Belangen ein sehr eindeutiges Bild. Alles passt. Und es gibt nicht den kleinsten Hinweis darauf, dass es anders gelaufen sein könnte als von der Anklage behauptet. Den Wehrhahn-Anschlag hätte es ohne Ralf S. oder zumindest ohne sein aktives Zutun nicht gegeben.

Eine sehr wichtige Frage in der Beweisaufnahme scheint ja zu sein, inwieweit Ralf S. einen „Konflikt“ mit Menschen aus der Gruppe derjenigen austrug, die später Opfer des Anschlags wurden. Wie bewertet ihr das hierüber Bekannte?
Vor Gericht haben glaubwürdige Zeug_innen ausgesagt, die den ja spätestens seit Herbst 2000 auch polizeilich bekannten „Konflikt“ — gemeint ist die Bedrohung von Sprachschüler_innen in räumlicher Nähe des damaligen Militaria-Ladens des Angeklagten und die Gegenwehr der Schüler_innen — detailliert geschildert haben. Andere haben ausgesagt, dass die Sprachschüler_innen Ralf S. ein Dorn im Auge waren und dass er sie da weg haben wollte. Offenbar wertet die Kammer diesen „Konflikt“ aber völlig anders als die Anklage, die davon ausgeht, dass er Auslöser dafür war, den Anschlag vorzubereiten, in einer konspirativen Wohnung den Sprengsatz zu bauen und diesen gezielt zur Detonation zu bringen.

Welchen Stellenwert haben im Prozess die Opfer des Anschlags?
Die Betroffenen selber sitzen in der Regel nicht im Gerichtssaal — einige wenige wurden bisher als Zeug_innen befragt — , sondern ihre anwaltlichen Nebenklagevertreter_innen. Diese stellen kritische Nachfragen und versuchen im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Einfluss auf den Prozessverlauf zu nehmen.

Welche Rolle spielt eurer Ansicht Antisemitismus als mögliches Tatmotiv im Wehrhahn-Prozess — einmal ausgehend von der Täterschaft der Angeklagten?
Es bleibt spekulativ, dass S. wusste, dass es sich bei der Opfergruppe teilweise um jüdische Menschen handelte. Umso besser bekannt aber ist aus der Überwachung seiner Telefonanschlüsse, dass er sich wiederholt antisemitisch äußerte, auch mit explizitem Bezug auf die Opfergruppe.

Der Strafkammer scheint ja die aktuelle Beweislage für eine Verurteilung nicht auszureichen. Überrascht dich das? Ist tatsächlich so wenig von dem übrig geblieben, was von Seiten der Staatsanwaltschaft siegessicher als „geschlossene Indizienkette“ bezeichnet wurde? War es vielleicht sogar ein Fehler, Anklage zu erheben?
Letztendlich geht es im Prozess um eine Gesamtschau, um eine Würdigung des Gesamtwerks aus sehr vielen Mosaiksteinchen. Und um den Ausschluss der Möglichkeit, dass es irgendwie dann

doch anders, nämlich ohne Ralf S., gelaufen sein könnte. Die Kammer orientiert sich offenbar im Wesentlichen an den Aussagen von drei zentralen Zeug_innen, an deren Wahrheitsgehalt sie aber wohl Zweifel hat. Alle anderen Indizien erscheinen ihr offenbar zweit- oder drittrangig, oder sie spielen überhaupt keine Rolle beziehungsweise werden als nicht belastbar gewertet. Von daher sieht es aktuell eher nach einem Freispruch aus Mangel an Beweisen aus. Für die Betroffenen und Opfer des Anschlages wäre es vermutlich — ohne ihnen jetzt irgendetwas in den Mund legen zu wollen — sehr bitter, wenn der Anschlag weiterhin unaufgeklärt bleiben sollte. Die Wiederaufnahme des Verfahrens und die erneute Konfrontation mit dem Geschehenen dürften ohnehin schon eine starke Belastung für sie darstellen. Es war aber sicherlich richtig, bei den vorhandenen Ermittlungsergebnissen Anklage zu erheben, auch auf die Gefahr hin, dass etwas schief läuft. Was wäre die Alternative gewesen? Ob der Umgang mit den Betroffenen allerdings angemessen war, kann ich nicht beurteilen.

Ihr sprecht in eurer Pressemitteilung vom 17. Mai 2018 von „gravierenden Ermittlungsfehlern“, die nach dem Anschlag gemacht worden seien. Welche Fehler würdet Ihr hierbei besonders hervorheben?

Einer der wirklich übelsten Patzer war meiner Ansicht, dass nach der Tat kein Zusammenhang zwischen der Bedrohung der Sprachschüler_innen im Herbst 1999 und dem Anschlag im Sommer 2000 hergestellt wurde. Das geschah erst ab 2014. Und dass Ralf S. nach der ersten Verdachtsphase aus den Augen gelassen wurde. Bei wichtigen Zeug_innen aus dem Umfeld von Ralf S. wurde nicht konsequent nachgesetzt. Einmal ganz zu schweigen von der dilettantischen Hausdurchsuchung bei ihm wenige Tage nach dem Anschlag. Ich denke, dass die Ermittler_innen nicht wirklich daran geglaubt haben, dass er die Tat begangen hat. Die haben den eher für einen Spinner gehalten, der viel redet, übertreibt und lügt, aber so etwas niemals hinkriegen würde. Und hier schließt sich der Kreis wieder, weil sich offenbar auch die Strafkammer diese Einschätzung — stark gemacht durch die Verteidigung — zu eigen gemacht haben scheint.

Was ist ursächlich für diese Fehler?

Wir wissen, dass von Seiten der Stadtoberen und der Polizei in Düsseldorf zur damaligen Zeit das Problem „Rechtsextremismus“ massiv bagatellisiert wurde. Unsere Schlussfolgerung ist, dass sich das natürlich auch in den Ermittlungen niederschlug. Damit verbunden war und ist zudem weit verbreitetes Unwissen. Obwohl es eine lange Geschichte rechter Terrorstrukturen in der BRD gibt, herrscht bei jeder neuen (Selbst-) Enttarnung große Verwunderung. Hinzu kommt, dass es wenig Schutz für Zeug_innen und Betroffene gibt. Dafür ein Beispiel: Im Prozess sagte ein wichtiger Augenzeuge aus. Er hat keine politische Vita, ein ganz normaler Angestellter. Zu wichtigen Details hat er aber erst jetzt, 18 Jahre danach, ausgesagt, weil er damals Angst hatte, dass die Polizei ihn möglicherweise nicht schützen will oder kann. Vor Gericht sagte er: „Die Polizei haut immer auf die Linken, schützt aber die Rechten. Die sind doch selber total unterwandert.“ Es spricht schon Bände, wenn selbst politisch inaktive „Normalbürger“ eine solche Wahrnehmung von der Polizei haben.

Wie sollte deiner Ansicht der weitere Umgang mit dem Komplex Wehrhahn-Anschlag nach der Urteilsverkündung aussehen?

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss mit allen erforderlichen Befugnissen wäre sicherlich ein wichtiger Schritt, um Erkenntnisse über ein mögliches behördliches Fehlverhalten zu gewinnen. Langfristig wichtiger wäre aber ein gesellschaftlicher Wandel. Solange weiterhin den Betroffenen, gegen die extreme Rechte Aktiven und Expert_innen immer nur dann 30 Sekunden Aufmerksamkeit geschenkt wird, wenn wieder etwas Schreckliches geschehen ist, wird sich derlei wiederholen. Wir haben derzeit dieselben gesellschaftlichen Bedingungen, in welchen sich der NSU gebildet hat. Wir müssen also weiterhin der extremen Rechten auf den Füßen stehen. Solange sie sich mit uns abmühen, können sie, um es mal mit Wiglaf Droste zu sagen, „nicht das tun, was sie eben tun, wenn man sie nicht hindert: die[jenigen] bedrohen und nach Möglichkeit umbringen, die nicht in ihre Zigarettenschachtelwelt passen“.

Vielen Dank für das Interview.

Marco Müller aus Bochum (in der Mitte mit Sonnenbrille)
bei dem gescheiterten Blockadeversuch vor dem Justizministerium am 19. Mai 2017.

Von Wilfried West

Youtube, Aufkleber und Teleskopschlagstöcke

Die „Identitäre Bewegung" in Bochum

Die Bochumer „Identitären" bilden zur Zeit im Ruhrgebiet die aktivste Ortsgruppe der „Identitären Bewegung" (IB), die sowohl in NRW als auch bundesweit gut vernetzt ist. Zunehmend gewinnt die Stadt auch an Attraktivität für IB-Aktivist*innen aus anderen Städten.

Es ist die übliche Inszenierung: Eine kleine Gruppe IB`ler besteigt am 16. September 2017 den Turm der Burg Blankenstein in Hattingen, zwei Personen seilen sich ab und entrollen dabei ein großes Banner mit der Aufschrift „Einer Invasion kann man widerstehen, nicht aber einer Idee, deren Zeit gekommen ist". Dabei filmen sich die Aktivisten, auch eine Drohne wird eingesetzt. Als „Aktionsvideo der Ortsgruppe Bochum" wird der kurze Clip dann im Internet präsentiert. Ein weiteres Banner präsentierten die Bochumer „Identitären" im November 2017 am Hohenstein in Witten, um auf „Linksextremismus" aufmerksam zu machen.

In Bochum trat die IB erstmals 2013 Erscheinung (vgl. LOTTA #64, S. 12 ff.). Damals versuchten sie mit Flugblättern und völkischer Propaganda an die Proteste gegen die Schließung des Opel-Werks in Bochum anzuknüpfen. Besonders erfolgreich waren diese ersten Aktionen nicht. Erst Ende 2016 fiel die Bochumer Ortsgruppe wieder auf, als sie auf dem Weihnachtsmarkt Flugblätter verteilte. Danach erhöhten sich die Aktivitäten der IB in der Region.

Erzwungenes Gesicht der IB-Bochum

Die IB in Bochum besteht aus etwa zehn Personen, die aber auch aus Nachbarstädten wie Herne, Witten und Hattingen stammen. Wie in der extrem rechten Szene üblich, herrschen klare Hierarchien und Aufgabenverteilungen. Wer bei der IB mitmachen möchte, muss nach der Kontaktaufnahme ein Erstgespräch führen und sich anschließend durch Aktivismus und Teilnahme an Aktionen beweisen. Um Mitglieder, die nicht 100 Prozent Einsatz zeigen, sei es

auch „nicht schade“, so **Marco Müller**, der aus Gummersbach stammende Leiter der Bochumer Gruppe in einem Video. Müller lebt in Bochum, er ist der einzige, der sich öffentlich zur IB bekennt, nachdem er Anfang Oktober 2017 durch ein Antifa-Outing enttarnt wurde. Die übrigen Mitglieder bemühen sich, anonym zu bleiben. Dennoch ist den Bochumer „Identitären“ an einer Außendarstellung gelegen, im Spätsommer 2017 gaben Müller und ein weiteres Gruppenmitglied einer Volontärin der *Funke Mediengruppe* ein Interview. Darüber hinaus tritt Müller seit seinem Outing mit einem eigenen Youtube-Kanal unter dem Namen „Marco Erdmannsky” an die Öffentlichkeit und beteiligte sich an Youtube-Schaltungen mit bekannten rechten Bloggern wie **Hagen Grell** oder dem IB-„Anführer“ **Martin Sellner**. Müller ist innerhalb der *Identitären Bewegung* gut vernetzt und beteiligt sich auch an bundesweiten IB-Aktionen. Als am 28. Dezember 2016 auf dem Dach des Kölner Hauptbahnhofes ein Banner entrollt wurde, war auch Müller mit von der Partie. Ebenso als die IB im Mai 2017 versuchte, das Bundesjustizministerium in Berlin zu „blockieren“. Einen Monat später besuchte er den IB-Aufmarsch gegen den herbei phantasierten „großen Austausch“ in Berlin-Wedding.

IB-Hotspot Bochum?

Ende 2017 kündigte Müller an, dass die Bochumer Ortsgruppe im neuen Jahr ihre Aktivitäten weiter intensivieren wolle. Dazu passte, dass Müller bekannte IB-Kader aus anderen NRW-Städten nach Bochum einlud, um gemeinsam Silvester zu feiern. So postete die IB-Aktivistin **Reinhild Boßdorf** aus Siegen/Königswinter bei *Instagram* ein Selfie aus Bochum, auf dem sie eine Bengalfackel in der Hand hält. Von der selben Örtlichkeit postete der aus Remscheid stammende **Kreon Schweickhardt** ebenfalls ein Bild. Auf der Straße treten Müller und seine Kameraden seitdem zunehmend aktiver auf. In seinem Wohnumfeld und anderen Stadtvierteln tauchten immer wieder Aufkleber, Plakate und vor allem Sprühereien mit Aussagen wie „Love Cops — Hate Antifa“, „FCK MRX“ und Lamda-Symbolen auf. Der Feind steht für Müller und seine Gruppe links, was SPD, Grüne, Linke, Gewerkschaften und das alternative Milieu in Bochum einschließt. Schon am 3. März 2017 hatten sie an den Wahlkreisbüros der Linken und der Grünen sowie am *ver.di*-Haus Aufkleber und Plakate hinterlassen. Bevorzugt werden nächtliche Aufkleber-Runden in „feindlichen“ linksalternativen Vierteln Bochums gedreht. In der Nacht auf den 1. April 2018 gerieten Müller und drei weitere Mitstreiter bei einer ihrer Propagandaaktionen in eine Polizeikontrolle. Neben den Sprühdosen, fanden die Beamten auch einen Teleskopschlagstock und einen Schlagring. Zuwachs erhielt die IB Bochum durch den aus Beckum stammenden **Bastian Hans**, der bisher dem Umfeld der Münsteraner Hooligan-Szene zuzurechnen war. Im Sommer 2017 erhielt Hans wegen seiner politischen Aktivitäten ein szeneinternes Kurvenverbot beim *SC Preußen Münster*. Obwohl er bereits seit Sommer 2017 in Bochum lebt, legen Recherchen des Blogs *wiedertaeufer.ms* nahe, dass Hans zumindest bis Januar 2018 Ortsgruppenleiter der IB Münster war. Auf einem Foto, das sein Vorgänger **Marcel Winkin** im Netz veröffentlichte, posiert Hans mit Winkin und anderen jungen Männern im IB-Shirt und mit Boxbandagen.

„Identitäre“, Burschen und die AfD

Das extrem rechte Burschenschaftsmilieu bietet auch in Bochum eine Rekrutierungsgrundlage für die „Identitären“. Im Sommer 2015 veranstalte die zum damaligen Zeitpunkt noch unter dem Namen *Identitäre Bewegung Westfalen* aktive IB-Struktur ein Treffen in den Räumlichkeiten der im *Verband der Vereine deutscher Studenten* organisierten Studentenverbindung *VDSt Breslau-Bochum*. Mit dabei war damals auch die aus Essen stammende **Melanie Schmitz** von *Kontrakultur Halle*. Entsprechend gute Kontakte gibt es bis heute nach Sachsen-Anhalt. Auch **Sven Wüstefeld**, Mitglied der gastgebenden Verbindung, nahm an dem Treffen teil. Wüstefeld ist Mitglied der *Jungen Alternative* (JA) und Ende 2017 nach Sachsen-Anhalt gezogen. Schon vorher unterhielt er Kontakte zu dem aus Recklinghausen stammenden **Jan Scharf** von *Kontrakultur Halle*, Melanie Schmitz und weiteren „Identitären“ aus dem Ruhrgebiet. Auch zwischen IB und AfD gibt es in Bochum personelle Überschneidungen. Ende 2017 geriet eine Gruppe „Identitärer“, darunter auch Wüstefeld, Schmitz und Scharf, in Bochum in eine Auseinandersetzung, nachdem sie wegen ihrer rassistischen Hetze in einem Lokal Hausverbot erhalten hatten. Für den Geschädigten Wüstefeld sammelten die rechte Initiative *Ein-Prozent* sowie die *Alternative Hilfe*, ein Verein von AfD-Mitgliedern, der nach eigenen Angaben „Hilfe für Opfer politisch motivierter Straftaten“ bietet, Spenden. Öffentlich hieß es zunächst, bei dem Geschädigten, Wüstenfeld, handele sich um einen „Identitären“. Als die Presse aufzeigte, dass er AfD- und JA-Mitglied ist, wurde aufgrund des formal bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlusses seine IB-Mitgliedschaft unter den Tisch gekehrt und auf eine private Freundschaft verwiesen, die nicht explizit politisch sei.

—

Der Autor des Artikels ist in antifaschistischen Strukturen in Bochum organisiert.

Demonstration der „Patrioten NRW" am 2. Juni 2018 in Solingen.

Von Adam Böhm

Mit „Angst", „Widerstand" und „Wahrheit"?

Wie rechte Gruppen Gewalt gegen Frauen und Politikverdruss instrumentalisieren

Seit dem Frühjahr 2018 rufen auch in NRW rechte Gruppierungen zu Kundgebungen und Demonstrationen auf, die einen Bezug zu der extrem rechten Kampagne „Kandel ist überall" herstellen. Der Schwerpunkt liegt vor allem im Ruhrgebiet.

Mitten in Bottrop, direkt vor der Cyriakuskirche, wo an Samstagen der Wochenmarkt stattfindet, treffen sich am 17. Juni 2018 laut Polizeibericht bis zu 140 Menschen zu einer „Schweigekundgebung". Die Veranstaltung hat kaum Außenwirkung, die Innenstadt ist menschenleer. Auf Youtube veröffentlichte Videos ermöglichen einen Einblick: Die Demonstrierenden haben sich im Viereck aufgestellt. Sie halten Schilder hoch, auf denen Namen von ermordeten oder angegriffenen Frauen stehen. Auf zwei Transparenten ist zu lesen: „Angst ist nicht rechts" und „Wahrheit ist nicht rechts". Deutlich wird: Es geht weniger um die betroffenen Frauen, sondern vor allem um die Täter. Aus Sicht der Teilnehmenden sind das in der Regel Geflüchtete.

Alte Bekannte und neue Gesichter

Aufgerufen hatte die Gruppe *Mütter gegen Gewalt*, deren Gesicht „Mona Maja" ist. Die 55jährige Bottroperin, die im wahren Leben **Iris Swoboda** heißt, zeichnete auch schon für die Demonstration am 4. März an gleicher Stelle verantwortlich, zu der über 1.000 Teilnehmende kamen — darunter neben „Wutbürgern" aus der gesamten Region auch eine große Anzahl rechter Hooligans, die sich mit „Ahu"-Sprechchören bemerkbar machten, AktivistInnen der *Identitären Bewegung* (IB) und der Partei *Die Rechte* sowie VertreterInnen der AfD, wie beispielsweise **Guido Reil**. Als Rednerinnen traten neben Swoboda selbst unter anderem **Claudia Ludwig** und **Heidi Mund** in Erscheinung. Ludwig ist seit vielen Jahren mit der *Bürgerbewegung Pax Europa* in islamfeindlichen Zusammenhängen präsent und war zuletzt im

Umfeld von *pro NRW* wahrzunehmen. Sie trat vor allem in Hessen als PEGIDA-Anhängerin und fundamentale Christin in Erscheinung. Im Vorfeld der Demonstration bestellte **Myriam Kern**, die „Stimme von Kandel", per Videobotschaft „Herzensgrüße" an ihre Mitstreiterinnen in Bottrop. Bei der Demonstration selbst, vor allem aber bei der Mobilisierung und der Berichterstattung, ging es vor allem um eine Zuspitzung und Emotionalisierung realer Vorfälle und Ängste — eingebettet in eine klassische extrem rechte Rhetorik und Argumentation.

„Patrioten" und „Amazonen"

Diese doppelte Anknüpfungsfähigkeit an die extreme Rechte und an bürgerliche Debatten eint viele Gruppierungen und Personen, die in den letzten Monaten in NRW aktiv geworden sind. In Solingen versucht **Andrea Baschke** seit April 2018 einen regelmäßigen „Amazonenmarsch" zu etablieren. Bezugspunkt ist auch hier „Kandel ist überall". Doch blieb die Mobilisierung erfolgloser als in Bottrop. Anfang April kamen 17 Teilnehmende, darunter der ehemalige *pro NRW*-Funktionär **Egon Rohmann**, der jetzt für die Kleinstpartei *Arbeitnehmer Rentner Union* unterwegs ist. Bei den beiden Folgeveranstaltungen Ende April und im Mai waren es sogar noch weniger Teilnehmende. Trotzdem meldet die Veranstalterin weiterhin Kundgebungen in Solingen an.

Mehr Menschen mobilisieren konnte die Gruppe *Patrioten NRW*, an der bis zu einem in den Sozialen Medien ausgetragenen Zerwürfnis auch die „Amazonen"-Organisatorin beteiligt war. *Patrioten NRW* tritt professioneller auf als die „Amazonen". Ein Veranstaltungskalender auf der Internetseite verzeichnet bundesweite „Merkel muss weg"- und „Gegen Gewalt an Frauen"-Demos. Die Aktivitäten der Gruppe werden durch Berichte von fast allen einschlägigen Kundgebungen der letzten Monate in NRW, aber auch von der AfD-Demonstration „Zukunft Deutschland" in Berlin am 27. Mai 2018, sichtbar. Die geschlossene Facebook-Gruppe hat über 180 Mitglieder. Neben vielen AfD-Fans finden sich darunter Iris Swoboda, Myriam Kern, die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin und heutige AfD- und PEGIDA-Unterstützerin *Angelika Barbe* und der stellvertretende Bundesvorsitzende der neonazistischen Partei *Die Rechte*, **Kevin Koch**. Ein Mitglied gibt an, bei der „Waffen-SS" im „Deutschen Reich" zu arbeiten, ein anderes posiert auf seinem Profilbild vor der Reichsflagge mit Adler. Wieder andere inszenieren sich als rechte Hooligans. Ähnlich wie Swoboda sind die HauptorganisatorInnen der *Patrioten NRW* bisher nicht öffentlich in der extremen Rechten in Erscheinung getreten. Bei vielen ProtagonistInnen dieser Gruppen handelt es sich um Menschen im mittleren Alter, die offenbar durch jahrelanges Mitlesen, Schreiben und eine starke Vernetzung in den Sozialen Medien zentrale Argumentationsfiguren und Haltungen der extremen Rechten verinnerlicht haben, sich aber nach wie vor als „normale Bürger" und „nicht rechts" verstehen. Eine Abgrenzung zur organisierten extremen Rechten findet jedoch nicht statt — was nur folgerichtig erscheint, stimmen doch Themen und Forderungen überein. Die von den *Patrioten NRW* veranstaltete Demonstration in Solingen am 2. Juni 2018 belegt diese Nähe zur extremen Rechten erneut. Das Erscheinungsbild und auch die Reden wurden geprägt durch die *Identitäre Bewegung* — offenbar geduldet und gewollt durch die OrganisatorInnen, die sich zuvor mit der IB solidarisiert hatten und die Löschung deren Facebook-Profile kritisierten.

Von AfD bis NPD

Ein ähnliches Milieu fand sich bei Veranstaltungen in Mönchengladbach, Köln und Recklinghausen zusammen. Dem Aufruf von „Wir sind das Volk" am 10. März 2018 nach Mönchengladbach folgten 350 Teilnehmende. Die RednerInnen, vornehmlich aus dem neonazistischen Spektrum — wie etwa der ehemalige Leipziger LEGIDA-Kopf **Silvio Rösler**, der HoGeSa-Mitinitiator **Dominik Roeseler** und der vormals bei NPD und *Die Rechte* aktive Kader **Alexander Kurth** aus Sachsen — sorgten im Publikum zwar für geteilte Meinungen, dennoch nahmen noch über 200 der ursprünglich 350 Personen an der auf die Auftaktkundgebung folgenden Demonstration teil. In Köln traten am 14. April 2018 bei der „Kundgebung für die Meinungsfreiheit — gegen das NetzDG" die Mitinitiatorin der „Gemeinsamen Erklärung 2018" **Vera Lengsfeld** und der AfD-nahe Aktivist **Serge Menga** vor etwa 90 Personen aus dem rechten Spektrum auf. Eine ähnlich große Gruppe traf sich am Pfingstsonntag in Recklinghausen. Aufgerufen hatte die Gruppe „Wir für NRW — Nein zu dieser Regierung — Widerstand" um **Ilona Labsch**, Beisitzerin im dortigen AfD-Kreisvorstand. Die Demo wurde von *Krosta TV* begleitet, auch der Ex-AfDler **Thomas Matzke** filmte, hielt selbst eine Rede und animierte die Teilnehmenden zu „Merkel muss weg!"-Rufen. AfD-Funktionär sowie Gründungs- und Vorstandsmitglied des Vereins *Alternative Hilfe e.V.* **Frank Spickermann** forderte in seiner von „Abschieben"-Rufen begleiteten Rede die Ausweisung „illegaler Personen" und die Abschaffung von Klagemöglichkeiten im Asylverfahren. Bei dem Spaziergang durch die menschenleere Recklinghäuser Innenstadt wurden Sprechchören wie „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen" skandiert.

Nachdem sich das Orgateam in Bottrop zerstrittenen hatte, fanden am ersten Mai-Wochenende zwei getrennte, aber

Heidi Mund bei der Kundgebung „Frankfurt — eine Stadt erhebt sich" am 17. Juni 2018. Mund trat auch als Rednerin bei der „Mütter gegen Gewalt"-Demonstration" am 4. März 2018 in Bottrop auf.

inhaltlich gleich ausgerichtete Demos statt. Die neu gegründeten *Eltern gegen Gewalt* gingen in Essen-Steele mit etwa 600 Personen auf die Straße, darunter viele Hooligans, was nicht zuletzt an der Unterstützung durch die *Steeler Jungs* liegen dürfte. Die aus dem Umfeld von *Rot-Weiß-Essen* stammenden Hooligans waren in den Wochen zuvor durch „Patrouillen" im Stadtteil aufgefallen. Unter den Rednern waren wiederum Matzke und Menga. In Duisburg liefen die *Mütter gegen Gewalt* und *PEGIDA NRW* mit etwa 200 Teilnehmenden durch den Stadtteil Neumühl.

„Alternative Medien" als Verstärker

Echokammer dieser neuen Inszenierungs- und Mobilisierungsform sind neben den teils eigens gegründeten Facebook-Gruppen einschlägige Internetportale und große News-Seiten wie *Journalistenwatch*, *PI-News* oder *Philosophia Perennis*, der Blog des Theologen und ehemaligen CDU-Mitglieds **David Berger**, der mittlerweile zum Stichwortgeber rechtspopulistischer Publizistik im Umfeld der AfD geworden ist. Aber auch viele kleinere, extrem rechte Medienprojekte berichten über die Kundgebungen und Demonstrationen, darunter *Abakus News* von oben erwähnten Thomas Matzke aus Hennef, der Mitglied der *Patriotischen Plattform* war, bis er vom AfD-Landesverband 2017 aus der Partei ausgeschlossen wurde, *Krosta TV* von **Michael Krosta** aus Recklinghausen, der den Weg von der Partei *Die Linke* über die „Montagsmahnwachen" zur extremen Rechten gefunden hat, oder dem Youtube-Kanal *German Defence 24*, der seit Jahren unter anderem die PEGIDA-NRW-Aufmärsche mit der Kamera begleitet. Mit Interviews, Kommentaren und Mitschnitten der Versammlungen verbreiten sie die Botschaft der ProtagonistInnen und bestärken sich selbst und das Gefühl, mit vielen anderen am Wachsen des „Widerstands gegen das Merkel-Unrechtsregime" beteiligt zu sein.

Gegen Geflüchtete und das „Establishment"

„Neu" an den aktuell entstehenden Gruppen und Veranstaltungen ist vor allem die spektrenübergreifende Mobilisierung und Vernetzung. Unterstützend wirkt dabei die einende Grunderzählung, die sich wie ein roter Faden durch die oben beschriebenen Veranstaltungen sowie die Diskussionen und Beiträge in Sozialen Netzwerken zieht. Es wird das Bild einer Gesellschaft vermittelt, die von Gewalt geprägt ist. In den Sozialen Medien werden vor allem Berichte von vermissten Mädchen, Vergewaltigungen und Messerstechereien geteilt — allerdings ausschließlich solche, bei denen ein „muslimischer/arabischer" oder als „Flüchtling" identifizierter Täter vermutet wird. Dabei geht es weniger um die tatsächlich betroffenen Frauen, sondern vor allem darum, die tragischen Mord- und Gewalttaten zu instrumentalisieren. Durch die einseitige Darstellung von meist „deutschen Opfern", immer aber „fremden Tätern", werden Geflüchtete per se als gefährlich dargestellt. Zum anderen werden Verantwortliche für diese „importierte Kriminalität" benannt. Eine „humanitäre Nächstenliebe für Kriminelle ohne Pass" sei der Grund für die aktuelle Situation. Schuldig sind demnach sowohl diejenigen, die solidarisch Geflüchtete unterstützen, als auch „die da oben", personalisiert durch „die Regierung", vor allem durch Bundeskanzlerin **Angela Merkel** persönlich.

Chaos, Staatsversagen und Angst?

Diese Weltdeutung kann an eine Erzählung anknüpfen, die mittlerweile fest im politischen und medialen Diskurs der Bundesrepublik verankert ist. Aktuell bis in die Bundesregierung haben extrem rechte Kampfbegriffe wie „Asyltourismus" Konjunktur und werden widerspruchsfrei in Artikeln, Kommentaren und Interviews übernommen. In den Leitmedien wird ein Bild vom „überforderten Staat", „Abschiebestau, Ämter- und Justizchaos" und einer „Republik am Rande des Nervenzusammenbruchs" gezeichnet. Das „verrohte Bürgertum" findet hier Resonanz wie Bestätigung für seine gefühlte Situation und für eine Narration, die nahtlos anschließt an die extrem rechten Deutungs- und Argumentationsmuster der hier beschriebenen Gruppen.

NPD-Funktionäre vor der verschlossenen Stadthalle in Wetzlar.

Von Sebastian Hell und Sonja Brasch

Wer den Schaden hat...

Das geplatzte Großevent in Wetzlar und die hessische NPD

Es sollte der große Wurf werden: Die NPD hatte sich mit einer Wahlkampfveranstaltung in die Wetzlarer Stadthalle geklagt, nachdem ihr die Stadt Wetzlar diese nicht zur Verfügung stellen wollte. Nachdem seitens der Stadt alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft schienen, veröffentlichte die Partei ein — bis dahin in Hessen beispielloses — Veranstaltungsprogramm. Am Veranstaltungstag, dem 24. März 2018, verweigerte die Stadt der Partei erneut die Nutzung. Der NPD blieb letztendlich ein Trümmerhaufen.

Bei der NPD Hessen bedeuten derartige Wahlkampfveranstaltungen zumeist Auftritte regionaler NPD-FunktionärInnen sowie einiger NPD-RednerInnen aus anderen Landesverbänden. Möglicherweise auch mal der Auftritt eines Liedermachers, der das Programm etwas auflockern soll. Das Anfang März veröffentliche Programm für ihre Wahlkampfveranstaltung am 24. März sah allerdings anders aus. Erst wenige Tage zuvor hatte der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel (VGH) entschieden, dass die Stadt Wetzlar der Partei die Halle zur Verfügung stellen müsse. Das daraufhin angekündigte Aufgebot an Bands und RednerInnen hatte es in sich. Neben *Mortuary*, *F.i.e.l.* und *Faust* wurden die Szenegrößen *FLAK*, *Kategorie C* und *Oidoxie* angekündigt. Zusätzlich wurde noch eine RednerInnen-Liste bekanntgegeben. Neben den regionalen NPD-Funktionären **Daniel Lachmann** und **Thassilo Hantusch** wurden mit **Ariane Meise**, **Dominik Stürmer** und **Sebastian Schmidtke** weitere FunktionärInnen der Partei angekündigt. Zudem Hantuschs Großmutter **Doris Zutt** (Lotta #62) und der im *AB Mittelrhein*-Prozess angeklagte heutige JN-Bundesvorsitzende **Christian Häger**. Weitaus überraschender war die Ankündigung von **Sven Skoda** („Freie Kräfte"), sowie des Dortmunders **Michael Brück** von der Partei *Die Rechte* (DR).

„Sammlungsbewegung" NPD?

Nachvollziehbar erscheint diese Orientierung vor dem Hintergrund einer „Proklamation" des völkischen Parteiflügels um NPD-Vorstandsmitglied **Thorsten Heise**, die wenige Wochen vorher mit Unterstützung des hessischen Landesvorsitzenden **Jean-Christoph Fiedler** veröffentlicht worden war. Die darin postulierte Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und der Wunsch nach einer „Sammlungsbewegung" wirkte wie eine Blaupause für die Veranstaltung in Wetzlar. Darüber hinaus wurde Wetzlar beim letzten Bundesparteitag im März 2017 als „Leuchtturm-Projekt" ausgerufen. Nach vermehrten Aufmärschen in den vergangenen Jahren und dem erfolgreichen Abschneiden bei den Kommunalwahlen 2016 wurde hier offenbar Potenzial vermutet. Verbunden mit der Hoffnung, die Partei regional stärker zu verankern. Der erste Rückschlag erfolgte bereits im April 2017. Der Versuch, ein Bürgerbüro nebst Hausprojekt in der Wetzlarer Altstadt zu eröffnen, scheiterte. Die Stadt Wetzlar erfuhr von dem Vorhaben und schnappte der NPD die Immobilie vor der Nase weg.

Strategie der Stadt Wetzlar geht auf

Nach der Veröffentlichung des Programms sah sich die Stadt Wetzlar getäuscht: Die Bands würden den Charakter der Veranstaltung ändern. Und so bestritt die Stadt ihrerseits den gerichtlichen Weg, sie zog bis vor den VGH in Kassel — und verlor. Die NPD, so die Argumentation der Gerichte, dürfe ihre Veranstaltung gestalten, wie sie wolle. Am 22. März, zwei Tage vor der Veranstaltung, war jedoch immer noch kein Mietvertrag zustande gekommen. Die Stadt sah nicht alle Auflagen erfüllt. Erneut ging es bis vor den VGH. Dieser ordnete unter Androhung einer Strafzahlung von 7.500 Euro für die Stadt an, dass bis zum 23. März, 11 Uhr, ein Mietvertrag zu unterzeichnen sei. Als dieses dann wiederum nicht geschah, wurde der Stadt eben diese Strafe auferlegt. Eine weiteres Strafgeld von 10.000 Euro umging die Stadt , indem sie Beschwerde einlegte. Die Stadt argumentierte, sie würde den Mietvertrag mit der NPD erst abschließen, wenn diese, wie alle anderen Veranstalter_innen auch, alle Auflagen erfüllen würde. Hierbei ging es vorrangig um einen gültige Haftpflichtversicherung für eventuelle Schäden während der Veranstaltung und um den einzusetzenden Sanitätsdienst. Nachdem am Morgen des 24. März den OrganisatorInnen und HelferInnen der Zutritt zur Halle verwehrt worden war, zog die NPD vor das Bundesverfassungsgericht (BVG) — und gewann. Doch die Freude war nur von kurzer Dauer, trotz der Entscheidung des BVG beharrte die Stadt Wetzlar weiterhin darauf, dass sie ohne die erfüllten Auflagen keinen Mietvertrag unterzeichnen könne. Gegen 17 Uhr gab die NPD dann letztendlich auf, verlegte das Konzert murrend und mit Konsequenzen drohend nach Leun-Stockhausen und machte sich auf den Weg in das *Miet-Bistro Hollywood*, das von dem NPDler **Thomas Gorr** betrieben wird. Das Nachspiel gestaltete sich dann unaufgeregter als erwartet: Das BVG beauftragte die Kommunalaufsicht des Regierungspräsidiums Gießen, sich der Sache anzunehmen und das Vorgehen der Stadt und der handelnden Personen zu überprüfen. Am 13. April wurde mitgeteilt, dass es keine weitere Strafe gegen die Stadt geben werde. Das Regierungspräsidium ließ verlauten, dass die Kommunalaufsicht zur Einsicht gekommen sei, dass sich die Stadt Wetzlar tatsächlich in dem von ihr dargelegten Dilemma befunden habe. Sie habe glaubhaft machen können, dass sie dem Beschluss der Gerichte habe nachkommen wollen. Eine „berechtigte Sorge um den Schutz der Besucherinnen und Besucher während der NPD-Veranstaltung mit Blick auf den fehlenden Nachweis einer Haftpflichtversicherung und eines ausreichenden Sanitätsdienstes" habe sich nicht ausräumen lassen. Letztendlich blieb die Stadt Wetzlar gerügt zurück, konnte sich aber in ihrer Strategie bestätigt sehen.

Wegbleiben statt Schaulaufen

Nach den Prognosen im Vorfeld war ein Schaulaufen der organisierten Neonazi-Szene für den 24. März erwartet worden, verbunden mit der Sorge, dass die zersplitterte und sehr heterogene hessische Szene die Veranstaltung zu einer besseren Vernetzung nutzen könnte. Ein Blick auf die Anwesenden an diesem Tag zeigte aber, dass es sich großteils um eher unorganisierte Neonazis handelte — teilweise von weit her aus anderen Bundesländern angereist. Das befürchtete Bedrohungsszenario bleib aus, auch zahlenmäßig blieb der Event mit etwa 200 Personen weit hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück. Regionale Neonazis tauchten fast überhaupt nicht auf. Weder ließ sich derjenige Teil der Szene blicken, der gerne Präsenz bei Aufmärschen zeigt, noch waren die üblichen KonzertbesucherInnen anzutreffen. Auch Personen aus dem Spektrum von *Blood&Honour*, *Combat 18* und „Hammerskins" blieben fern, obwohl mit *Oidoxie* und *FLAK* ihren Netzwerken nahestehende Bands auftraten. Ebenso kaum anzutreffen waren Funktionäre neonazistischer Parteien. Der sich in Hessen im Aufbau befindliche *Der III. Weg* glänzte ebenso durch Abwesenheit wie die in Hessen wiedergegründete *Die Rechte*, obwohl mit Michael Brück ein DR-Bundesvorstandsmitglied als Redner angekündigt war. Auch von der NPD selbst war kaum Personal anwesend. Mit Ausnahme der angekündigten RednerInnen ließen sich keine weiteren NPD-Kader von

außerhalb Hessens blicken. Auch viele hessische FunktionärInnen und LandtagskandidatInnen blieben der Veranstaltung fern, sofern sie nicht in die Organisation involviert waren. Nicht einmal der — zu diesem Zeitpunkt noch aktuelle — NPD-Landesvorsitzende Jean-Christoph Fiedler und die örtliche NPD-Fraktion Wetzlar ließen sich rund um die Stadthalle blicken — mit Ausnahme des Gastgebers Thassilo Hantusch.
Neben dem Konzert in Leun-Stockhausen gab es am 24. März noch weitere Veranstaltungen. Nachdem ungefähr 15 Personen der JN und der *Identitären Aktion* von Wetzlar aus nach Gießen gefahren waren, um dort mit einer zehnminütigen Kundgebung vor dem Polizeipräsidium ihren Unmut kundzutun, reisten sie weiter Richtung Bonn. Dort sollte an diesem Abend der Anmelder der Kundgebung, **Maximilian Reich**, unter seinem Pseudonym „Jonas Freytag" sein neues Buch in Rahmen einer Lesung vorstellen. Bei der zweiten Veranstaltung handelte es sich um ein Grauzonen-Konzert im nordhessischen Neunkirchen. Einigen Neonazis erschien das Angebot, direkt vor der Haustür mit den Freunden von „damals" unbeschwert zu feiern, offenbar attraktiver als die massiven polizeilichen Kontrollen, die in Leun auf sie warteten.

Zum Zustand der NPD in Hessen

Die hessische NPD befindet sich seit 2008 und dem Abgang von **Marcel Wöll** in einem desaströsen Zustand. Die Kommunalwahlen 2016 mit Ergebnissen um die 10 Prozent in Wetzlar, Büdingen und Leun täuschten darüber kurzzeitig hinweg, derartige Ergebnisse werden bei der anstehenden Landtagswahl kaum zu wiederholen sein. Hessenweit dürfte es für die Partei ohnehin eher um ein Überspringen der Einprozenthürde für die staatliche Parteienfinanzierung gehen. Ein Blick auf das Personal liefert genügend Gründe, warum die Partei in Hessen nicht für eine Sammlungsbewegung taugt. Auf allen Ebenen fehlt es an charismatischen, gut vernetzten oder auch einfach nur jungen FunktionärInnen. Die Wahl Daniel Lachmanns zum Landesvorsitzenden Mitte April und seine Nominierung zum „Spitzenkandidat" für die Landtagswahl bringt den Zustand der NPD-Hessen auf den Punkt. Der langjährige NPD-Funktionär ist seit jeher um ein bürgerliches Bild der Partei bemüht. Er will mit der NPD akzeptierter Teil der Gesellschaft sein und hat wenig Anbindung an die Szene außerhalb der Partei. Dabei ist er alles andere als charismatisch und weiß auch als Redner nicht zu überzeugen. Bei den Kreisverbänden sieht es kaum besser aus: Der Kreisverband im Lahn-Dill-Kreis scheint zwar zu funktionieren, ein Blick auf seine Funktionäre zeigt jedoch ebenso wie bei der NPD-Fraktion in Wetzlar, dass die Struktur mit wenigen Ausnahmen hoffnungslos überaltert ist. In der Region Wetterau, wo die Partei ebenfalls vergleichsweise gut aufgestellt ist, sieht es kaum besser aus. Landesweit wurden in den vergangenen Jahren in allen hessischen Regionen Kreisverbände zu Bezirken zusammengelegt, damit überhaupt noch der Eindruck von einer flächendeckend präsenten NPD suggeriert werden kann. Dabei übernehmen einzelne Funktionäre wie Jean-Christoph Fiedler (Südhessen), **Martin Kohlhepp** (Osthessen) oder **Roy Godenau** (Nordhessen) nun ganze Regionen, die für die NPD im Grunde verloren sind.
Unterm Strich bleibt festzuhalten, dass die NPD momentan weder das Personal noch die Struktur hat, um aus eigener Kraft heraus in Hessen eine ernst zu nehmende Kraft im rechten Spektrum darzustellen. Es zeigt sich zudem, dass sich die heterogene und überwiegend unorganisierte hessische Neonazi-Szene von der NPD nicht einbinden lässt. Demnach bedarf es immer wieder Unterstützung von anderen Landesverbänden, um kurzzeitig für Aufsehen zu sorgen. Dies betrifft gleichermaßen den Wahlkampf wie auch Aufmärsche oder das geplante Bürgerbüro. Mit Unterstützung von außen hätte sich Wetzlar auch zu einem Ort für als Parteiveranstaltungen angemeldete Neonazi-Konzerte entwickeln können, ähnlich wie das in Themar bereits der Fall ist. Die Stadt Wetzlar hat glücklicherweise mit Vehemenz die Nutzung der Halle verweigert.

Von Jan Raabe

Jens und Anhang

Die RechtsRock-Band „Sturmwehr“

„Sturmwehr“ gehört zu den produktivsten deutschen RechtsRock-Bands. Dabei zeichnet die Band um ihren Sänger Jens Brucherseifer aus Gelsenkirchen aus, dass sie sowohl als Rock-Band, als auch als Liedermacher-Duo oder -Solo unterwegs ist.

Inhaltlich liefern die Texte der Band eine Mixtur aus Rassismus, Antisemitismus und NS-Verherrlichung, hinzu kommen — seltener werdend — Einsprengsel des Skinhead-Kults. Ist das Agieren der Band und seiner Musiker auf den ersten Blick eher langweilig und eine Wiederholung des immer Gleichen, so zeigt ein genauerer Blick interessante Zusammenhänge: Sei es, dass außer der Konstante **Jens Brucherseifer**, die Musiker der Band immer wieder ausgewechselt werden, seien es die Verbindungen ins Netz von *Blood & Honour* und *Combat 18*.

Konglomerat

„Welche Band ist denn das jetzt?“, mag man sich manchmal fragen. Beispielsweise bei einem Liederabend, bei dem **Martin Böhne** aus Hamm auf der Bühne steht. Böhne spielt sowohl für *Sleipnir* als auch für *Sturmwehr*. Auch die anderen Musiker, die in letzter Zeit bei *Sturmwehr* auf der Bühne standen, sind bekannte RechtsRock-Musiker. **Marko Eckert** spielt ansonsten bei *Words of Anger* und *Oidoxie* Gitarre. **Michael Brosch**, der früher bei den *Angry Bootboys* Bass spielte, ist aktuell der Sänger von *Smart Violence* (vgl. LOTTA #66, S. 16—17). Dort spielt auch **Patrick Gerstenberger** das Schlagzeug, der hin und wieder bei *Sturmwehr* trommelt. Eine originäre Sturmwehr-Besetzung über Brucherseifer hinaus gibt es also nicht. Während sich hinter Sturmwehr-Musikern diverse andere Bands verbergen, ist auch der mittlerweile 46-jährige Brucherseifer in vielen anderen Formationen aktiv. *Leitkultur*, *Heldenschwert* oder *Koma-Kolonne*: alles Projekte des Gelsenkircheners. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Brucherseifer unter verschiedenen Projektnamen auftritt, um unauffällig noch mehr CDs produzieren zu können. Zumindest bei der Band *Koma-Kolonne* unterscheidet sich immerhin der inhaltliche Zuschnitt der Songs. Hier stehen „Saufen“ und „Spaß“ im Vordergrund — und nicht Politik.

Produktion am Fließband

Es sind fast 50 CDs die *Sturmwehr* seit 1995 veröffentlicht hat. Dazu kommen eine ganze Reihe von Split-CDs mit Bands wie *Sleipnir*, *Rheinwacht* oder *Überzeugungstäter* und unzählige Sampler-Beiträge. Damit ist *Sturmwehr* wohl mit Abstand die produktivste Band des deutschen RechtsRock, nicht was die Qualität der Produktionen betrifft, wohl aber die Quantität. Immer wieder wurden aus der Szene heraus Vorwürfe laut, dass *Sturmwehr* nur so viel produziere, um ordentlich Geld zu verdienen. Streitigkeiten sind vorprogrammiert. Für den 10. Februar 2018 organisierte *Blood & Honour Ungarn* in Budapest anlässlich des „Day of Honour“ ein Konzert. *Sturmwehr* war der Headliner des Abends, die E-Mail-Adresse zur Anmeldung für das Konzert lautete „sturmwehrliveinhungary@...“, was als Beleg für die hohe Bedeutung der Band zu deuten ist. Kurz vor der Veranstaltung sagte *Sturmwehr* die Teilnahme jedoch ab. „Durch interne Unstimmigkeiten in der Live Rock Formation, so möchte ich es mal nennen, müssen wir euch leider mitteilen, dass wir alle bis dato geplanten Veranstaltungen/ Konzerte der kompletten Truppe

hiermit canceln“, verlautete Brucherseifer kurz vor dem Konzert. Es war nicht das erste Mal, dass ihm seine Band abhanden kam, das allererste Mal passierte das 1999. Danach trat *Sturmwehr* einige Jahre nicht mehr als Band auf. Unter dem Namen spielte Brucherseifer als Liedermacher. Ergänzt wurde die Band später durch Musiker der Band *Words of Anger*. Ende 2010 sagte Brucherseifer dann wieder die geplanten Konzerte ab und wollte die Band auflösen. Er tat es dann aber doch nicht. Nach der Absage des *Blood & Honour*-Konzerts im Februar dieses Jahres tritt *Sturmwehr* zumeist als Duo auf, das aus Brucherseifer und Böhne besteht. Damit folgt auch *Sturmwehr* dem von *Lunikoff* und *Kategorie C* gesetzten Trend, mehr Liederabende zu spielen.

Der Dortmunder Neonazi-Grafiker **Martin Wegerich,** bekannt durch sein Unternehmen *Vlanze-Graphics,* entwarf extra einen Flyer für die „Akustiktour 2018“ von *Sturmwehr* und gestaltete auch die letzten beiden CDs der Band und deren T-Shirts. Der Flyer bewarb Liederabende in Erfurt am 24. Februar 2018, in Berlin am 10. März 2018 und in Ostwestfalen am 24. März 2018. Letzterer fand letztendlich vor rund 90 Zuhörenden in Porta Westfalica bei Minden statt. Auffällig war, dass der Werbeflyer für das Konzert explizit auf der offiziellen Seite der englischen *Blood & Honour*-Division präsentiert wurde. Zu den Organisatoren vor Ort zählten neben dem Mindener Neonazi **Marcus Winter** auch **Dirk Fasold,** der bis zum Verbot „Leiter“ der *Blood & Honour-Sektion Westfalen* war.

Sprachrohr der NPD

Analysiert man die Konzerte und Liederabende von *Sturmwehr*, so fällt auf, dass eine Vielzahl der zirka 60 Auftritte seit 1995 von der NPD organisiert wurden. Mindestens zwölf Mal stand *Sturmwehr* für die NPD auf der Bühne. Darunter waren wichtige Auftritte vor großem Publikum wie beim „Deutsche Stimme Pressefest“ der NPD 2010 in Sachsen vor rund 2.000 TeilnehmerInnen, aber auch Liederabende bei NPD-Kreisverbänden vor kleinem Publikum. *Sturmwehr* trat 2009 beim „Bayerntag“ der NPD auf, 2014 und 2016 war Brucherseifer beim „Eichsfeldtag“ der NPD dabei. Hinzu kommen Auftritte in Themar und Kloster Veßra in Thüringen bei Veranstaltungen von **Tommy Frenck** und **Patrick Schröder.** So stand *Sturmwehr* zum Beispiel am 29. Juli 2017 beim „Rock für Identität“ in Themar auf der Bühne. Das Konzert war eine der Großveranstaltungen des Jahres für die Szene (vgl. LOTTA #68, S. 29—30).

Foto: Recherche Nord

Jens Brucherseifer beim „Rock gegen Links“ 2017 in Themar.

Im Netzwerk von „Blood & Honour/Combat 18“

Für den 9. September 2017 mobilisierte die Szene zum „Valhalla Calling Vol. 1“-Konzert nach Schweden, wo die Bands *Faust*, *Sachsenblut* und *Sturmwehr* auftraten. Allein die Bandzusammensetzung macht auf den ersten Blick stutzig, handelt es sich doch ausnahmslos um deutsche Bands. Eine Erklärung dafür dürfte sein, dass das Konzert von deutschen Neonazis mitorganisiert wurde. Zudem fand am Rande des Konzerts ein Treffen des 2012 restrukturierten internationalen *Blood & Honour/Combat 18*-Netzwerks statt (vgl. Schwerpunkt dieser Ausgabe). Die Kontakte von *Sturmwehr* zu *Blood & Honour* sind alt und zudem international. Am 25. November 2000, kurz nach dem Verbot der deutschen *Blood & Honour*-Division, löste die Polizei im sachsen-anhaltinischen Annaburg ein Konzert auf. Dieses stand unter dem Motto „forbidden but alive“ und wurde von *Blood & Honour*-Kadern organisiert. Neben *Nordmacht* stand auch *Sturmwehr* auf dem Programm. Die aktuellen Kontakte ins *Combat 18*-Netzwerk dürften jedoch weniger auf Brucherseifer, sondern eher auf seinen Gitarristen Marko Eckert aus Schleswig-Holstein zurückgehen. Eckert weist seit vielen Jahren eine Nähe zu *Combat 18* auf und spielt auch bei der Dortmunder C18-Band-*Oidoxie*.

Antisemitische Kundgebung von Dortmunder Neonazis am 14. Mai 2018.

Unter freiem Himmel

Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 2. Quartal 2018

„Die Rechte“ und „Der III. Weg“ in NRW

Im Vorfeld ihrer „Europa erwache“-Kampagne führte die Dortmunder *Die Rechte* zur Mobilisierung zahlreiche Infostände und Kundgebungen durch (vgl. Demosplitter LOTTA #70). Für den **7. April 2018** organisierte sie eine Kundgebungstour durch das Ruhrgebiet mit Stationen in **Duisburg**, **Bochum** und **Gelsenkirchen** mit zeitweise bis zu 60 Teilnehmenden. Am **14. April 2018** zogen dann 600 Neonazis durch die **Dortmund**er Innenstadt. Zu diesem Aufmarsch, der das vorläufige Ende der Kampagne markierte, war zuvor europaweit mobilisiert worden. Als Versammlungsleiter fungierte Michael Brück. An dem Aufmarsch beteiligten sich unter anderem Neonazis aus Norwegen, Bulgarien, Ungarn, Frankreich, den Niederlanden und Belgien. Am **14. Mai 2018** hielten **Dortmund**er Neonazis eine Kundgebung mit etwa 40 Teilnehmenden in der Nähe des Hauptbahnhofes ab. Die Versammlung stand unter dem Motto „70 Jahre Israel: Wir feiern nicht“. Der Dortmunder Polizeipräsident hatte zuvor per Auflage verfügt, dass das Skandieren der Parole „Nie wieder Israel“ untersagt sei, letztendlich entschied aber das OVG Münster, dass eine solche Handlung durch das Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sei. Am **21. Juni 2018** führte die DR **Dortmund** eine etwa 50-köpfige „Protestmahnwache“ für die inhaftierte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck durch. Deutlich besser besucht war zuvor eine 400-köpfige Solidaritätsdemo unter dem Motto „Freiheit für Ursula Haverbeck“ am **10. Mai 2018** in **Bielefeld**, für die seitens der DR spektrenübergreifend mobilisiert worden war und die vor die örtliche JVA zog. In **Hamm** kamen am **22. Juni 2018** aus dem gleichen Anlass etwa 40 Neonazis zusammen, in **Kerpen** und **Bergheim (Rhein-Erft-Kreis)** am **23. Juni 2018** jeweils zehn bis 15. Zuvor hatten in **Kerpen (Rhein-Erft-Kreis)** am **28. April 2018** und **26. Mai 2018** Minikundgebungen des DR-Kreisverbands Rhein-

Erft unter dem Motto „Heimat bewahren“ mit jeweils unter zehn Personen stattgefunden. Ebenfalls am **28. April 2018** führte die DR Wuppertal „Mahnwachen“ mit unter zehn Personen in **Gevelsberg** und **Schwelm (Ennepe-Ruhr-Kreis)** durch. Anlass in Gevelsberg sei die Zusammenlegung von Polizeistationen im EN-Kreis gewesen, in Schwelm habe man mit „Schwelmer Bürgern“ über deren „Zukunftsangst und die Verständnislosigkeit über die derzeitige Politik“ ins Gespräch kommen wollen. Nach einer dreiteiligen und nur von wenigen Personen besuchten Mobilisierungs-„Kundgebungstour“ am **9. Juni 2018** in **Wuppertal** führte der DR-Kreisverband **Wuppertal** am **16. Juni 2018** eine etwa 100-köpfige Demonstration unter dem Motto „Gegen Überfremdung & Sozialabbau“ durch. „Gemeinsam gegen Polizeiwillkür auf die Straße“ gingen am **29. Juni 2018** etwa 100 Neonazis in **Hamm**. Aufgerufen hatte der lokale DR-Kreisverband mit Unterstützung aus Dortmund. Anlass waren angebliche Polizeirepressalien im Anschluss an die DR-Kundgebung am 22. Juni. Die Neonazis attackierten auf Transparenten und Plakaten vor allem den Leiter der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz des Polizeipräsidiums Hamm. Für den Tag zuvor, den **28. Juni 2018**, hatte der *Die Rechte*-Kreisverband Unna zu einer Protestkundgebung „Für den Erhalt der Eisporthalle“ in **Unna (Kreis Unna)** aufgerufen, an der weniger als zehn Menschen teilnahmen. Letztendlich ging es den federführenden DR-Kadern aus Dortmund offenbar auch eher darum, den als vermeintlichen „Antifa-Zuträger“ in die interne Kritik geratenen stellvertretenden DR-Unna-Kreisvorsitzenden Joel Herget öffentlich zur Rede zu stellen, vorzuführen und aus ihren Reihen auszuschließen — was dann auch geschah.

Im Rahmen ihres „bundesweiten Aktionstags zur Europawahl 2019“, zu der die Partei *Der III. Weg* anzutreten beabsichtigt, führte deren „Gebietsverband West“ am **16. Juni 2018** eine etwa zehnköpfige Kundgebung in **Kreuztal (Kreis Siegen-Wittgenstein)** durch.

„Wutbürger“, AfD und Co. in NRW

Am **9. und 30. April sowie am 25. Mai 2018** fanden jeweils in **Solingen** der von der Solingerin Andrea Baschke („Securityphone Wravensland“) ins Leben gerufene „Solinger Amazonen Marsch gegen Gewalt an Frauen, Gegen Mißbrauch von Kindern, Opferschutz statt Täterschutz und Gedenken der Opfer von Gewalt“ statt, der sich positiv auf die Kampagne *Kandel ist überall* bezieht. Der „Amazonen Marsch Solingen“ möchte sich einer — von der angeblich „linkspopulistischen“ Bundesregierung verursachten — „illegalen Öffnung der Grenzen und der Zuwanderung von illegalen ‚Flüchtlingen‘“ entgegenstellen, deren Folgen „Gewalt gegenüber von Frauen, Mädchen, mittlerweile sogar gegen wehrlosen alten Menschen, Obdachlosen, auch Männern und Homosexuellen“ seien. Die bisherigen drei Aktionen blieben allesamt unter 20 Teilnehmenden, dennoch soll es im Juli weitergehen. Einer der Hauptunterstützer ist der Duisburger Ratsherr Egon Rohmann (ex-*pro NRW*, zeitweise mit der NPD in einer Ratsgruppe liiert).

Für den **14. April 2018** riefen mehrere der AfD und/oder PEGIDA nahe stehende AktivistInnen zu einer „Kundgebung für Meinungsfreiheit gegen das NetzDG“ in **Köln** auf. Es nahmen etwa 90 Personen teil. Hauptrednerin war die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin und CDU-Politikerin Vera Lengsfeld. Zu einer Demonstration am Hauptbahnhof **Duisburg** („gewohnte Stelle“) unter dem Motto „Kandel ist kein Einzelfall“ rief für den **5. Mai 2018** PEGIDA NRW um den wieder aus der Haft entlassenen Kevin Strenzke (vgl. Demosplitter LOTTA #69) auf. Die Aktion werde „unterstützt von der Bürgerbewegung ‚Mütter gegen Gewalt‘ aus Bottrop“. Der Versuch, an die TeilnehmerInnenzahl der Bottroper Demonstration (etwa 1.000) vom 4. März 2018 anzuknüpfen, scheiterte jedoch: Es nahmen gerade einmal 200 Personen teil, die Demonstration musste aufgrund von Auflagen zudem in den Stadtteil Neumühl verlegt werden.
Am Tag danach, am **6. Mai 2018**, wurden dann in **Essen** auf einer Demonstration „Besorgter Eltern gegen Gewalt“ um die 600 Teilnehmende gezählt.
Am 20. Mai 2018 nahmen in **Recklinghausen** um die 80 Personen an einer Kundgebung unter dem Motto „Wir für NRW — Nein zu dieser Regierung — Widerstand“ teil: „Für mehr soziale Gerechtigkeit, besseren Schutz für unsere Frauen, Mädchen und Kinder, egal welcher Nationalität“. Angemeldet worden war die Aktion von Ilona Labsch (AfD) als „Privatperson“ — Eigenangaben zufolge durch die Bottroper Demonstration inspiriert.
Zu einer Kundgebung in **Solingen** „Für die Meinungsfreiheit“ riefen am **2. Juni 2018** die *Patrioten NRW* auf, „unterstützt durch: *Frauenbündnis Kandel & Identitäre Bewegung NRW*“. Es nahmen um die 100 Personen teil. Gerade einmal elf Personen erschienen hingegen am **16. Juni 2018** in **Düsseldorf** auf einer „Mahnwache zum Gedenken an Luliana“ der NRW-„Patrioten“ — diesmal ohne Unterstützung des *Frauenbündnisses Kandel* und der *Identitären Bewegung NRW*. Zu einer Kundgebung der *Patrioten NRW* „zur Meinungsfreiheit vor der Löschzentrale von Face-

book in **Essen**" am **30. Juni 2018** waren es dann um die 15 TeilnehmerInnen.
Eine etwa 30-köpfige Kundgebung gegen eine „geplante DITIB-Großmoschee" führte am **19. Mai 2018** die *Bürgerbewegung Pax Europa e. V.* (BPE) in **Monheim (Kreis Mettmann)** durch. Hauptredner war Michael Stürzenberger.
Für den **17. Juni 2018** („Tag der Patrioten") mobilisierten die „Mütter gegen Gewalt" zu einem „Stillen Bürgerprotest" (zehn Schweigeminuten) „zum Gedenken an die vielen Opfer der letzten 3 Jahre" vor die Cyriakuskirche in **Bottrop**. Es nahmen laut Polizeiangaben etwa 140 Personen teil.
An einer „Demonstration gegen Gewalt an Frauen und Kinder"(sic!) des AfD-Kreisverbands Viersen nahmen am **23. Juni 2018** in **Viersen** gerade einmal 25 Personen teil.

Staatenlos in NRW

Der dem „Reichsbürger"-Spektrum zugehörige Kreis um die Internet-Seite *staatenlos.info* (vgl. Artikel in LOTTA #70) setzte am **21. April 2018**, **13. Mai 2018** und **16. Juni 2018** seine monatlichen Kundgebungen mit einer handvoll Teilnehmenden „für Heimat und Weltfrieden" in **Köln** fort, um eine „Generallösung GG 139 + GG 146 in Verbindung mit SHAEF und SMAD", also eine „Generallösung zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus!" zu präsentieren.

Auf hessischen Straßen

Am **15. April 2018** hielten NPD, JN und *Identitäre Aktion* eine gemeinsame Kundgebung für das Assad-Regime vor dem europäischen Hauptquartier der U.S.-Armee in **Wiesbaden** mit etwas mehr als einem dutzend TeilnehmerInnen ab. Als RednerInnen traten Melanie Dittmer und Dominik Stürmer auf.
Unter dem Motto „Frieden in Witzenhausen. Bürger schützen ihre Polizei" veranstalteten am **27. April 2018** etwa 40 Personen eine Kundgebung in **Witzenhausen (Werra-Meißner-Kreis)** ab. Die VeranstalterInnen gelten als AfD-nah. Anlass war, dass Antifaschist_innen wenige Tage zuvor versucht hatten, die Abschiebung eines Geflüchteten aus Syrien zu verhindern. Hierbei eskalierte der Polizeieinsatz.
Nach dem Tod eines Geflüchteten durch Schüsse eines Polizisten rief die AfD in Fulda für den **30. April 2018** zu einer Kundgebung mit dem Titel „Die Polizei bleibt unser Freund" auf. Etwa 150 Personen nahmen teil — unter anderem aus Kreisen der AfD, NPD und *Identitären Bewegung*.
Unter dem Motto „Frankfurt — Eine Stadt erhebt sich" fand am 17. Juni 2018 eine Kundgebung von Heidemarie Mund, Aktivistin der christlichen Rechten, auf dem Paulsplatz statt. Ihrem Aufruf folgten etwa 60 Personen. Anlass war der Jahrestags des „Volksaufstands" in der DDR 1953.
Am **29. Juni 2018** demonstrierten 27 NPDler (keine einzige Frau) in **Büdingen (Kreis Wetterau)**. Anlass war die Feststellung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, dass die Streichung der Gelder für die NPD-Fraktion in Büdingen nicht rechtens sei.

Auf rheinland-pfälzischen Straßen

An den Aufmärschen in **Kandel** (**Kreis Germersheim**, vgl. LOTTA #70, S. 24-26) nahmen im **Mai** nur noch 300, am **2. Juni 2018** nur noch etwa 150 Personen teil. *Kandel ist überall* und der *Verein Bürgerwille e.V.* mobilisierten am **7. Mai 2018** rund 200 Rechte nach **Germersheim** zum Thema „Wir fordern Schutz und Sicherheit". Auf der Bühne standen die AfD-FunktionärInnen Christiane Christen, Carola Wolle, Gabriele Bublies-Leifert (MdL) und Karl-Heinz Schurder. Nur 35 Rechte mobilisierte die Kampagne *Kandel ist überall* unter dem Motto „Wir fordern Schutz und Sicherheit" am **11. Juni 2018** nach **Mainz**. Auftritte von RednerInnen gab es nicht.
In **Mainz** führte die flüchtlingsfeindliche Kampagne *BewegWas* im zweiten Quartal acht Veranstaltungen durch. Es nahmen zwischen 4 und 150 Personen teil, darunter sowohl AfD-Mitglieder als auch, teilweise in einheitlicher Kameradschaftskleidung auftretende, Neonazis. Am Mikrofon standen neben den OrganisatorInnen um Thomas Gauer auch Bekannte von den Kandel-Demonstrationen wie Marco Kurz oder „Szenestars" wie Serge Menga.
An einer Kundgebung der AfD in **Mainz** zum Thema „Es reicht! Endlich Konsequenzen ziehen!" nahmen am **9. Juni 2018** etwa 120 Menschen teil. Es sprachen Uwe Junge und Joachim Paul (beide MdL).
Am **23. Juni 2108** demonstrierten etwa 120 Menschen in **Wiesbaden** nach dem Mord an einer 14-Jährigen unter dem Motto „Sichere Straßen, gegen Gewalt". Unterstützt wurde die Veranstaltung von der *BewegWas*-Kampagne. Die Auftaktrede wurde von einer Anwohnerin gehalten.
Zu einer Kundgebung von *Bürgerwille e.V.* von Karl-Heinz Schurder (AfD) am **24. Juni 2018** in **Speyer** zum Thema „Ohne Sicherheit keine Freiheit" kamen etwa 100 Rechte. Es sprachen Nicole Höchst (AfD), Dennis Bundschuh und Marco Kurz.

Kurzmeldungen

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

Rechtsrock (NRW, RLP, Hessen)

Auf der Bühne

Im Rahmen des zweitägigen „Schild & Schwert"-Festivals um den 21. April 2018 im sächsischen Ostritz trat auch *Oidoxie* aus Dortmund auf. Statt der angekündigten Band *Sturmwehr* spielte *Hausmannskost*. Es kamen etwa 1.200 TeilnehmerInnen.
Die Gütersloher Band *Sleipnir* trat im Rahmen einer Neonazi-Hochzeit am 21. April 2018 im sachsen-anhaltinischen Landsberg auf. Nach einem Vortrag über „polnische KZ's" fand am 28. April 2018 eine „Kundgebung mit Live-Musik" mit *Sleipnir* und *Sköll Dagaz* am „Gasthaus Goldener Löwe" im thüringischen Kloster Veßra statt. Ein für den 12. Mai 2018 geplanter Liederabend mit *Sleipnir* in Reinheim/Hessen wurde durch die Kündigung des Mietvertrages der Veranstaltungsräume verhindert. *Sleipnir* spielten am 19. Mai 2018, in der Besetzung **Marco Bartsch** und **Dominik Burcek** aus Gütersloh, einen Liedermacher-Auftritt nahe Belfast in Nordirland. Am 2. Juni 2018 spielte *Sleipnir* dann bei einem Liederabend in Erfurt.
In Baden-Württemberg stand am 25. Mai 2018 neben den *Prolligans* und *Bombecks* auch die rechte Oi-Band *Kotten* aus Solingen auf der Bühne.
Nordglanz aus dem Raum Frankfurt stand am 26. Mai 2018 im Rahmen eines „Neuschwabenland-Konzert" in Ostdeutschland auf der Bühne.
Am 28. April 2018 fand ein Liederabend im „Zuchthaus" genannten „Nationalen Zentrum" in Hamm statt. Am 30. Mai 2018 traten dort *Arisk* und *Lunikoff* aka **Michael Regner** bei einem Liederabend auf.
Sleipnir und *Oidoxie* standen am 9. Juni 2018 am „Tag der nationalen Bewegung" im thüringischen Themar vor etwa 2.200 TeilnehmerInnen auf der Bühne. Im Rahmenprogramm trat unter dem Namen *Klavierfront* der Musiker **Dominik Lüth** aus Stolberg bei Aachen auf.
Der Rapper *Makss Damage* aka **Julian Fritsch** ist für die Veranstaltung „Jugend im Sturm" der Partei *Der III. Weg* am 7. Juli 2018 angekündigt.
Beim „Oi! For Saxony" am 11. August 2018 in Sachsen sollen die *Angry Bootboys*, deren Musiker aus dem Raum Bielefeld und dem Ruhrgebiet kommen, ebenso auftreten wie die Solinger Band *Kotten*.
Für das „Rock gegen Überfremdung III." am 25. August 2018 in Thüringen sind neben Szenegrößen wie *Fortress* aus Australien, *Gigi & die braunen Stadmusikanten* und *Die Lunikoff Verschwörung* auch die ursprünglich aus Velbert stammende Band *Notwehr* sowie *Der Metzger* angekündigt. *Der Metzger* ist ein Projekt von **Lutz Christopher**, der bei der 1993 aufgelösten Band *Kahlkopf* aus Hessen spielte und auf deren Debütalbum „Der Metzger" aus dem Jahr 1987 auch der Bandname anspielt.
Für das „Schild & Schwert-Festival II." am 3. November 2018 sind unter anderem die NRW-Bands *Flak* um **Philipp Neumann** und *Sleipnir* angekündigt.

RechtsRock (NRW, RLP)

Neu im CD-Regal

Die CD „Wir bleiben unbequem" von *Oidoxie* aus Dortmund erschien im April 2018 beim Label *W&B-Records* von **Thorsten Heise**. Die NS-Black-Metal-Band *Blutkult* aus Koblenz veröffentlichte in Eigenproduktion ihren neuen Tonträger „Teutsche Kriegshymnen". *Division Germania* um **Andreas Koroschetz** aus Mönchengladbach veröffentlichte im April 2018 beim Label *Antipathy Records* die CD „The early years (Demo sessions)". *Sturmrebellen*, die vom sächsischen Verfassungsschutz als NRW-Band bezeichnet werden, veröffentlichte im Juni 2018 die CD „Blut spart Schweiss" beim Label *Das Zeughaus*.
Die Solinger Band *Kotten* veröffentlichte im Mai zusammen mit der kolumbianischen Band *Ressiduo* die CD „Oi! Real and Brutal" bei *Arcabuz Records*. Auf dem Werbe-Sampler zum „10. Tag der Deutschen Zukunft" sind auch *Breakdown* aus Simmern in Rheinland-Pfalz und *Farben des Krieges*, eine Band ehemaliger Musiker der allesamt aus NRW stammenden Gruppen *Notwehr*, *Libertin* und *Dux et Patria*, vertreten.

Studentenverbindungen (Hessen)

„Vatertags-Frühschoppen“ auf dem Paulsplatz

Auf Einladung der Studentenverbindung *Straßburger KDStV Badenia zu Frankfurt* fand am 10. Mai auf dem Paulsplatz in Frankfurt der alljährliche „Vatertags-Frühschoppen“ statt. Es nahmen etwa 100 Mitglieder von Studentenverbindungen, unter ihnen mehrere Mitglieder der Marburger Burschenschaften *Rheinfranken* und *Normania Halle,* die im Dachverband *Deutsche Burschenschaft* organisiert sind, teil. Auch Verbindungsstudenten, die in der Vergangenheit im Dunstkreis der *Identitären Bewegung* sowie der JN auftauchten, tummelten sich auf dem Fest. Im Vorfeld kam es zu einer öffentlichen Kontroverse, da die Veranstaltung am Jahrestag der Bücherverbrennung in Frankfurt stattfand, an der Verbindungsstudenten maßgeblich beteiligt waren. Obwohl die Verbindungen zunächst, wie jedes Jahr, auf dem Römerberg feiern wollten, fand hier letztendlich eine Gedenkveranstaltung des VVN-BdA statt, während das Verbindungsfest auf den Paulsplatz auswich.

Studentenverbindungen feiern am 10. Mai 2018 auf dem Paulsplatz in Frankfurt.

„Neue Rechte“ (Hessen)

Ermittlungen gegen JA-Vorstandsmitglied

Gegen ein Mitglied des hessischen Landesvorstands der *Jungen Alternative* (JA) wird ermittelt. Er soll sich an einer Einschüchterungskampagne gegen den Sprecher des antirassistischen Bündnisses *Fulda stellt sich quer* beteiligt haben. Das JA-Mitglied soll unter dessen Namen die Polizei angerufen und behauptet haben, er hätte seine Ehefrau ermordet. Zudem wurde mit der Ermordung des 17-jährigen Sohnes des Sprechers gedroht.

„Neue Rechte“ (Hessen)

Neuer Vorstand der „Jungen Alternativen“

Am 15. Juni 2018 hat die hessische *Junge Alternative* (JA) in Karben (Wetterau) einen neuen Landesvorstand gewählt. Vorsitzender bleibt der Bundestagsabgeordnete **Jan Nolte**. Seine StellvertreterInnen sind **Jonas Batteiger**, **Mary Kahn** und **Christian Rohde**. Nicht mehr im Vorstand vertreten ist **Jan Hornuf**, der mittlerweile Mitglied des JA-Bundesvorstands ist. **Toni Reinhardt** und **Julia Gagel** wurden durch **Sascha Loppnow** und **Sonja Nestmann** ersetzt.

Parteien (Hessen)

AfD-Splitter

Ulrich Kutschera ist neues Kuratoriumsmitglied der AfD-nahen *Desiderius-Erasmus-Stiftung*. Der Biologie-Professor der Uni Kassel machte in der Vergangenheit mehrfach wegen rechten Positionierungen von sich reden. Am 26. und 27. Mai 2018 wählte die AfD in Volkmarsen (Waldeck-Frankenberg) ihre Delegierten für die Bundesparteitage zur Europawahl, auf den ersten drei Plätzen sind **Jan Nolte** (MdB), **Heiko Scholz** (Beisitzer im Landesvorstand) sowie **Albrecht Glaser** (MdB) zu finden.

Parteien (Hessen)

„Bistro Hollywood“ und NPD-Veranstaltungen

Durch privates Vermögen eines NPD-Mitgliedes konnte die Zwangsversteigerung des „Bistro Hollywood“ in Leun-Stockhausen abgewendet werden. Die Lokalität wird regelmäßig für Partei- und andere Szeneveranstaltungen genutzt. So wurde im März ein NPD-Konzert, das nicht in der Wetzlarer Stadthalle stattfinden konnte, ins „Bistro Hollywood“ verlegt (vgl. S. 31). Zuletzt wurde dort am 8. April 2018 der Landesparteitag der hessischen NPD abgehalten. Im Anschluss lud die Partei noch zu einer Rednerveranstaltung mit **Axel Michaelis** (NPD Bayern) und **Achim Ezer** (Vorsitzender des *Christlichen Patrioten Deutschlands e.V.*). Eine weitere Veranstaltung hielt die NPD am 19. Mai 2018 in der Wetterau ab, bei der **Sascha Rossmüller** (NPD Bayern) und **Rainer Händelkes** (NPD NRW) als Redner auftraten. Mit **Olaf Rose** und **Florian Stein** lud die NPD zwei Mitglieder des Parteivorstands am 23. Juni 2018 als Redner zu ihrem Sommerfest ein. Dieses fand auf einem Privatgrundstück in Haiger-Seelbach statt.

Vor Gericht (RLP)

ABM-Prozess startet im Oktober

Das Verfahren gegen das *Aktionsbüro Mittelrhein* soll am 15. Oktober 2018 wieder aufgenommen werden. Der Prozess in Koblenz war 2017 ohne Urteil beendet worden, da der Richter in Pension ging. Nach einer Beschwerde der Staatsanwaltschaft Koblenz wird der Prozess neu aufgerollt. Der Prozess hatte 2012 mit 26 Angeklagten begonnen, die Anklage lautete auf „Bildung einer kriminellen Vereinigung", Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Sonstiges (Hessen)

„Geistige Heilungen" in Rodgau

Zwischen dem 10. und 13. Mai fand in Rodgau bei Offenbach ein Kongress unter dem Titel „Spektrum der Spiritualität" statt. Als Schwerpunktthemen der Tagung wurden „Die Weltsituation — alternative Ansichten zum Mainstream" und „alternative geistige Heilungen" angekündigt. Inhaltlich bewegte sich der Kongress zwischen Verschwörungsideologien, rechter Esoterik und antisemitischen „Wahrheiten". Unter den Referenten befand sich der Verschwörungsideologe **Jan Udo Holey**, der als „Jan van Helsing" zu einem der bekanntesten Autoren der rechten Esoterik-Szene wurde. Des weiteren wurde der antisemitische Buchautor **Tom Hockemeyer** als „Trutz Hardoauf" angekündigt — sowie der ehemalige RTL-Moderator **Rainer Holbe**, der einst wegen antisemitischer Äußerungen vom Sender gefeuert wurde. Zwischen rechter Esoterik und diversen Verschwörungstheorien wurden unter anderem spiritueller Schmuck, Naturkosmetik, alternative Heilmethoden, Aura-Lesungen und Tierkommunikation angeboten.

Vor Gericht (Hessen)

Dittmer freigesprochen

Während eines Aufmarschs in Wetzlar im Oktober 2016 hatte **Melanie Dittmer** in ihrer Rede die damalige Fluchtbewegung mit der Pest verglichen. 50 Millionen Menschen seien einst von der schwarzen Pest dahin gerafft worden, so Dittmer: „Da werden wir diese Seuche auch noch überleben". Für diese Äußerung war sie im Dezember 2017 vom Amtsgericht Wetzlar wegen Volksverhetzung zu einer siebenmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung und 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt worden. Das Berufungsverfahren Ende Mai 2018 am Limburger Landgericht führte nun zu einem Freispruch. Dittmers Äußerungen seien „aus rechtlichen Gründen nicht strafbar", hieß es im Anschluss. Dittmer hatte argumentiert, sie habe sich „ausschließlich gegen die Merkelpolitik und den Anstieg der Kriminalität, an der auch schon des Öfteren mal Fremde beteiligt sind und waren" bezogen. Offen ist, ob die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil in Revision geht.

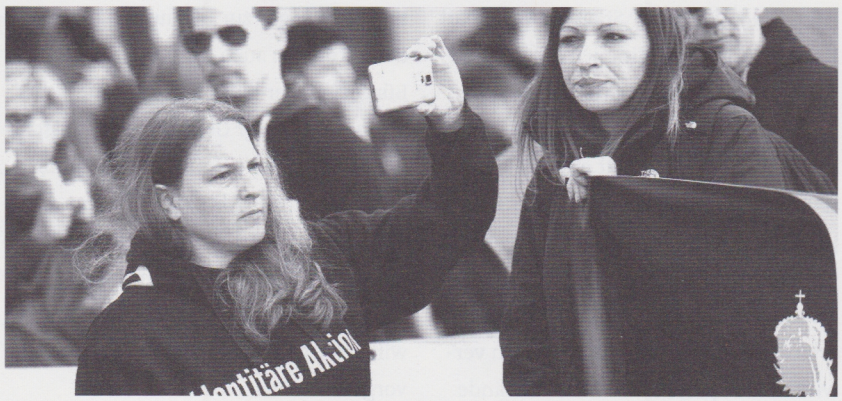


Foto: Recherche Nord

Melanie Dittmer bei einem Aufmarsch in Wetzlar am 22. April 2017.

Rechte Gewalt (Hessen)

Eine garantiert unvollständige Chronik

In Eschenburg wurden in der Nacht zum 6. April 2018 diverse antisemitische Parolen an eine KiTa und Grundschule geschmiert. In der Nacht zum 23. Mai 2018 wurden in Kirchhain mehrere Stolpersteine übermalt und Hakenkreuze hinterlassen. Am Morgen des 9. Juni 2018 wurde in Wißmar ein faustgroßer Stein gegen die Eingangstür einer Unterkunft für Geflüchtete geworfen, die Scheibe der Tür wurde dabei beschädigt. Auf einem Parkplatz zwischen Lich und Eberstadt wurde am 10. Juni 2018 ein 19-jähriger Geflüchteter aus Eritrea von zwei Personen unvermittelt angegriffen und verletzt. Am 15. Juni 2018 wurden in Wippertsheim antisemitische Parolen und Todesdrohungen gegen den „Forst- und Windkraftverantwortlichen" der Region geschmiert. In der Nacht zum 17. Juni 2018 wurden in Zwingenberg zwei PKW eines Paares, einer weißen Frau und eines schwarzen Mannes, beschädigt und rassistische Drohbriefe mit der Botschaft „Zwingenberg bleibt Weiss" hinterlassen.

Vor Gericht (NRW)

Urteil gegen Altena-Attentäter

Der 56-jährige **Werner Selle** aus Altena ist im Juni vom Landgericht Hagen zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren Haft sowie 150 Stunden gemeinnützige Arbeit verurteilt worden. Selle hatte im November 2017 den Bürgermeister von Altena, **Andreas Hollstein**, in einem Imbiss attackiert, ihm ein Messer an den Hals gehalten und mit den Worten „Ich stech dich ab. Du lässt mich verdursten und holst 200 Ausländer in die Stadt" bedroht. Durch Eingreifen der ImbissbetreiberInnen und Gegenwehr des Opfers konnte der Angreifer überwältigt werden. Hollstein wurde leicht am Hals verletzt. Die Anklage der Staatsanwaltschaft Hagen lautete ursprünglich auf versuchten Mord, wofür das Gericht aber keine Beweise sah und Selle noch während des Prozesses aus der U-Haft entließ. Verurteilt wurde er wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Bedrohung. Das Gericht sah trotz der mehrfach getätigten Äußerung keine politische Motivation vorliegen, sondern verwies auf die prekären Lebensumstände von Selle, die Auslöser für die Tat gewesen seien. Selle, der bei seiner Attacke voll schuld- und zurechnungsfähig war, wurde einige Zeit vor der Tat wegen einer schweren depressiven Episode erfolgreich behandelt. Aufgrund von Schulden wurde sein Haus zwangsversteigert und die Stadtwerke stellte ihm das Wasser ab. Das Gericht schloss sich den Ausführungen der Verteidigung an, wonach ein fremdenfeindlicher Hintergrund nicht zu erkennen sei und Selle den Bürgermeister „willkürlich und irrational für seine persönlichen Lebensumstände haftbar gemacht" habe. Die Tat sei eine „persönliche Kurzschlusshandlung" gewesen. Das Gericht verstieg sich sogar zur Behauptung, dass der Täter sich auch dann von seinem Bürgermeister benachteiligt gefühlt hätte, wenn statt der Geflüchteten deutsche BürgerInnen eine Vorzugsbehandlung erhalten hätten. Als solche habe er die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten verstanden. Hollstein wurde bundesweit bekannt, weil seine Stadt freiwillig 200 Geflüchtete mehr aufnahm als vorgeschrieben.

Parteien (NRW, Hessen)

Solidaritätsaktionen für Holocaustleugnerin

Die Holocaustleugnerin **Ursula Haverbeck** wurde am 7. Mai 2018 in ihrem Wohnhaus in Vlotho festgenommen, da sie einer Aufforderung zum Haftantritt nicht nachgekommen war. Auf einer eigenen Webseite werden verschiedene Solidaritätsaktionen wie Flugblattverteilungen, Infostände (u.a. Dortmund), das Aufhängen von Transparenten (u.a. Fulda, Hamm) sowie Kundgebungen und Aufmärsche dokumentiert. Die Kampagne wird vor allem von *Die Rechte* getragen. Beim Fußballspiel des *FC Gütersloh* gegen die *Hammer Spielvereinigung* (HSV) am 21. Mai 2018 wurde ein Banner mit der Aufschrift „Freiheit für U. Haverbeck" gezeigt. In der Fanszene des HSV sind zahlreiche Neonazis aktiv. Auch veröffentlichten ehemalige SS- und Wehrmachtsoldaten Solidaritätsfotos, mit dabei u.a. **Klaus Grotjahn** aus Bielefeld.
Am 11. Juni 2018 bestätigte das Oberlandesgericht Hamm ein Urteil des Landgerichts Detmold vom 28. November 2017 gegen Haverbeck. Damit ist eine weitere Haftstrafe von vierzehn Monaten rechtskräftig.

Parteien (NRW)

„Pro NRW"-Reanimation?

In Hagen wurde am 3. Juni 2018 unter Leitung des Parteivorsitzenden **Markus Beisicht** der Kreisverband Hagen der *Bürgerbewegung pro NRW* wiedergegründet. Großspurig verkündete der neue Vorsitzende **Wolfgang Schulz** das Ziel, 2020 in Fraktionsstärke in den Hagener Stadtrat einzuziehen. Weitere Vorstandsmitglieder sind nach *pro NRW*-Angaben: **Elke di Berardino**, **Franco Flebus**, **Sahra Wehrend**, **Heinz Nowak**, **Karin Berg**, **Fritz Schulz**, **Edith Schulz**, **Eduard Ulrich** sowie ein „Herr Schneider".

Fotos: @korallenherz

Thomas Wulff spricht bei der Haverbeck-Solidaritäts-Demonstration am 10. Mai 2018 in Bielefeld — und stellt auf seinem T-Shirt den Massenmord in Auschwitz in Frage.

Vor Gericht (NRW)

Neonazis verurteilt

Am 20. Juni 2018 wurde der ehemalige Dortmunder Feuerwehrchef **Klaus-Jürgen Schäfer** vom Amtsgericht Dortmund verurteilt. Schäfer, der mittlerweile gern gesehener Redner auf neonazistischen Versammlungen ist, wurde wegen Holocaustleugnung, Volksverhetzung und der Billigung von Straftaten angeklagt und schließlich zu einer Geldstrafe von 14.700 Euro verurteilt. Damit gilt er, sobald das Urteil rechtskräftig wird, als vorbestraft. Die Staatsanwaltschaft hatte eine 14-monatige Haftstrafe und 5.000 Euro Geldstrafe gefordert, damit hätte der ehemals leitende städtische Beamte seine Anspruch auf Pensionsbezüge verloren. Grundlage der Anklage waren Facebook-Postings Schäfers unter seinem Klarnamen sowie Kommentare unter dem Pseudonym „werwolf" auf der mittlerweile geschlossenen Plattform *Altermedia*. Letztere wurden jedoch aufgrund fehlender IP-Adressen nicht verhandelt, da die Beweislage nicht ausreichte. Schäfer kündigte an, in Berufung gehen zu wollen. Verteidiger war der Szeneanwalt **André Picker**.

Bereits im Januar 2018 wurde **Siegfried Borchardt** zu einer Geldstrafe wegen der Beleidigung eines Polizisten verurteilt. Am Dortmunder Landgericht fand Ende April 2018 auf Antrag der Staatsanwaltschaft eine Berufungsverhandlung statt. Aufgrund zahlreicher Vorstrafen forderte die Staatsanwaltschaft eine viermonatige Haftstrafe für „SS-Siggi". Der Richter folgte der Argumentation der Staatsanwaltschaft. Borchardt legte Revision ein, nun muss das Oberlandesgericht Hamm entscheiden, ob Borchardt in den Knast muss.

Am 18. Juni 2018 endete am Dortmunder Amtsgericht der Prozess gegen einen Neonazi aus dem Dortmunder Westen. Ihm wurden mehrere Körperverletzungs- und Nötigungsdelikte gegen Linke vorgeworfen. Aufgrund zahlreicher Vorstrafen wurde der Angeklagte zu einer Haftstrafe von einem Jahr verurteilt.

Rechte Gewalt (NRW)

Attacken in Dortmund

In Dortmund häufen sich entgegen der polizeilichen Statistik wieder verstärkt rechte Gewalttaten und Übergriffe auf Linke. Am 7. April 2018 versuchte eine kleinere Gruppe Neonazis zwei AntifaschistInnen in der Dortmunder Innenstadt anzugreifen. Am 12. April 2018 störten Neonazis ein Aktionstraining im Fritz-Henßler-Haus und bedrohten dabei Linke. Bis zum Eintreffen der Polizei, die Platzverweise erteilte, verteilten die Neonazis zudem Flyer. Am 19. April 2018 kam es zu einem rassistischen Übergriff von vier Neonazis am Dortmund-Ems-Kanal in Dortmund. Am 26. Mai 2018 wurde ein Punk in der Dortmunder Innenstadt von einem Neonazi mit Pfefferspray angegriffen und mit einer abgebrochenen Flasche bedroht. Dreimal wurde im Juni 2018 ein 26-jähriger Jude in Dortmund von Neonazis beleidigt, bedroht und schließlich auch körperlich attackiert.

Rechte Gewalt (Hessen)

Jagdszene in Fulda

Im Anschluss an eine AfD-Kundgebung am 30. April 2018 in Fulda haben Neonazis Jagd auf jugendliche Teilnehmer_innen der Gegenveranstaltung gemacht und sie angegriffen. In einem Interview sagte **Andreas Goerke** (*Fulda stellt sich quer*) dazu: „Jemand hatte Fotos von den Teilnehmern der AfD-Kundgebung gemacht, und so konnten wir die Schläger identifizieren." Es handelt sich dabei laut Goerke um den Kreisvorsitzenden der NPD, sowie Personen von der *Jungen Alternative* und vom *Der III. Weg*.

AfD-Kundgebung unter dem Motto „Die Polizei bleibt unser Freund" in Fulda.

Rechte Gewalt (NRW)

Brandanschlag in Wetter an der Ruhr

Am 14. Mai 2018 wurde ein Brandanschlag auf ein Lebensmittelgeschäft in Wetter an der Ruhr (Ennepe-Ruhr-Kreis) verübt, das seit Februar von einem syrischen Geflüchteten betrieben wird. Die Täter hatten am frühen Morgen eine Scheibe eingeschlagen und zwei Regale in Brand gesetzt. Da über dem Laden Menschen schliefen, setzte die Polizei eine Mordkommission ein. Zwei Wochen vor der Tat hatte eine Gruppe namens *Fallersleben Bund* einen Sticker mit der Aufschrift „Islamisierung" und einen in die Richtung des Geschäfts zeigenden Pfeils angebracht. In einer Erklärung zu der „Aktion" schrieb die Gruppe, dass „der Prozess der Islamisierung" Wetter längst erreicht habe. Dieser werde durch „aggressiven Aufbau einer eigenen Infrastruktur" sowie durch „fremdfinanzierte DITIB Moscheen und ‚orientalische' Supermärkte" sichtbar. Der *Fallersleben Bund* trat erstmals im Dezember 2017 an die Öffentlichkeit, Aktionen und Inhalte ähneln denen der „Identitären". Die Gruppe distanzierte sich von dem Anschlag.

Vor Gericht (RLP)

Bewährungsstrafen für Brandstiftung

Zwei Männer, die sich für einen Brandanschlag in Herxheim (Kreis Südliche Weinstraße) verantworten mussten, sind nur zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Damit folgte das Gericht der Forderung der Verteidigung. Die Männer hatten zugegeben, 2015 eine zukünftige Geflüchtetenunterkunft angezündet zu haben. Einen politischen Hintergrund hatten die Männer bestritten. Die lange Verfahrensdauer habe sich strafmildernd ausgewirkt, sagte der Richter zur Begründung.

Parteien (NRW)

„Die Rechte"-Splitter

Im zeitlichen Zusammenhang mit dem 8. Mai organisierten Neonazis aus den Reihen der Partei *Die Rechte* in mehreren Städten geschichtsrevisionistische Aktionen. Im Rhein-Erft Kreis betrieben sie beispielsweise „Gräberpflege". *Die Rechte Aachen/Heinsberg* führte bereits Anfang April ein Heldengedenken in Hürtgenwald durch. Der DR-Kreisverband Rhein-Erft lud Ende Mai zu einer Schulungsveranstaltung mit dem Thema „Vom S im NS", bei der sich der Referent **Sven Skoda** u.a. mit dem Buch „Preußentum und Sozialismus" von **Oswald Spengler** beschäftigte. Bei *Die Rechte* OWL sprach im Mai ein namentlich nicht bekannter Referent zur „Geschichte des Nationalen Widerstands in Ostwestfalen". Der stellvertretende Vorsitzende des DR-Kreisverbands Unna, **Joel Justin Herget**, wurde von seinen „Kameraden" Ende Juni als „Antifa-Zuträger" geoutet und ausgeschlossen. Der KV Unna gibt sich „geschockt" und „menschlich enttäuscht", der „Aufbau von Parteistrukturen im Kreis Unna" soll aber mit Schwerpunkt auf die Stadt Lünen weitergehen. Seit April 2018 ist im Kreis Unna auch eine der *Die Rechte* nahestehende Kameradschaft namens *Frontkämpfer Kamen/Lünen* aktiv.

Anfang Juni trat erstmals ein DR-Stützpunkt Siegen öffentlich in Erscheinung. In Duisburg wurde im Mai ein Kreisverband der *Die Rechte* gegründet. Personalien des Vorstands teilten die Neonazis nicht mit. Die DR beteiligte sich in diesem Frühjahr an den Bürgermeisterwahlen in drei kleinen baden-württembergischen Gemeinden. Zwei Kandidaten stammten aus NRW: In Weingarten erzielte der Kandidat **Michael Brück** 2,3 Prozent, in Sulzfeld erreichte der ebenfalls in Dortmund wohnhafte **Sascha Krolzig** sogar 5,2 Prozent und damit Platz zwei von vier KandidatInnen.

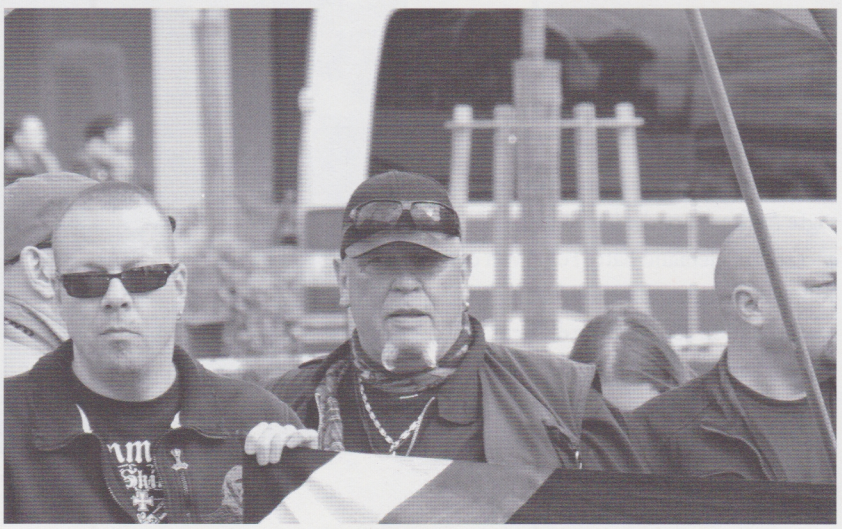


Foto: @korallenherz

Braucht einen neuen Stellvertreter: David Labenz vom „Die Rechte"-KV Unna (links).

Thorsten Schulte (rechts) lauscht gebannt dem singenden Max Otte bei der „Pro Bargeld"-Kundgebung im Mai 2016 in Frankfurt.

Von Mia Bär und Carl Kinsky

Der „Silberjunge" im Höhenflug

Das rechte Netzwerk um Thorsten Schulte und „Pro Bargeld e.V."

Mit seinem Buch „Kontrollverlust" schaffte es der Verschwörungstheoretiker Thorsten Schulte auf die Bestsellerlisten in Deutschland und wurde zu einem gefragten Referenten für (extrem) rechte Medien und Parteien. Aus Querfrontbestrebungen in Frankfurt am Main wurde eine rechte Karriere zwischen Ich-AG und AfD.

Der 45-jährige gelernte Bankkaufmann **Thorsten Schulte** arbeitete zwischen 1999 und 2008 als Investmentbanker, unter anderem bei der *Deutschen Bank* und bei der *DZ BANK AG*. Er trat 1989 in die CDU ein, um sie im Oktober 2015 „aus Protest gegen die Migrationspolitik Angela Merkels" zu verlassen. Bei einer Wahlkampfveranstaltung der AfD in Wiesbaden im Februar 2018 erklärte er seinen Beitritt zu der Partei.

Bereits im Oktober 2014 war Schulte Podiumsgast auf dem vom extrem rechten *KOPP Verlag* organisierten „Goldkongress" in Stuttgart. Dort diskutierte er mit **Bruno Bandulet** und dem heutigen AfD-Politiker **Peter Boehringer** (MdB, Vorsitzender des Haushaltsausschusses), mit denen er Ende 2014 das Buch „Insiderwissen Gold" veröffentlichte. Seine Finanztipps und politischen Ansichten bewirbt Schulte unter dem Spitznamen „Silberjunge" auf einer Webseite und einem YouTube-Kanal; Abonnements seiner Finanzbroschüren kosten zwischen 59 und 349 Euro im Jahr. Als Medieninhaber und Herausgeber seiner Webseite und seiner Schriften wird die 2011 gegründete *Plutos GmbH* in Hallein bei Salzburg in Österreich angegeben. Alleinvertretungsberechtigter der Firma ist **Günther Riemer**, derzeit stellvertretender Vorsitzender der *Vereinigung alter Burschenschafter Salzburg* der völkischen *Deutschen Burschenschaft*.

Schulte im rechten Netzwerk

Um für den „Schutz des Bargeldes" einzutreten und sich selbst zu vermarkten, gründete Schulte im Juni 2016 den als gemeinnützig anerkannten Verein *Pro*

Bargeld — Pro Freiheit e.V. (PB) mit Sitz in Bautzen. Zur Schriftführerin wurde **Hannelore Thomas** aus Köln gewählt, Vorsitzende des rechten Ökologievereins *Fortschritt in Freiheit e.V.* mit Sitz in der Schweiz. Erklärtes Ziel von PB ist es, „den Bürger vor der totalen Überwachung durch den Staat" zu schützen, die durch die vermeintlich bevorstehende „Abschaffung des Bargeldes" drohe. Der Verein arbeitet eng mit der gleichgesinnten Münchener *Stiftung für Freiheit und Vernunft* (SFV) um **Dagmar Metzger** und **Steffen Schäfer** zusammen.

Querfront in Frankfurt

Neben einer Online-Petition startete PB gemeinsam mit der SFV-Untergliederung *Stop Bargeldverbot* die Kundgebungsreihe „Finger weg vom Bargeld!" in Frankfurt am Main, die im Mai 2016 startete. Getreu dem „überparteilichen" Grundsatz des Vereins sprachen dort neben rechten Parteifunktionären wie **Joachim Starbatty** (*Liberal-Konservative Reformer*) und **Max Otte** (*WerteUnion* der CDU/CSU, *Institut für Vermögensentwicklung GmbH*) auch **Joachim Koehn** von der Initiative *Neue Geldordnung* (NG), die aus der *Occupy*-Bewegung hervorging. Der Sprecher der NG, **Hajo Köhn**, war im August neben Schulte und **Uli Breuer** (*Datenschützer Rhein-Main*) Podiumsgast bei einer Diskussion im linken *Club Voltaire* in Frankfurt mit dem Titel „Kampf um das Bargeld — Wo bleiben die Linken?", woraufhin die NG zur Teilnahme an der nächsten Kundgebung aufrief. Die Querfrontstrategie wurde noch kurzzeitig weiterverfolgt — mit einer Einladung an **Sahra Wagenknecht** zu der Kundgebungsreihe, die diese allerdings ausschlug. Bei der nächsten Kundgebung im August sprach Schulte von der „Vorantreibung der bargeldlosen Gesellschaft durch eine unheilige Alllianz aus Banken, Finanzministern und der Kredikartenindustrie". Im Oktober 2016 sprachen auf der letzten Kundgebung neben Starbatty und Metzger außerdem **Ulrich Horstmann** und **Gottfried Heller**. Auch wenn die Kundgebungen mit bis zu 200 TeilnehmerInnen nicht den gewünschten Erfolg brachten, wendete sich das Blatt im kommenden Jahr für Schulte.

Bestsellerautor bei KOPP

2010 hatte Schulte mit „Silber, das bessere Gold" sein erstes Buch bei *KOPP* publiziert; 2011 folgte „Vermögen Retten" mit laut Eigenangaben mehr als 25.000 verkauften Exemplaren. Mit „Kontrollverlust" ergänzte Schulte im August 2017 seine Finanztipps um eine explizit rechte Botschaft. Im Vorwort beschreibt ihn **Willy Wimmer** (CDU, MdB 1976-2009) als mutigen Mann, der eine Antwort auf die vermeintliche Bedrohung durch eine „von Soros, Merkel, McCain und Obama gestellte kontinentale Gegenregierung" habe.
Schulte selbst stellt in dem Buch eine rechtslibertäre Verschwörungstheorie auf, in der er das Schreckenszenario einer von Banken und Politik geplanten Diktatur zeichnet, die auf der Abschaffung des Bargeldes gründe. Merkel und die „Politikerkaste" hätten zudem ein „Migrantenproblem" geschaffen; Asylsuchende terrorisierten durch Mord, Diebstahl und Vergewaltigung das Land. An dieser Stelle verweist Schulte auf die rassistische Verschwörungstheorie einer angeblichen „Asyl-Industrie", welche der verstorbene *KOPP*-Autor **Udo Ulfkotte** kolportierte. Angesichts angeblicher migrantischer „Terroristen oder im Rudel auftretende[r] Kriminelle[r]" fordert er ein liberaleres Waffengesetz in Deutschland und die Einführung einer Wehrpflicht nach Schweizer Vorbild. Außerdem vermarktet Schulte seine vermeintliche Finanzexpertise und rät seinem Publikum, größere Mengen Bargeld zu Hause zu horten und vor allem in Silber und in Silberminen zu investieren. Am Ende setzt er die „direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild" den drohenden „Gefahren einer Weltregierung" entgegen. Das Buch erreichte im September 2017 Platz 1 der *Spiegel*-Bestsellerliste.

Rezeption im reaktionären Zeitgeist

Mit „Kontrollverlust" wurde Schulte zur gefragten Person für (extrem) rechte Medien und Parteien. So wurde er nicht nur von **Jasmin Kosubek** für *Russia Today* und von **Peter Feist** für *Compact* interviewt, sondern erhielt positive Rezensionen von **Ralf Flierl** in dessen rechtem Finanzmagazin *Smart Investor* und von **Ludwig Witzani** in der *Jungen Freiheit*. Legitimation verschafften ihm Einladungen zu Sendungen öffentlich-rechtlicher Medien wie *Die Diskussion* auf *Phoenix* sowie wohlwollende Artikel in führenden Tageszeitungen wie der FAZ.
Im Februar 2018 folgte Schulte **Vera Lengsfeld**s Einladung zu einer Vernetzungskonferenz (extrem) rechter InternetmedienbetreiberInnen in Berlin. Im April 2018 stellte er ein Video zu seiner kurzzeitigen Anstellung als Mitarbeiter der AfD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, **Alice Weidel**, online und witterte hinter seiner Entlassung bei Weidel eine Verschwörung.
Schulte ist Teil eines Netzwerks, in dem (extrem) rechte Politik mit der Vermarktung der eigenen Finanzdienstleistungen verwoben ist. Exponierte Personen wie er dürften dabei erhebliche Summen verdienen; zugleich können sie ihre politische Arbeit über einen gemeinnützigen Verein und einen kostenlosen YouTube-Kanal billig betreiben. Angesichts der breiten gesellschaftlichen Anschlussfähigkeit dieses rechten Netzwerks gilt es für Antifaschist*innen, es nicht zu unterschätzen und ihm eine materialistische Gesellschaftskritik entgegenzusetzen.

Von Nico Schlösser

Professoren im Dienste der nationalen Erweckung

Das „Kondylis-Institut“ als intellektuelles Querfront-Netzwerk

Im „Verein für Kulturanalyse und Alterationsforschung“ mit Sitz in Hagen und in dem von ihm gegründeten „Kondylis-Institut“ versammeln sich Intellektuelle, die nicht nur eine Nähe zur Fernuniversität Hagen eint, sondern die teils seit Jahrzehnten in der „Neuen Rechten“ aktiv sind.

Steffen Dietzsch, Professor für Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität, musste schon ein Zitat des Philosophen **Baruch de Spinoza** bemühen, um seiner Rechtfertigung an Gewicht zu verleihen: „In einem freien Staat ist jedem erlaubt, zu denken, was er will, und zu sagen, was er denkt“, schrieb er im September 2017 im Online-Magazin *GlobKult*. Was war passiert? Dietzsch war im September 2017 als Referent auf der „Sommerakademie“ des *Instituts für Staatspolitik* (IfS) in Schnellroda geladen und sah sich anschließend von der Berichterstattung des MDR verunglimpft. TeilnehmerInnen der Sommerakademie, vornehmlich aus dem Umfeld der *Identitären Bewegung*, hatten die rund 60 antifaschistischen Gegendemonstrant_innen provoziert, und Dietzsch wollte partout nichts mit derartigen „politischen ‚rechts/links‘-Straßenaktionen“ zu tun gehabt haben. Für seinen Vortrag auf der Veranstaltung über „Klassiker der Parteienkritik“ rechtfertigte sich Dietzsch in dem Artikel unter dem Spinoza-Zitat freilich nicht: „Ich scheue natürlich keine Diskussionen mit anderen (auch ‚rechten‘) Meinungen, trete auch künftig, wenn ich, wie diesmal, eingeladen werde, in solchen Seminaren und Lehrveranstaltungen auf“. Am selben Tag referierten die extrem rechten Juristen **Thor von Waldstein** und **Josef Schüßlburner**.

Für Dietzsch sind derartige „Diskussionen“ kein Neuland. Schon im Mai 2009 war er auf dem „17. Berliner Kolleg“ des IfS als Referent zum Thema „Von den Gründen der DDR und ihres Zusammenbruchs“ eingeladen, damals zusammen mit **Karlheinz Weißmann**, **Detlef Kühn** und **Menno Aden**. Im selben Jahr wurde er auch zur „Sommerakademie“ des IfS

geladen, war aber „kurzfristig verhindert". Im Ideologieblatt des IfS, der *Sezession*, schrieb er zwei Jahre später einen Artikel über „Geistesgeschichtliche Wurzeln der Konservativen Revolution", und auch die *Junge Freiheit* erkannte in ihm in einer Rezension seines Buches „Gedankenexperimente" einen reaktionären Geistesbruder: „Auf jeder Seite ist es bemerkenswert, wie Dietzsch Beiträge zu einer hellen klarsichtigen Aufklärung dem Emanzipationswahn des Neuen Menschen entgegensetzt."

Das „Kondylis-Institut"

Nun ist Dietzsch nicht der erste Professor, der in den letzten Jahren vom IfS eingeladen wurde. Neben seiner Tätigkeit an der Humboldt-Universität steht er als Direktor des *Kondylis-Institus für Kulturanalyse und Alterationsforschung* (Kondiaf) einem akademischen Netzwerk vor, dessen Mitglieder in der Vergangenheit nicht nur „gesprächsbereit" mit der „Neuen Rechten" waren, sondern deren Positionen auch ganz offen vertreten. Das Institut, das seinen Sitz in Berlin angibt, ging 2006 aus dem im selben Jahr gegründeten *Verein für Kulturanalyse und Alterationsforschung* mit Sitz in Hagen hervor. Bei einem Großteil der Mitglieder des Instituts — Dietzsch eingeschlossen — handelt es sich um Personen, die eine Lehrtätigkeit an der Fernuniversität Hagen ausüben oder ausgeübt haben. Mit **Ulrich Schödlbauer** und **Peter Brandt** stehen zwei (ehemalige) Professoren der Fernuniversität dem *Verein für Kulturanalyse und Alterationsforschung* vor. Die sichtbaren Aktivitäten des Instituts beschränken sich darauf, jährlich stattfindende Tagungen durchzuführen sowie eine Handvoll „Arbeitspapiere" zu publizieren. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, wie wichtig ein solcher Rahmen zur Selbstvergewisserung und Netzwerkbildung ist.

Kondylis und die „Neue Rechte"

Namensgeber des Instituts ist der griechische Philosoph **Panagiotis Kondylis** (1943-1998). Kondylis, einer wohlhabenden Militär-Familie entsprossen, betätigte sich zu Zeiten seines Wirkens vor allem als Privatgelehrter in Heidelberg. Seine bekanntesten Arbeiten, die er allesamt in deutscher Sprache verfasste und die auch vorrangig in Deutschland rezipiert wurden, befassten sich mit politischer Ideengeschichte. Vor allem seine Werke über den „Konservatismus" und den „Niedergang bürgerlicher Denkformen" wurden wohlwollend in Rechtsaußen-Periodika wie *Criticon*, *Junge Freiheit* und *Sezession* bis hin zum Ludendorffer-Blättchen *Mensch und Maß* rezensiert. So feiert **Adolph Przybyszewski** in der *Sezession* Kondylis für seine „intellektuelle Freiheit und Rücksichtslosigkeit" und vergleicht seine Arbeiten mit denen der neurechten Herzbuben **Oswald Spengler** und **Ernst Jünger**. **Armin Mohler,** ein weiterer Vordenker der „Neuen Rechten", sah in Kondylis noch zu seinen Lebzeiten einen „freischwebenden Intellektuellen" und Verbündeten im Kampf gegen den „menschenrechtlichen Universalismus". Aus dessen Modell der „planetarischen Politik" und der darin entwickelten Kritik an „massendemokratischen Ordnungskonzepten" leitet Mohler zudem die Hoffnung auf eine faschistische Renaissance ab. Dass Kondylis aber von der „Neuen Rechten" nicht nur zitiert und für seine „geistigen Kneipp-Kuren" (Przybyszewski) beklatscht wurde, sondern durchaus auch selbst die Nähe zu diesem Spektrum suchte, zeigt zum Beispiel seine Beteiligung an der Festschrift zum 70. Geburtstag von **Hans-Joachim Arndt**, einem Schüler **Carl Schmitt**s und exponiertem Vertreter der „Neuen Rechten".

Völkischer Nationalismus „von Links"

Während der Namensgeber des Kondiaf zu den Stichwortgebern der Neuen Rechten gezählt werden kann, sind zwei weitere Mitglieder des Instituts, Peter Brandt und **Herbert Ammon**, seit knapp drei Jahrzehnten als selbsternannte Vertreter einer völkisch-nationalen Linken ein fester Bestandteil des Spektrums. Peter Brandt, Sohn des ehemaligen SPD-Bundeskanzlers, war bis März 2014 Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Fernuniversität Hagen. Er ist Vorstandsmitglied der *Friedrich-Ebert-Stiftung* und Mitglied der Historischen Kommission der SPD. Neben seiner Mitgliedschaft am Kondiaf wird er auch als stellvertretender Vorsitzender des *Vereins für Kulturanalyse und Alterationsforschung* in Hagen geführt. Herbert Ammon wiederum ist Historiker und „politischer Publizist", der bis 2003 als Dozent für Geschichte und Soziologie am Studienkolleg für ausländische Studierende der FU Berlin tätig war. Brandt und Ammon eint bis heute ein völkischer Nationalismus, der schon in ihrer gemeinsam verfassten Schrift „Die Linke und die nationale Frage" von 1981 als politische Leitmaxime umrissen wird. Vertreten wird dort die These, das „deutsche Volk" sei aufgrund „von außen auferlegter Not" und „durch nichts zu rechtfertigende Vertreibung" nicht zur Empathie mit den Opfern des Nationalsozialismus fähig. Diesen Opfermythos versuchten Brandt und Ammon dann in die Friedensbewegung der 1980er Jahre hineinzutragen, mit der Hoffnung auf einen Nationalismus ohne „Schuldkult". In den Gruppen *Initiativkreis Friedensvertrag* und *Koordination Friedensvertrag* sowie bei der Arbeit an der Denkschrift „Friedensvertrag, Deutsche Konföderation, Europäisches Sicherheitssystem" arbeiteten Brandt und Ammon in den 80er Jahren mit **Theodor**

Schweisfurth (Autor u.a. in *Wir selbst*, *Junge Freiheit*), **Rolf Stolz** (Autor u.a. in *Junge Freiheit, Compact*) und **Gerhard Josewski** (Umfeld des *Collegium Humanums*) zusammen; sie zielten auf eine nationalrevolutionäre Ausrichtung der Linken.

Dauerthema „deutscher Schuldkomplex“

Wie ernst es Brandt auch Jahre später noch mit der Querfront war, bewies er 2009, als er sich an einem Buch von **Jürgen Elsässer** beteiligte und dessen *Volksinitiative gegen das Finanzkapital* als „interessante Initiative“ bewertete. In einem Interview mit der *Jungen Freiheit* im Jahr 2010 sprach Brandt zudem über eine „deutsche Neurose“, die „Selbstgeißelung“ der Deutschen als „Tätervolk“ und das nationale Kollektiv als „wichtiges Element unseres Daseins“. Auch Ammon, der seit den 1980er Jahren regelmäßig in extrem rechten Zeitschriften publiziert, schrieb 1985 in *Wir selbst* von einem „de-facto-Besatzungszustand in Deutschland“ und 2005 in der *Jungen Freiheit* vom „deutschen Schuldkomplex“. 1995 und 2001 zählte er nach öffentlicher Kritik an der *Jungen Freiheit* jeweils zu den Unterzeichner_innen einer Unterstützungserklärung für die Zeitung.

Das „GlobKult“-Magazin

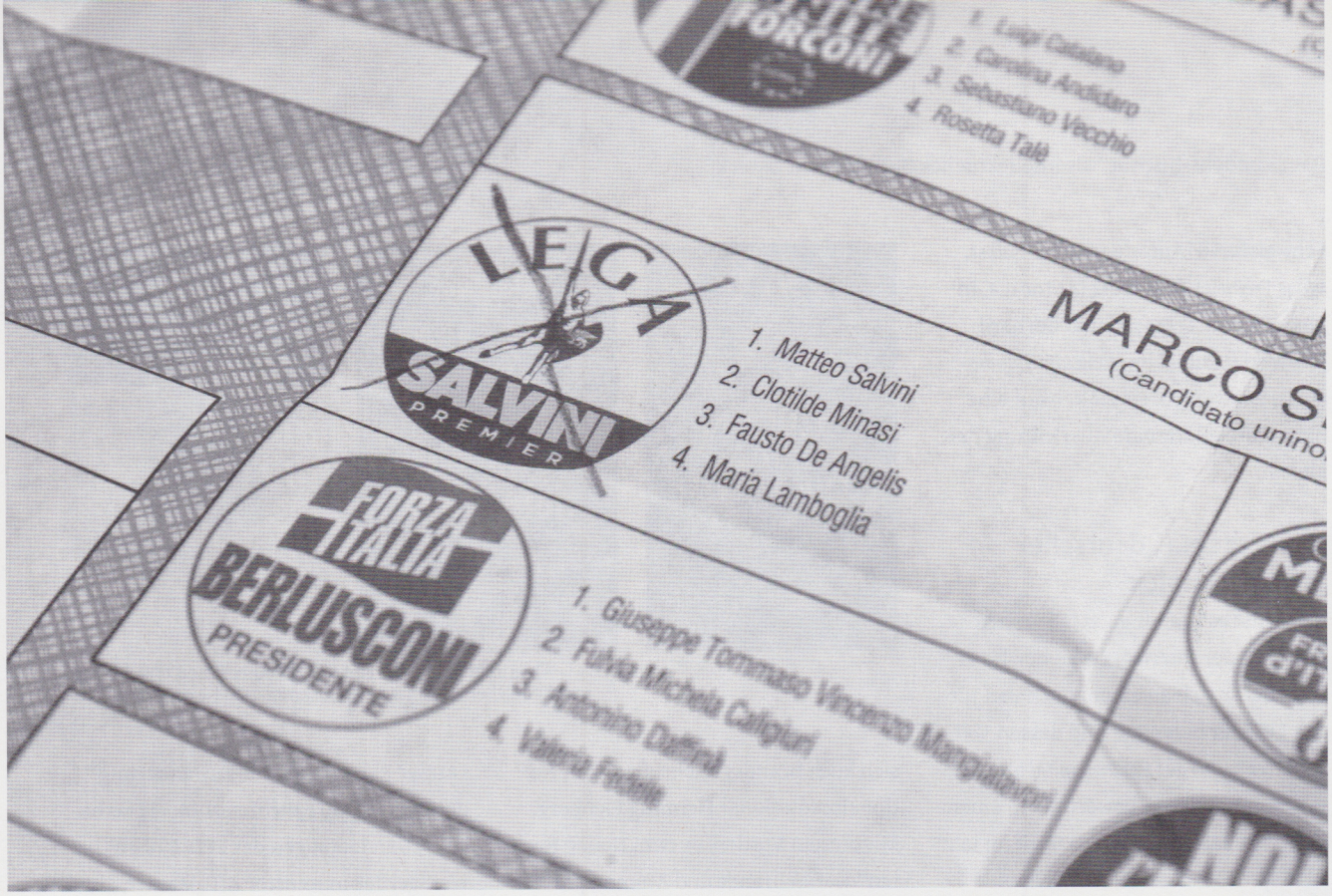
Wie sehr Brandt und Ammon sich von den völkischen Raumgewinnen der vergangenen Jahre beflügelt fühlen, lässt sich regelmäßig im von Brandt herausgegebenen Online-Magazin *GlobKult* nachlesen. Neben Brandt und Ammon verfassen auch Dietzsch und Schödlbauer dort regelmäßig „Nachdenkliches“ im Stile professoraler Selbstgefälligkeit. Neben einer Vielzahl von Gastbeiträgen teils prominenter Verfasser_innen zählen die Mitglieder des Kondiaf zu den Stammautor_innen. Auf *GlobKult* findet

Querfront Publizistik seit Jahrzehnten: Brand und Ammon veröffentlichen immer wieder zusammen mit extrem Rechten.

sich auch Brandts Nachruf auf den Nationalrevolutionär **Henning Eichberg**. Mit diesem Vordenker der „Neuen Rechten“ waren Brandt und Ammon persönlich bekannt, nicht zuletzt, weil beide jahrelang für Eichbergs Hauspostille *Wir Selbst* geschrieben hatten. Brandt verteidigt Eichbergs völkischen Nationalismus gegen einen bloß ökonomischen „Standortnationalismus“: „Wenn Eichberg sich positiv auf Volk und Nation bezog, dann ging es ihm nicht um das ‚nationale Interesse‘, sondern stets um die nationale Identität“. Auch Schödlbauer, Professor für Neue deutsche Literaturwissenschaft und Medientheorie an der Fernuniversität, ergeht sich auf *GlobKult* in rechtsnationalen Positionen zur „Flüchtlingskrise“. „Der Kampf gegen Rechts“, entgegnet Schödlbauer den Kritiker_innen der AfD, diene der Verschleierung von „Massenzuwanderung“ und „Islamisierung“ — eine „Wirklichkeit“, die von „der Linken“ aus Naivität und Selbsterhaltungsdrang nicht benannt werde. Zu den Stammautor_innen des Online-Magazins zählt neben den Akademiker_innen aus dem Umfeld des Kondylis-Instituts auch der ehemalige sächsische SPD-Bundestagsabgeordnete **Gunter Weißgerber**. Wie Brandt sieht sich auch Weißgerber dem Nationalismus „von links“ verpflichtet. So kreisen seine Positionen um den Vorwurf an die eigene Partei, die „Außer Rand und Band-Zuwanderung“ der letzten Jahre nicht verhindert zu haben. „Den Ideologen der SPD-Linken“, so Weißgerber in reinster AfD-Manier, „ist Zuwanderung [...] wichtiger als die deutsche und europäische Sicherheit nach innen und außen“.

Baustein im Netzwerk

Als Dietzsch 2009 seinen Auftritt beim Berliner Kolleg hatte und Brandt Applaus für Elsässers „Volksinitiative“ spendete, war von einem Bündnis aus Salonfaschismus und Querfrontnationalismus noch nichts zu erahnen. Heute arbeiten IfS und *Compact* am geistigen Fundament der AfD, teilen sich Bühnen und unterstützen zusammen Kampagnen. Das *Kondylis-Institut* an der Fernuniversität Hagen steht so stellvertretend zum einen dafür, wie gut und langfristig diese unterschiedlichen Positionen der extremen Rechten koexistieren können, und zum anderen dafür, wie etabliert derartige Netzwerke im akademischen Betrieb sind.



Von Jörg Kronauer

Von „Invasionen“ und „Menschenfleisch“

Die italienische extreme Rechte an der Macht

Nach ihrem Erfolg bei der Parlamentswahl ist es der italienischen „Lega“, der einstigen „Lega Nord“, gelungen, eine Koalitionsregierung mit den „Cinque Stelle“ („Fünf Sterne“) zu bilden. Seither gestaltet ihr Rassismus die italienische Regierungspolitik.

Die Besatzung der *C-Star* kann feiern gehen. Vor rund einem Jahr waren die „identitären“ Aktivisten mit ihrem Schiff aus dem ostafrikanischen Dschibuti in Richtung Mittelmeer aufgebrochen, um durch eine aufsehenerregende Tat ihre Ziele in die Schlagzeilen zu bringen: Rettungsschiffe, die in Seenot geratene Flüchtlinge an Bord nehmen und in die EU bringen, wollten sie stoppen, um — so formulierten sie es — einen Beitrag zu leisten, der ihnen verhassten „Masseneinwanderung“ nach Europa ein Ende zu setzen. Zunächst wurde nicht viel daraus. Die C-Star irrlichterte ein paar Wochen im Mittelmeer herum, um dann im August wenige Tage lang in der Tat Rettungsschiffe zu beschatten und deren Besatzung per Megaphon mit dumpfen Sprüchen zu beschallen. Dann zogen die „identitären“ Helden, ihre sri lankischen Seemänner einsam und orientierungslos auf der *C-Star* zurücklassend, in die Heimat ab. Die Seenotrettung vor der libyschen Küste wirklich zu beenden — dazu reichte ihr politisches Gewicht natürlich nicht aus. Über das erforderliche Potenzial verfügt allerdings die italienische *Lega*, seit sie am 1. Juni 2018 in die Regierung Italiens eingetreten ist und mit ihrem Chef **Matteo Salvini** den Innenminister stellt. Salvini hat — so scheint es — in seinem ersten Monat im Amt erreicht, was die paar „Identitären“ von der C-Star nicht schaffen konnten: Er hat die Rettungsschiffe, die Flüchtlinge aus dem Mittelmeer fischten, zum Rückzug gezwungen.

Der Durchmarsch der „Lega“

Ihre Regierungsbeteiligung verdankt die *Lega* ihrem satten Erfolg in der Parlamentswahl vom 4. März: Sie konnte ih-

ren Stimmenanteil, der zuvor von 8,3 Prozent im Jahr 2008 auf 4,1 Prozent im Jahr 2013 abgestürzt war, auf bemerkenswerte 17,4 Prozent vervierfachen. Damit lag sie zwar noch weit hinter der Nummer eins, den *Cinque Stelle*, die mit stolzen 32,7 Prozent ihr Rekordergebnis erzielten, aber nur noch knapp hinter dem sozialdemokratischen *Partito Democratico*, der zuletzt mehrere Jahre lang den Ministerpräsidenten gestellt hatte, jetzt aber mit müden 18,8 Prozent das schlechteste Ergebnis seiner Geschichte einfuhr. Die *Lega* konnte dabei zusätzlichen Profit daraus schlagen, dass sie zur deutlich stärksten Partei in dem Rechtsbündnis wurde, mit dem sie zur Wahl angetreten war: Sie lag klar vor **Silvio Berlusconi**s *Forza Italia* (14,0 Prozent) und den extrem rechten *Fratelli d'Italia* (4,4 Prozent). Damit hatte sie sich eindeutig als tonangebende Kraft der italienischen Rechten profiliert.

Den Durchmarsch der *Lega* haben verschiedene Faktoren möglich gemacht, die nur zum Teil etwas mit ihr selbst zu tun haben. Einer davon ist ein Phänomen, das sich seit geraumer Zeit in einer ganzen Reihe von EU-Staaten zeigt: Einst einflussreiche Parteien der traditionellen Eliten, die der europäischen Integration eng verbunden sind, verlieren teils massiv an Akzeptanz bei der Bevölkerung. Besonders stark trifft es sozialdemokratische Parteien — nicht nur die SPD, die bei der Bundestagswahl 2017 ihr schlechtestes Ergebnis seit dem Zweiten Weltkrieg einfuhr, sondern etwa auch den französischen *Parti Socialiste*, der von fast 30 Prozent bei der Parlamentswahl 2012 auf 7,4 Prozent 2017 abstürzte, die griechische *Pasok*, die 2009 auf 44 Prozent kam, dann aber im September 2015 gerade einmal 6,3 Prozent schaffte, oder eben auch den *Partito Democratico*, der bei der Parlamentswahl 2008 noch satte 33,1 Prozent erzielt hatte. Konservative Parteien sind ebenfalls nicht gegen den Absturz gefeit, wie die 15,8 Prozent der *Républicains* bei den Parlamentswahlen 2017 in Frankreich oder der Einbruch der *Forza Italia* zeigen, deren Boss Silvio Berlusconi 2008 mit seinem damaligen *Popolo della Libertà* noch starke 37,4 Prozent erreicht hatte. Weithin stoßen Parteien aus der extremen Rechten (*Front National*, AfD), zuweilen auch aus der Linken (*La France insoumise*), die — wenn auch in völlig unterschiedlicher Form — scharfe Kritik an der EU üben, in die Lücke vor.

Über Jahrzehnte nach rechts

In Italien ist es neben den EU-kritischen, aber ansonsten politisch diffusen *Cinque Stelle* nun auch der *Lega* gelungen, vom Kontrollverlust der EU-orientierten traditionellen Eliten zu profitieren. Dass sie große Zuwächse verzeichnen konnte, liegt nicht zuletzt daran, dass sich das politische Klima in Italien schon seit Jahrzehnten systematisch nach rechts verschiebt. Bereits in den 1980er Jahren sprachen sich Spitzenpolitiker, darunter der damalige sozialistische Ministerpräsident (1983 bis 1987) **Bettino Craxi**, für ein Ende der Ächtung des faschistischen *Movimento Sociale Italiano* (MSI) aus; 1987 plädierte einer der prominentesten Historiker des Landes, **Renzo de Felice**, für eine „Normalisierung" im Umgang mit der Ära des Faschismus an der Macht unter **Benito Mussolini** (vgl. Lotta #46). Dies bereitete den Boden für das erste Rechtskabinett unter Ministerpräsident Silvio Berlusconi, der im Mai 1994 Politiker aus dem sich in *Alleanza Nazionale* (AN) umbenennenden faschistischen MSI in seine Regierung aufnahm. Auch die *Lega*, die damals freilich noch *Lega Nord* hieß, hat 1994 erstmals italienische Minister gestellt. Unter Berlusconi rückte Italien immer weiter nach rechts; im Jahr 2010 konstatierte der Historiker **Aram Mattioli**, „die Banalisierung, Aufwertung und teilweise Rehabilitierung der Mussolini-Diktatur" werde längst nicht mehr nur von randständigen Figuren, sondern „von den Regierungsbänken aus, aber auch von anerkannten Meinungsmachern betrieben". Das war natürlich Wasser auf die Mühlen italienischer Rassisten. Im Jahr 2008 ergaben Umfragen, dass 81 Prozent der italienischen Bevölkerung Angehörige der Roma-Minderheit nicht mochten und 68 Prozent sie aus dem Land jagen wollten. Andere Erhebungen zeigten, dass die Zahl derjenigen, die Migranten generell als „Gefahr für die öffentliche Ordnung" denunzierten, von 26 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2012 auf 46 Prozent im Jahr 2017 gestiegen war. Der Nährboden für den Durchbruch einer extrem rechten Partei war also da.

Dass unter Italiens Rechtsaußenorganisationen ausgerechnet die *Lega* vom Kontrollverlust der EU-orientierten Eliten und von der Rechtsverschiebung des politischen Klimas profitieren konnte, liegt daran, dass sie in den vergangenen Jahren eine tiefgreifende Neuausrichtung vorgenommen hat. Gegründet worden war sie 1989 unter dem Namen *Lega Nord* — als Organisation, die darauf abzielte, den reichen Norden Italiens möglichst umfassend der staatlichen Umverteilung von Geldern in den teils bitter armen Süden des Landes zu entziehen. Dazu strebte sie eine größere Autonomie im italienischen Staatsgefüge, vielleicht sogar eine komplette Abspaltung des Nordens unter dem Namen „Padanien" an. Ihren Separatismus hat sie stets mit einem krassen Chauvinismus gegenüber der Bevölkerung Süditaliens grundiert; parallel hat sie einem massiven Rassismus — gern auch verkleidet als Kampf gegen den Islam — gefrönt. Legendär ist zum Beispiel der *Lega Nord*-Europaparlamentarier **Mario Borghezio**, der in verschiedenen Gerichtsverfahren wegen rassistischer Attacken verurteilt wurde — zuletzt im vergangenen Jahr, weil er

Italiens Ex-Integrationsministerin **Cécile Kyenge** wegen ihrer schwarzen Hautfarbe rassistisch beleidigt hatte. Separatismus, Chauvinismus und Rassismus: Dieses Gemisch hat der *Lega Nord* schon in den 1990er Jahren in manchen Wahlkreisen Ergebnisse von bis zu 35 Prozent eingebracht. Seit den 2000er Jahren stellt sie zudem Bürgermeister in Großstädten wie Verona und Regionalpräsidenten in den mächtigen Regionen Veneto und Lombardei.

Ziel: „ethnische Säuberung"

Allerdings ist die *Lega Nord* mit ihrem Fokus auf Autonomie oder Abspaltung Norditaliens in der Mitte und im Süden des Landes faktisch nicht präsent gewesen. Mehr als die landesweit 10,8 Prozent der Stimmen, die sie 1996 bei den Parlamentswahlen gewinnen konnte, waren deshalb für sie letztlich nie drin. Das ist der Grund gewesen, der Matteo Salvini nach der Übernahme der Parteiführung im Dezember 2013 dazu trieb, der *Lega Nord* systematisch einen neuen Kurs zu verpassen und ihre landesweite Ausdehnung zu fördern. Dazu rückte Salvini Autonomiestreben und Separatismus in den Hintergrund, während er den Rassismus ins Zentrum der Parteiagitation schob — ergänzt um scharfe Kritik am Euro, der Italien spürbare Nachteile gebracht hat und deshalb im Land durchaus unbeliebt ist. Parallel begann der neue Parteichef, die Strukturen der *Lega Nord* in Richtung Süden auszubauen. Im Dezember 2014 gründete er *Noi con Salvini* (*Wir mit Salvini*), eine Parallelstruktur zur *Lega*, die in der Mitte und im Süden Italiens agitierte und dort auch zu Wahlen antrat. Bei der Parlamentswahl im März 2018 sind die beiden Strukturen faktisch zu einer einzigen Wahlliste zusammengeführt worden; seitdem nennt sich die Partei nur noch *Lega* ohne den einschränkenden Zusatz „Nord".

Salvinis Rassismus hat dabei besonders krasse Züge angenommen. Nicht nur angebliche „Invasoren aus islamischen Ländern" hat er immer wieder heraufbeschworen. „Wir werden unsere Städte von den Migranten säubern!", wetterte er auf einer öffentlichen Parteiveranstaltung im August 2016: Es gelte, einer angeblichen „Invasion der Flüchtlinge" nun endlich mit einer „kontrollierten ethnischen Säuberung" entgegenzutreten. „Zecken" und „Bettler", die „in langen Schlangen vor unseren Krankenhäusern lungern", müssten auf Lastwagen verfrachtet und in hunderten Kilometern Entfernung im Wald abgeladen werden. Um seine Pläne zu verwirklichen, teilte Salvini mit, setze er auf die „Gemeinschaft aller Gutwilligen, die Italien wieder den Italienern geben wollen". Einen Monat, bevor er zur „Säuberung" Italiens von Migranten aufgerufen hatte, hatte ein Anhänger der faschistischen *Casa Pound* namens **Amedeo Mancini** in Fermo in der Region Marche einen nigerianischen Flüchtling rassistisch attackiert und ermordet. Als am 3. Februar 2018 der *Noi con Salvini*-Aktivist **Luca Traini** in der Kleinstadt Macerata — wenige Kilometer von Fermo entfernt — wahllos auf Menschen mit schwarzer Haut schoss und mehrere von ihnen teils schwer verletzte, fiel dem *Lega Nord-Chef* dazu ein, es handle sich bei dem mehrfachen Mordversuch „offensichtlich" um die Folge „außer Kontrolle geratener Einwanderung": Eine „Invasion" führe schließlich zu „sozialem Konflikt".

Die 17,4 Prozent bei der Parlamentswahl vom 4. März scheinen Salvini mit seiner Strategie für die *Lega* Recht gegeben zu haben — und dabei hat die Partei noch längst nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Dass sie sich noch erheblich weiter steigern kann, zeigten Umfragen von Ende Mai. Die *Lega* und die *Cinque Stelle* hatten sich gerade auf eine Regierungsbildung geeinigt und beschlossen, den renommierten Ökonomen **Paolo Savona** zum Finanzminister zu ernennen. Savona, seinerseits parteilos, hatte sich allerdings nach einer steilen Karriere in der italienischen Finanzbranche einen Namen als Kritiker des Euro gemacht. Dass er nun Finanzminister werden sollte, brachte nicht nur EU-Funktionäre, sondern vor allem auch das deutsche Establishment auf die Palme, woraufhin der italienische Staatspräsident **Sergio Mattarella** zwecks Schadensbegrenzung ankündigte, Savonas Ernennung zu verweigern. Zudem kündigte er nach einigem Hin und Her an, in Kürze anstelle einer Regierung aus den gewählten Parteien eine nicht gewählte Technokratenregierung zu vereidigen. Dass da auf Druck aus Berlin und Brüssel de facto Italiens Demokratie außer Kraft gesetzt werden sollte, rief einen Sturm der Empörung hervor — und am 30. Mai sahen Umfragen die *Lega* bei 25, andere Erhebungen gar bei 27 Prozent. Diktate der EU und ihrer Vormacht, so darf man den Popularitätssprung der *Lega* wohl verstehen, sind bestens geeignet, Italiens extremer Rechter weitere Wähler zuzutreiben. Die *Lega* hat sich übrigens laut Umfragen von Ende Juni auf dem neuen Rekordniveau stabilisiert und könnte inzwischen bei Wahlen sogar 30 Prozent der Stimmen erzielen.

„Roma-Zählung"

Dazu beigetragen hat sicherlich auch die Politik, die Salvini in seinem ersten Monat im Amt des Innenministers getrieben hat. Eine seiner ersten Handlungen bestand darin, eine „Roma-Zählung" anzukündigen: Er wolle diejenigen unter den rund 170.000 in Italien lebenden Roma identifizieren, die keine italienische Staatsbürgerschaft hätten, und sie umgehend abschieben lassen, äußerte er; Roma mit italienischen Papieren müsse man „leider behalten". Salvini

Foto: attenzione-photo.com

Matteo Salvini (r.) beim Treffen der europäischen Rechtsaußen-Parteien 2017 in Koblenz.

hat zwar nach heftigen Protesten von seinem Vorhaben Abstand nehmen müssen; doch muss man davon ausgehen, dass er es durchaus ernst gemeint hat. Die Roma in Italien sind seit vielen Jahren immer wieder nicht nur Übergriffen von Rassisten ausgesetzt, die zum Beispiel 2008 in Neapel und 2011 in Turin in pogromartige Angriffe auf Roma-Siedlungen mündeten. Immer wieder haben auch staatliche italienische Stellen Roma-Camps illegal mit Gewalt geräumt und sie anschließend zerstört. Man tut gut daran, die Drohung des Innenministers mit einer „Roma-Zählung" weiter ernst zu nehmen.

Natürlich hat Salvini nach seiner Amtsübernahme auch seine Attacken auf Flüchtlinge fortgesetzt. So hat er angekündigt, im Rahmen einer „Operation Sichere Strände" Patrouillen nach — meist aus Afrika stammenden — Strandhändlern suchen zu lassen und diese zu Strafen von bis zu 15.000 Euro zu verurteilen, sollten sie nicht markenechte Produkte bei sich haben. Und um wirklich sicherzugehen, dass Händler aus Afrika ihren Lebensunterhalt verlieren, hat er dekretiert, dass auch ihre Kunden gegebenenfalls blechen müssen — bis zu 7.000 Euro. Einkäufe bei Flüchtlingen werden damit außerordentlich riskant. „Die Party zwischen den Sonnenschirmen ist für die ‚Vu Cumprà' vorbei", tönte Salvini lauthals auf der Jahresversammlung des italienischen Verbandes der Einzelhändler. „Vu Cumprà" ist eine Verballhornung von „vuoi comprare?" und ließe sich etwa als „du wollen kaufen?" übersetzen. Der Ausdruck wird in Italien schon seit den 1970er Jahren als diskriminierende Bezeichnung für Händler mit nichtweißer Haut gebraucht.

„Menschenfleisch"

Und selbstverständlich hat sich Salvini umgehend der Bootsflüchtlinge angenommen, die in Nordafrika ins Mittelmeer stechen, um nach Europa zu gelangen. „Menschenfleisch" befinde sich auf den Rettungsschiffen, die Flüchtlinge vor der libyschen Küste aus dem Wasser fischten, hetzte der *Lega*-Boss und ließ seinen Rassismus praktisch werden: Kaum im Amt, sperrte Italiens neuer Innenminister die italienischen Häfen für Schiffe privater Hilfsorganisationen, die in Seenot geratene Flüchtlinge bergen. Der Besatzung der *C-Star* muss es warm ums Herz geworden sein, als im Juni die Rettungsschiffe *Aquarius* und *Lifeline* jeweils mehrere Tage lang mit hunderten kranker und traumatisierter Flüchtlinge an Bord im Mittelmeer fest saßen, weil ihnen kein Hafen die Genehmigung zur Einfahrt gab. Konnte die *Aquarius* letztlich im spanischen Valencia ankern, so durfte die *Lifeline* in Malta nur unter der Bedingung an Land, dass sie beschlagnahmt und die Crew festgenommen wurden. Damit war — so schien es jedenfalls Ende Juni — die Seenotrettung privater Hilfsorganisationen im Mittelmeer vorbei. Salvini hatte sich als fähiger Erfüllungsgehilfe der „Identitären" profiliert. Wobei man ergänzen muss: Er konnte das nur, weil die gesamte EU und insbesondere auch der deutsche Innenminister **Horst Seehofer** sein brachiales Vorgehen voll und ganz unterstützten.

In Italien hat die extreme Rechte mit der *Lega* den Durchbruch erzielt — und die EU öffnet ihr, sofern es gegen Flüchtlinge geht, Tür und Tor.

Von systemli.org

Smartphones — Genoss*innen in der Hosentasche?

Smartphones sind aus unserem (politischen) Leben nicht mehr wegzudenken. Einerseits praktische Helferlein für Alltag und politische Organisierung, sind sie gleichzeitig das Schweizer Taschenmesser für Abhörmaßnahmen und Massenüberwachung. Wie also damit umgehen?

Mitte der 2000er Jahre wurden erstmals für Demonstrationen sogenannte Ticker eingesetzt, um für Teilnehmer*innen von Gegenaktivitäten (meist gegen Naziaufmärsche) abrufbare Informationen zur Verfügung zu stellen und somit die klassischen Infotelefone zu entlasten. Dank WAP, einem speziellen Protokoll zur Datenübertragung, konnte — etwa mit der grauen Nokia-Banane — eine minimale Website abgerufen werden.
Schon damals zeichnete sich ab, dass mit mehr und gezielteren Informationen auf das Demonstrationsgeschehen positiv Einfluss genommen werden konnte. Am Anfang der digitalen Kommunikation bei linken Aktionen stand damit unter anderem die Idee, qualitativ hochwertigere Informationen breiter streuen zu können und alternative Quellen zur Polizeipresse zu bieten — auch für die klassischen Medien und deren Reporter*innen. Die Verbreitung von Smartphones und Kurznachrichtendiensten wie Twitter veränderte diese Situation noch einmal nachhaltig. Hatten Betreiber*innen von Tickern anfangs eine gewisse Informationshoheit für ihre Aktionen und konnten einigermaßen das Narrativ bestimmen, konkurriert man heute mit einer großen Zahl an Personen, die ihre Eindrücke und Deutungen der Geschehnisse und Informationen veröffentlichen. Nicht immer ist dabei sichergestellt, dass Informationen verifiziert und korrekt einsortiert sind. Meldungen mit Trendcharakter scheinen oft wichtiger als sachliche Einschätzungen der Lage. Doch das ist nur eine Ebene, auf der die Verfügbarkeit von Smartphones und die Möglichkeit, selbst Informationen zu publizieren, die Art und Weise unseres Umgangs mit Medien nachhaltig verändert hat. Mobiltelefone und gerade Smartphones bringen im alltäglichen Aktivismus weitere Herausforderungen mit sich. Und viele Vorteile digitaler Kommunikation werden durch negative Begleiterscheinungen relativiert.

Funkzellenabfragen bis Staatstrojaner

Knapp eine Million Verkehrsdaten und zirka 60.000 Bestandsdaten aus sogenannten Funkzellenabfragen wurden am 19. Februar 2011 in Dresden weitestgehend illegal von Ermittlungsbehörden erhoben und so nahezu alle Personen rund um das Demonstrationsgeschehen gegen den Naziaufmarsch erfasst. Mit neuen Möglichkeiten der Kommunikation und der Verfügbarkeit von Smartphones waren auch neue Begehrlichkeiten staatlicher Repressionsorgane entstanden. Deren bisheriger Höhepunkt war die Verschärfung der Strafprozessordnung im Sommer 2017. Mit den Stimmen der Großen Koalition wurde die Ausweitung des Einsatzes von Staatstrojanern beschlossen. Seither dürfen Ermittlungsbehörden in Smartphones eindringen, diese überwachen und Daten „beschlagnahmen".
Dazu müssen sie Sicherheitslücken in Apps und Betriebssystemen ausnutzen, unter anderem da Messenger wie Signal oder WhatsApp Ende-zu-Ende-Verschlüsselung verwenden.
Anbieter wie Google und Apple, aber auch Entwickler*innen von Apps haben somit eine besondere Verantwortung,

die Daten der User*innen zu schützen und Sicherheitslücken zu vermeiden. Einige große Hersteller, insbesondere Apple, wehrten sich in der Vergangenheit medienwirksam dagegen, Hintertüren für staatliche Behörden einzubauen. Dies würde auch dem Interesse der globalen Konzerne schaden, ihre Produkte weltweit zu verkaufen. Für Deutschland besteht daher die begründete Hoffnung, dass den staatlichen Behörden keine Hintertür in die Betriebssysteme Android oder iOS bekannt ist. Damit bleibt diesen nur das eigenständige Aufspüren und Ausnutzen von Sicherheitslücken. Glücklicherweise suchen aber auch andere Interessengruppen beständig nach solchen Sicherheitslücken. Wird eine Lücke bekannt, wird diese, in der Regel vom Hersteller, geschlossen. Dann ist zügiges Einspielen der Updates dringend geraten, denn bekannt gewordene Lücken werden für Einbrüche ins System verwendet. Deshalb sollten automatische Updates aktiviert werden. Gerade Besitzer*innen von Android-Geräten müssen zudem regelmäßig überprüfen, ob ihre Geräte noch Android-Updates erhalten. Denn leider nehmen die meisten Hersteller von Android-Smartphones die Sicherheit nicht besonders ernst und viele Smartphones bekommen bereits nach ein bis zwei Jahren keine Updates mehr. Bei geschlossenen Systemen wie iOS kommt noch hinzu, dass es im Gegensatz zu Android nicht möglich ist, transparent nachzuvollziehen und nachzuprüfen, ob es Schwachstellen gibt.

Passwort: 1312

Kaum ein Gerät hat in so kurzer Zeit das Verhalten der Menschen so nachhaltig verändert wie das Smartphone. Informationen sind immer und überall abrufbar, Nachrichten, Termine, Kontakte, Fotos, Navigation und Musik jederzeit in der Hosentasche. Doch diese Geräte sind hochleistungsfähige Computer voller Sensoren: neben den Kameras, Lautsprechern und Mikrofonen, Beschleunigungssensoren sowie GPS und Gyroskope zur Standortbestimmung. Und anders als Notebooks sind Smartphones dauerhaft angeschaltet und fast immer dabei. Damit sammeln sich auf ihnen Unmengen von Informationen und Daten, die nur darauf warten, entgegen der eigenen Interessen eingesetzt zu werden.

Gesichert sind Smartphones meistens mit einem Wischmuster, biometrischen Daten oder einem einfachen Code — bei Aktivist*innen gerne 1312 oder Ähnliches. Verschlüsselung der Telefone wird erst seit kurzer Zeit standardmäßig aktiviert, hilft jedoch im angeschalteten Zustand ohnehin nur begrenzt. Dennoch ist das kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Schon ein gutes Passwort, die Verwendung von Signal statt WhatsApp, die Beschneidung von Zugriffsrechten einzelner Apps und regelmäßige Updates erhöhen die Sicherheit der Smartphones deutlich.

Leichtere und sicherere Kommunikation

Mit dem Einzug günstiger Smartphones sind für viele neue Möglichkeiten entstanden, zu kommunizieren, sich zu vernetzen und unabhängige Informationen zu erlangen. Mobilisierungen wie beim Arabischen Frühling 2010/11 wären ohne Smartphones undenkbar gewesen. Auch wenn sie nicht immer in Freiheit und Demokratie endeten, haben sie doch zu einer Ermächtigung von progressiven Kräften geführt und der restlichen Welt die Konflikte offen gezeigt. Doch der Blick muss nicht in die Ferne gerichtet werden, um zu sehen, dass Smartphones auch in den eigenen politischen Strukturen zu Veränderung geführt haben. Wurde das Telefon früher (hoffentlich) nur in Notfällen genutzt, kann heute verschlüsselt via Jabber oder

Telegram

- 👎 verschlüsselt nur in „geheimen" Chats
- 👎 keine Verschlüsselung von Gruppenchats
- 👎 nicht Open Source

WhatsApp

- 👎 gibt eigene Telefonnummer und die von Kontakten sowie Metadaten an Facebook weiter
- 👎 nicht Open Source
- 👍 Ende-zu-Ende verschlüsselt

Threema

- 👎 kostet Geld
- 👎 nicht Open Source
- 👍 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung
- 👍 braucht keine Telefonnummer

Jabber

- 👎 kein zentraler Service
- 👎 Kontaktliste liegt unverschlüsselt auf Sever
- 👍 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung
- 👍 offener Standard

Signal

- 👎 ist ein zentraler Service
- 👎 benutzt Telefonnummer als Identifier
- 👍 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung
- 👍 verschwindende Nachrichten

Empfohlene Clients

- 👍 Conversations für Android
- 👍 ChatSecure für iOS

Signal kommuniziert werden. Die vielen Angriffsmöglichkeiten auf das Gerät sollten dabei nicht vergessen werden. Dennoch: eine einfach Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) durch Behörden reicht heute nicht mehr aus, um den Inhalt der Kommunikation mitschneiden zu können. Dazu sind schon wesentlich umfangreichere Überwachungstechniken nötig, die aufgrund von Kosten und Entdeckungsrisiko seltener eingesetzt werden. Das ist definitiv ein Fortschritt in der Absicherung unserer Kommunikation. Gleichzeitig besteht dadurch die Gefahr, leichtsinniger zu werden mit dem, was wir schreiben.

Praxistipp

Broschüre: Android Smartphone Google-frei einrichten

Was ist grundsätzlich von Smartphones zu halten? Sollte man die überhaupt benutzen? Wir finden: Smartphones sind praktische Helferlein, die Alltag und politische Organisierung erleichtern können. Richtig ist aber auch, dass Smartphones die universelle Wanze in der Hosentasche sein können und ein großes Helferlein für Ermittlungsbehörden und globale Werbekonzerne. Wer ohne Smartphone auskommt, gut. Für alle anderen soll diese Anleitung einen Ausweg aus dem Ganz-oder-Garnicht Denken liefern.
www.systemli.org/de/2018/04/29/google-freies-android.html

Der technologische Zugriff

Zum Schluss wollen wir noch einen Blick auf die gesamtgesellschaftliche Dimension von Smartphones werfen. Solche Technologien entstehen stets im Kontext konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse und aufgrund konkreter Interessen ihrer Urheber*innen. Bei Smartphones etwa ist das kapitalistischen Interesse maßgeblich, weitere gesellschaftliche und persönliche Bereiche ökonomisch zugänglich und verwertbar zu machen.
Eine kritische Auseinandersetzung mit den sozialen und psychologischen Gefahren dieser Technologien steht noch am Anfang. Das gilt leider auch für linke Bewegungen und ihre Positionen dazu.

Allzu oft wird der digitaltechnische Zugriff unkritisch als Fortschritt in der Entwicklung der Produktionsmittel befürwortet. Längst aber zeigen Studien, dass die damit einhergehenden Veränderungen im Gehirn (Zerstreuung durch ständige Ablenkung, sinkende Aufmerksamkeitsspannen, Verlust von Beurteilungsfähigkeiten durch erhöhtes Multitasking, Externalisierung von Erinnerung) zu tiefgreifenden Problemen führen können. Das lässt auch für das widerständige und sozialrevolutionäre Potential nichts Gutes vermuten.
Der digitaltechnische Zugriff auf Gesellschaft und Subjekte schreitet in atemberaubendem Tempo voran. Es ist dringend geboten, dazu linke Positionen und gegebenenfalls Widerstandsformen zu entwickeln. Wir selbst fangen damit gerade erst an.

—

systemli.org

ist ein 2003 gegründetes linkes Netzwerk und Technik-Kollektiv. Wir haben den Anspruch, sichere und vertrauenswürdige Kommunikationsdienste bereitzustellen. Das Projekt richtet sich insbesondere an politische Aktivist*innen und Menschen, die ein besonderes Datenschutzbedürfnis haben.

Lese- und Film-Empfehlungen

Broschüre: Disrupt
https://capulcu.blackblogs.org/neue-texte/band-iii/

Film: Stare into the lights my pretties
https://stareintothelightsmypretties.jore.cc/

Das Interview wurde geführt von Michael Sturm

„1968“: Deutungskämpfe und Aktualität

Interview mit dem Historiker Detlef Siegfried

50 Jahre „1968“: In den Buchhandlungen biegen sich die Regale unter den zahlreichen Publikationen zu diesem zeithistorischen Jubiläum. Fernsehdokumentationen und Ausstellungen greifen das Thema auf. Nach wie vor geistert die Auseinandersetzung mit „1968“ durch Feuilletons und politische Diskurse. In den unterschiedlichen Betrachtungen erscheint „1968“ als „Epochenjahr“, als libertäre „Revolte“ oder als Ausgangspunkt einer seit 50 Jahren währenden „gesellschaftlichen Zerstörung“. Lässt sich „1968“ aus historischer Perspektive überhaupt auf einen Nenner bringen?

Das ist tatsächlich schwer. Das Phänomen zerrinnt einem gewissermaßen zwischen den Fingern, gerade weil so vieles in die Chiffre „1968“ hinein projiziert werden kann. Traditionell wird, zumindest in Deutschland, „1968“ hauptsächlich mit der Studentenbewegung identifiziert, so wie das etwa der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar tut. In dieser Perspektive wäre „68“ vor allem eine Bewegung der Nachwuchselite an den Hochschulen. Im Fokus stehen die sich dort formierenden politischen Strömungen. Ich neige dazu, „68“ als eine Jugendrevolte zu beschreiben, dann geraten neben den Hochschulen und den Großstädten auch die Provinz und andere Akteure in den Blick. Es sind nicht nur die Studenten, die aufbegehren, sondern auch Arbeiterjugendliche, Schüler oder die so genannten Gammler. Daneben gibt es in der Forschung radikalfunktionalistische Positionen, in denen argumentiert wird, es habe in den 1960er Jahren ohnehin einen gesellschaftlichen Wandel gegeben, der von den „68ern“ vorangetrieben worden sei und gleichsam zu einer Modernisierung des Kapitalismus geführt habe. Das ist freilich eine relativ mechanistische Deutung. Gleichwohl ist es notwendig, um den historischen Ort von „1968“ vermessen zu können, die gesamte Gesellschaft und die schon früher einsetzenden so-

Detlef Siegfried

zialen und kulturellen Veränderungsprozesse in den Blick zu nehmen — etwa den Wandel von traditionellen Geschlechterbildern und Familienvorstellungen, das Freizeit- und Konsumverhalten oder das Entstehen sich ausdifferenzierender Jugendkulturen seit den 1950er Jahren. Allerdings sollte durch diese Perspektiven „1968" nicht entpolitisiert werden. Die politisch radikalen Ansätze, die den SDS, aber teilweise auch die Lehrlingsbewegung kennzeichneten, entfalteten eine bedeutsame eigenständige Wirkung.

Die Chiffre „1968" dient auch nach 50 Jahren für Teile des konservativen und extrem rechten Spektrums als mobilisierender Kampfbegriff. Wenn etwa AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen gegen das „rot-grün versiffte 68er Deutschland" polemisiert und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt postuliert, dass „50 Jahre nach 1968" die Zeit für eine „bürgerlich-konservative Wende" gekommen sei. Warum immer wieder dieser Rekurs auf „1968"?

Das war eigentlich schon immer so. Bis hinein in die aufgeklärteren Kreise der CDU. Trotz der gerade skizzierten Vielschichtigkeit von „68" wird mit der Chiffre eben doch ein grundsätzlicher Wandel der Gesellschaft nach links — mit global sozialistischen Zielperspektiven auf der politischen Ebene, aber auch einem Wandel von Wertvorstellungen und Lebensstilen in Verbindung gebracht. Was von der Rechten bis heute damit assoziiert wird, ist die kulturpessimistische Behauptung eines sich kontinuierlich vollziehenden „Werteverfalls". Daran ist die idealisierende Vorstellung geknüpft, dass es früher einmal „gute Werte" — wie etwa Familie, Heimat oder Kirche gegeben habe, die durch die „68er" zerstört worden seien. Der Konservatismus ist ja immer bestrebt, das Bestehende zusammenzuhalten und darauf zu insistieren, dass „Traditionen" nicht einfach über Bord geworfen werden. Dahinter steht das Idealbild einer organisch gewachsenen Gesellschaft, die sich allenfalls langsam aus ihren Traditionen heraus verändert. Konservative und extrem rechte Deutungen unterstellen den „68ern", radikale, gleichsam „unorganische" Veränderungsprozesse in Gang gesetzt zu haben. Klar ist natürlich auch: Es geht bei solchen Interpretationen weniger um eine historisch präzise Einordnung von „1968", sondern um gegenwartsbezogene Ziele: die Reetablierung einer autoritären gesellschaftlichen Ordnung, die schon seit Jahrzehnten nicht mehr existiert, deren Transformation jedoch keineswegs nur das Werk der „68er" gewesen ist. Deren Protagonisten als Auslöser eines angeblichen „Werteverfalls" zu denunzieren, geht an der historischen Realität vorbei.

Zumal die Veränderungsprozesse „um 1968" auch die konservativen Milieus, die Kirchen, nicht zuletzt die Unionsparteien beeinflussten...

Genau. Dem parteipolitischen Rechtsaußenspektrum, also der AfD und auch der CSU geht es ganz wesentlich darum, einen Kontrapunkt gegen liberalere Strömungen in der CDU zu setzen, nämlich gegen jene Vertretern der Union, die sich schon 1988 als „alternative 68er" bezeichnet haben, aber auch gegen Positionen, wie sie Heiner Geißler in seinen späten Jahren oder die langjährige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth bezogen haben. Obgleich sich Geißler noch während der 1980er Jahre als Scharfmacher gegen die politische Linke und die neuen sozialen Bewegungen zu profilieren versuchte, trugen er und die selbst ernannten „alternativen 68er" dazu bei, aus der CDU, die am Ende der 1960er Jahre noch eine traditionalistische Honoratiorenpartei darstellte, eine breiter ausgerichtete, demokratischer aufgebaute Volkspartei zu formen. Bei den gegenwärtigen Polemiken gegen „1968" geht es also auch um einen Machtkampf innerhalb der Unionsparteien. Unverkennbar ist die Absicht, den unter Angela Merkel weiter gewachsenen Einfluss liberalerer Interpretationen des Konservatismus zurückdrängen.

Das heißt, bei einem großen Teil der aktuellen Debatten um „1968" geht es gar nicht um eine Interpretation des eigentlichen historischen Gegenstands?

Meiner Beobachtung nach wird die Auseinandersetzung über „68" gegenwärtig weniger polarisiert geführt als noch vor zehn Jahren. Damals entzündeten sich die Kontroversen vor allem an den Thesen von Götz Aly, der in seinem Buch „Unser Kampf" die Studentenbewegung

in die Nähe des Nationalsozialismus rückte. 2008 wurden die Diskussionen aber vor allem in den Feuilletons geführt und kreisten um die Deutung von „1968" im engeren Sinne. Die aktuellen Polemiken von Dobrindt und Meuthen zielen jedoch auf eine breitere politische Öffentlichkeit, was ich insofern für gefährlicher halte, als es hier um die aktuelle Entwicklungsrichtung der gesamten Gesellschaft geht und nicht nur um Interpretationen von „1968".

Noch einmal zu den Debatten um Götz Alys Interpretation der „68er": Was ist dran an seiner Auffassung, dass deren Protagonisten ihren nationalsozialistisch geprägten Eltern ähnlicher waren, als sie es selbst wahrnehmen wollten — die „68er" gleichsam die Wiedergänger der „33er" darstellten?

Ich finde es richtig, nach einer deutschen Spezifik von „1968" zu fragen. Die NS-Vergangenheit ist dann natürlich nicht auszuklammern. Viele Akteure haben sich damals schon mit der Bedeutung familiärer Prägungen, unterschwelliger Kontinuitätslinien und der Erziehung zur autoritären Persönlichkeit beschäftigt. Insofern gibt es durchaus ein selbstkritisches Element innerhalb der 68er Bewegung, das sich an der NS-Vergangenheit abarbeitet. Aber auch deren Gegner haben diese Bezüge zum Nationalsozialismus immer wieder hergestellt — und zwar in diskreditierender Absicht, so etwa der Soziologe Erwin K. Scheuch oder der Historiker Gerhard A. Ritter. Besonders eindrücklich waren die Schlagzeilen etwa der *Bild*-Zeitung, in denen von dem „Terror der Jung-Roten" die Rede war und Parallelen zur SA nahegelegt wurden. Aus dieser Perspektive sind die Thesen von Aly mehr oder weniger kalter Kaffee. Die Gleichsetzung zwischen den Nazis und den jungen Revolutionären um 1968, die er vornimmt, halte ich für völlig verfehlt. Sie ist viel zu schablonenhaft und erklärt nicht viel. Aber man muss natürlich sehen: Der Band von Götz Aly war von vornherein als Skandalbuch angelegt.

Eine andere These von Aly, die auch von zahlreichen anderen Interpreten geteilt wird, lautet, dass die „68er" sich kaum für die NS-Vergangenheit interessiert und zu deren Aufarbeitung wenig beigetragen hätten.

Auch hier hilft es, einen längeren Zeitraum in den Blick zu nehmen. In den Auseinandersetzungen mit der NS-Vergangenheit passiert zwischen den späten 1950er und Mitte der 1960er Jahre unheimlich viel. Der Ulmer Einsatzgruppenprozess und die Einrichtung der *Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen* in Ludwigsburg im Jahr 1958, der Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961 und der Frankfurter Auschwitzprozess von 1963 bis 1965 wurden von großen Diskussionen über den Nationalsozialismus begleitet, die sowohl in der Wissenschaft, als auch in der Öffentlichkeit und in studentischen Gruppen geführt wurden. Die 1959 erstmals gezeigte, von Reinhard Strecker konzipierte Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz" wurde vom SDS initiiert. Und natürlich hat man in linken Studentenkreisen die entsprechenden Bücher gelesen: „Die Ermittlung" von Peter Weiss oder „Der Stellvertreter" von Rolf Hochhuth. Ab Mitte der 1960er Jahre gewannen schließlich die Faschismustheorien an Bedeutung, die etwa in der Zeitschrift „Das Argument" entfaltet wurden. Häufig wird argumentiert, die Faschismusdiskussion sei viel zu abstrakt geführt worden. Ich sehe das eher so, dass es Mitte der 1960er Jahre einen Wust an völlig neuer Empirie über die NS-Verbrechen gab, der auf diese Weise verarbeitet wurde. Man bemühte sich auf einer abstrakteren Ebene zu verstehen, was da passiert ist. Unter Berufung auf Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, aber auch auf Peter Weiss, der seine Eindrücke des Auschwitz-Prozesses in „Die Ermittlung" verarbeitete hatte, identifizierte man den Kapitalismus als Ursache für den Faschismus. In den späten 1960er Jahren trat dann tatsächlich die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in den Hintergrund. Dies galt aber für die Gesellschaft der Bundesrepublik insgesamt. Für linke Gruppen gewann die „Dritte Welt" an Bedeutung. Gänzlich aus dem Blick geriet die NS-Vergangenheit jedoch nie. Als seit dem Ende der 1970er Jahre die Auseinandersetzung mit der Shoah und der Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus stärker ins öffentliche Bewusstsein rückte, waren es häufig ehemalige „68er", die nunmehr als Lehrer ihre Schüler ermutigten, sich mit der NS-Vergangenheit zu beschäftigen. Die Behauptung, dass die „68er" nichts mit dem Thema zu tun haben wollten, ist zumal in dieser Pauschalität schlichtweg falsch.

Wir haben bis jetzt nur über die deutsche Diskussion gesprochen. „1968" hatte aber auch und vor allem eine internationale Dimension. Verlaufen die geschichtspolitischen Deutungskämpfe in anderen Ländern ähnlich polarisiert?

Das ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. In Frankreich beispielsweise hat es schon seit den 1970er Jahren eine äußerst kritische Auseinandersetzung gegeben. Das Renegatentum war dort besonders stark entwickelt. Damit meine ich, dass frühere Linksradikale ihre Positionen um 180 Grad änderten und sich scharf gegen die Ideen von „68" und deren Akteure wandten. Das ist nicht unbedingt repräsentativ, spielt aber in den französischen Debatten bis heute eine Rolle. In Dänemark, wo ich arbeite, hat es um 2000 eine sehr kritische Debatte zur politischen Linken gegeben, die weniger unter dem Stichwort „1968", son-

Foto: Haus der Geschichte (CC BY-SA 2.0)

„Studentenrevolte" 1967/68, West-Berlin

dern genereller geführt wurde. Der Fokus richtete sich auf das unkritische Verhältnis linker Organisationen zu den kommunistischen Regimen in China, Kambodscha und der Sowjetunion während der 1970er Jahre. Die Beobachtung, dass in Dänemark, aber auch in anderen Ländern, „1968" nicht so stark polarisiert, hat damit zu tun, dass „1968" dort weniger politisch als kulturell und gewissermaßen unideologischer gedeutet wird. Das historische Geschehen erscheint in Dänemark zum Beispiel zweigeteilt: Während sich die Universität Aarhus zum politischen Kristallisationspunkt der Bewegung entwickelte, bildete Kopenhagen mit seinen Clubs, Kommunen, der Undergroundmusik das Zentrum einer Gegenkultur, das Hippies aus ganz Europa anzog. Ähnliches gilt auch für die Niederlande, wo durch die Aktionen der Provos und der Kabouterbewegung auch der politische Protest stark kulturelle Züge trug. In den USA findet die Bezeichnung „1968" kaum Erwähnung. Dort ist in der Regel von den „Sixties" die Rede, was wiederum darauf verweist, dass in der amerikanischen Perspektive den schon früher einsetzenden gegenkulturellen Transformationsprozessen entscheidende Bedeutung beigemessen wird. Eine Wahrnehmung, die auch in Großbritannien vorherrschend ist. Mir ist nicht bekannt, dass es dort jemals eine größere Debatte um „1968" gegeben hätte. Dagegen ist in Deutschland nach wie vor eine vorwiegend politische Perspektive auf „68" prägend, während die kulturellen Aspekte — Musik, Kommunen, Lebensstile — lange ausgeblendet blieben. Vielfach wird „1968" immer noch verkürzend als Ausgangspunkt für die Gewalt der RAF, die autoritären K-Gruppen und linken Antisemitismus identifiziert. Gerade die polarisierten Terrorismusdebatten der 1970er und 1980er Jahre wirken bis heute nach. Die extremsten Ausprägungen gelten somit als charakteristisch für das Ganze.

Eine Frage zum Schluss: Ist „1968" Geschichte? Oder kann die Beschäftigung mit „1968" sozialen Bewegungen noch heute, Perspektiven, Ideen und Impulse vermitteln?

Ich bin skeptisch gegenüber der These, dass man aus der Geschichte viel lernen kann. Gleichwohl halte ich aber „1968" nicht für abgefrühstückt, schon deshalb nicht, da es ja vor dem Hintergrund der jeweils aktuellen politischen Situationen immer wieder neu interpretiert wird. Ich glaube, dass das Thema gerade jetzt, wo der Zug in Richtung „große Regression" geht, mit zunehmendem Ethnozentrismus, nationalistischer Abschottung und steigender sozialen Ungleichheit keineswegs nur Geschichte ist. Viele der Fragen, die 1968 grundsätzlich aufgeworfen worden sind, wurden ja nicht gelöst. Im Gegenteil haben sich die Probleme sogar weiter zugespitzt. Und das könnte durchaus auch ein Grund für neue soziale Bewegungen sein, an Ideen von 1968 festzuhalten und darüber zu diskutieren, inwiefern diese noch gültig sind, ob und welche Orientierung sie für das eigene Handeln bieten können — gerade weil es ja immer um Gegenwartsauseinandersetzungen geht. Die Rechten nutzen den Verweis auf „68", um sich abzugrenzen. Die Linke kann sich auf „68" beziehen, um daran ihre eigene Identität zu kristallisieren. Denn die gegenwärtige Debatte um „68" ist in erster Linie ein Kulturkampf von Rechts, gegen den man etwas unternehmen muss, da das sonst in eine sehr gefährliche Richtung geht.

Vielen Dank für das Interview.

—

Detlef Siegfried ist Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Universität Kopenhagen. Er hat mehrere Bücher zu Alltagskultur, Pop und Linksradikalismus in der Bundesrepublik veröffentlicht; Jüngste Veröffentlichung: „1968 — Protest, Revolte, Gegenkultur" (Reclam, Stuttgart 2018).

Von Lilly Schmidt

Kriminalisierung von Protest

Über die Repression nach NoG20

Es war mehr PR-Kampagne als Strafverfolgung, als die SoKo „Schwarzer Block" der Polizei Hamburg Fotos von 104 Personen veröffentlichte, um sie als angebliche „G20-Straftäter*innen" anzuprangern. Seit den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 versuchen Polizei und Staatsanwaltschaft, durch medienwirksam gerahmtes Vorgehen gegen linke Strukturen die brutale Polizeigewalt und das Außerkraftsetzen des Versammlungsrechtes während des G20-Gipfels zu legitimieren.

Die erste größere Welle von Hausdurchsuchungen fand Ende September 2017 im Zusammenhang mit einem während des Gipfels geplünderten Apple Store statt. Durchsucht wurden 16 Wohnungen und Geschäfte in Hamburg. Nur vier Personen wurde dabei vorgeworfen, an der Plünderung beteiligt gewesen zu sein; alle anderen wurden beschuldigt, „Zeug*in" oder mögliche Käufer*in von „Hehlerware" zu sein. Auch Geräte, die nachweislich nicht aus dem geplünderten Laden kamen, wurden beschlagnahmt. Begründet wurden die Durchsuchungen mit der Auswertung von Videos und der Überwachung von Funkzellen zur „Tatzeit" am Apple Store.
Die zweite Durchsuchungswelle mit bundesweit 24 Hausdurchsuchungen am 5. Dezember 2017 richtete sich gegen Personen, deren Personalien am 7. Juli 2017 von der Polizei am Rondenbarg in Hamburg-Altona festgestellt worden waren. Der Polizei war offensichtlich daran gelegen, die Deutungshoheit über die Ereignisse am Rondenbarg zurückzugewinnen. Elf Demonstrant*innen waren durch das brutale Vorgehen der Polizei schwer verletzt worden, weshalb der Einsatz öffentlich in die Kritik geriet.

Tonnenweise Terabytes

Seit Herbst 2017 kontrollierte und fotografierte das LKA in Hamburg mehrfach Personen, die es als „G20-Gewalttäter*innen" beschuldigte, um Vergleichsbilder zu erstellen. Die bislang größte Aktion dieser Art fand am 25. Oktober 2017 während einer Prozesspause statt, als dreizehn Prozessbeobachter*innen in einem Café gegenüber dem Gericht in Altona von ungefähr 40 Polizeibeamt*innen über eineinhalb Stunden gehindert wurden, das Café zu verlassen. Seit März 2018 nutzt die SoKo „Schwarzer Block" eine Gesichtserkennungs-Software, um ihre sieben Terabyte Bildmaterial zu durchsuchen. Dazu kommen noch zehn Terabyte externe Dateien etwa von der am Gipfelwochenende online gestellten Denunziationsplattform sowie 450.000 Stunden Videomaterial der Hamburger Hochbahn. Auch die RTL-Gruppe gab bereitwillig ihr gesamtes Videomaterial heraus. Öffentlich-rechtliche Sender wie der NDR leiteten nach eigenen Angaben kein unveröffentlichtes, jedoch veröffentlichtes Material in höherer Auflösung an die Ermittlungsbehörden weiter.

Internet-Pranger

Am 18. Dezember 2017 startete die Polizei mit der Publikation von Fotos von 104 Personen ihre bisher bundesweit größte Öffentlichkeitsfahndung und präsentierte die Betroffenen auf einem eigens eingerichteten Internetportal als vermeintliche Straftäter*innen. Eine zweite Öffentlichkeitsfahndung gegen weitere 101 Personen begann am 16. Mai 2018. Besonders erfolgreich war dieses Vorgehen nicht. 74 der 104 Personen aus

Foto: Protestfotografie FFM

dem ersten Aufruf blieben bis heute unidentifiziert. Den Einwand, dass dabei auch Fotos von offensichtlich Minderjährigen veröffentlicht worden waren, wischte ein Polizeisprecher lapidar vom Tisch: Wer könne schon sagen, erklärte er, ob die abgebildeten Personen 18, 17 oder erst 14 Jahre alt seien.
Mitte April startete die Fahndung nach zunächst 24 Personen in 15 anderen europäischen Staaten. Im Zuge der zweiten Öffentlichkeitsfahndung erhöhte die Polizei die Anzahl der Personen, nach denen international gefahndet wird, auf 91. Ende Mai 2018 folgten Hausdurchsuchungen in Frankreich, Italien, der Schweiz und Spanien.

Die G20-Prozesse

Direkt nach dem Gipfel saßen etwa 50 Gefangene in Untersuchungshaft. Die meisten Betroffenen mit deutschem Pass wurden relativ schnell wieder entlassen. Gegen die verbliebenen 30 Personen laufen seitdem Prozesse. Aufgrund der in der EU bestehenden Auslieferungsabkommen sind die betroffenen EU-Bürger*innen eigentlich rechtlich mit Deutschen gleichgestellt; sie hätten daher ebenfalls aus der U-Haft entlassen werden müssen, da Fluchtgefahr als Haftgrund nicht greift. Als juristische Rechtfertigung für die U-Haft wurde deshalb angeführt, das Rechtsempfinden der Hamburger Bürger*innen sei gestört worden; diese hätten daher ein Anrecht auf schnelle Urteile. Wenn aber Auslieferungsanträge gestellt werden müssten, zögen die Prozesse sich zu sehr in die Länge.
Staatsanwaltschaft und Gerichte setzten die U-Haft gezielt als Druckmittel für Geständnisse ein. In mehreren Verfahren vermittelte die Staatsanwaltschaft immer wieder, es gebe Bewährungsstrafen nur im Falle eines Geständnisses. Dass dies nicht stimmt, wurde im Prozess gegen Emiliano Anfang Oktober 2017 deutlich. Dieser gab vor Gericht eine politische Erklärung ab, sagte jedoch nichts zur Sache aus und kam dennoch am ersten Prozesstag auf Bewährung frei. Auch Alessandro wurde ohne Geständnis an seinem ersten Prozesstag Ende Oktober 2017 auf Bewährung aus der Haft entlassen. Im Berufungsverfahren Ende April 2018 versuchte die Staatsanwaltschaft durchzusetzen, dass es bei einem G20-Verfahren ohne reuiges Geständnis keine Bewährung geben dürfe, doch das gegenteilige Urteil vom Oktober wurde bestätigt.
Es würde zu weit führen, über alle Verfahren einzeln zu berichten. In einigen Fällen, unter anderem bei der Anklage wegen versuchten Mordes wegen des angeblichen Laserpointer-Angriffs auf einen Polizeihubschrauber, ist von den ursprünglichen Anklagepunkten nicht viel übrig geblieben. Auch Konstantin wurde von den meisten ursprünglichen Vorwürfen freigesprochen und bekam als bislang erster eine Haftentschädigung für seine vier Monate U-Haft. Sein Prozess endete am 8. Mai mit einer Verurteilung wegen vermeintlichen Widerstands; er soll mit den Füßen gezappelt haben, als vier Polizisten auf ihm saßen. Gegen das Urteil hat er Berufung eingelegt. Insgesamt fällt auf: Bei Verfahren, in denen strittig verhandelt wurde, ergab sich im schlechtesten Fall das gleiche Resultat wie bei Verfahren mit Geständnissen. Bestenfalls aber lösten sich die Vorwürfe ohne Geständnis als unhaltbar auf.
Wieviele Prozesse tatsächlich stattfinden werden, ist noch unklar. Die Ermittlungen der Polizei laufen weiterhin auf Hochtouren. Im Juni 2018 befanden sich noch sechs Personen, nachdem sie erstinstanzlich verurteilt wurden, in Haft.

DNA-Entnahmen

Obwohl eine DNA-Entnahme nur mit einem richterlichen Beschluss erzwungen werden darf, verschickte die Polizei wiederholt Vorladungen und forderte ohne einen solchen Beschluss per Post zur DNA-Abgabe auf. Auch Personen in U-Haft wurden unter Druck gesetzt; zuweilen wurde ihnen suggeriert, sie seien verpflichtet, DNA-Proben abzugeben. Einzelne Gefangene wurden sogar zur DNA-Abnahme ins rechtsmedizinischen Institut verbracht, ohne dass ein richterlicher Beschluss vorlag. Bei anderen wurden unmittelbar nach Verhandlungen im Gerichtsgebäude DNA-Abnahmen durchgeführt.

Urteile als Abschreckung

Schon im ersten G20-Prozess sollte das von Richter **Johann Krieten** gesprochene Urteil vor allem einschüchtern. Wegen des Vorwurfs des schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, eines besonders schweren Angriffs auf Vollstreckungsbeamte sowie Widerstands verurteilte er einen 21-Jährigen aus den Niederlanden zu zweieinhalb Jahren Haft. Dieses Urteil dient de facto bis heute als Referenzrahmen. Insgesamt verhängte die Justiz bislang extrem harte Strafen und entsprach damit einer Forderung aus der Politik. Staatsanwaltschaft und teilweise auch Richter*innen behaupten immer wieder, aus generalpräventiven Gründen, also zur Abschreckung, seien harte Strafen nötig.

Schritte gegen die Stadt Hamburg

Im Januar 2018 wurden sechs Klagen beim Verwaltungsgericht gegen die Stadt eingereicht, um juristisch klären zu lassen, dass mehrere Versammlungsverbote und Polizeieinsätze gegen Demonstrant*innen rechtswidrig waren. Dabei geht es unter anderem um die Protestcamps in Entenwerder und Altona. In Entenwerder hatte die Polizei eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung ignoriert, womit laut der anwaltlichen Vertretung der Anmelder*innen ein „eklatanter Rechtsbruch" und „ein Putsch der Exekutive gegen die Judikative" zu konstatieren waren. Das Protestcamp im Altonaer Volkspark reichte Klage ein, da es wegen massiver Schikanen seitens der Polizei nicht wie geplant durchgeführt werden konnte.
Auch im Zusammenhang mit einer Blockadeaktion an der Außenalster wird gegen den Polizeieinsatz geklagt. Die Polizei hatte die Demo nicht ordnungsgemäß aufgelöst, sondern sie ohne Vorankündigung mit Schlagstöcken und Pfefferspray gewaltsam beendet. Mit drei weiteren Klagen will *Attac* die Rechtswidrigkeit der allgemeinen Demoverbotszone feststellen lassen.
Außerdem klagen mehrere Personen gegen ihre Ingewahrsamnahme am Rande der Abschlussdemo am 8. Juli 2017 am Millerntor. Eines der Verfahren wurde Anfang Juni gewonnen. Das Gericht hat das Gewahrsam insgesamt für rechtswidrig erklärt.

Delegitimierung von Protest

Die Repressionen gegen Linke im Zuge der G20-Prozesse zielen auf die Einschränkung und die Delegitimierung von Protesten. Die Hamburger Polizei nutzt die Fahndung nach „Straftätern", um sich politisch in Szene zu setzen, ihr eigenes brutales Vorgehen gegen Demonstrant*innen zu rechtfertigen und mehr Befugnisse für sich selbst zu fordern. Unter anderem in diesem Zusammenhang werden aktuell Polizeigesetze in mehreren Bundesländern verschärft. Um tatsächliche Strafverfolgung geht es dabei nur am Rande. Zudem hat im Zusammenhang der G20-Ereignisse die Diskussion um „linksextremistische Gewalt" bundesweit wieder verstärkt Einzug in öffentliche Debatte gehalten, was antifaschistischen Protest und emanzipatorische soziale Bewegungen kriminalisiert.

„United We Stand"

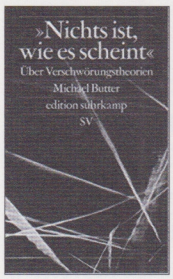
Seit dem G20-Gipfel gibt es monatliche Kundgebungen vor der JVA Billwerder; in zahlreichen Städten fanden Infoveranstaltungen und Solikneipen statt, und es wurden unzählige Briefe an die G20-Gefangenen geschrieben. Die Repression im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G20-Gipfel trifft einzelne Personen, doch zielt sie auf die Kriminalisierung und Einschüchterung jeglicher emanzipatorischer Politik und aller emanzipatorischen Strukturen. Umso wichtiger ist es, sich von der Repression nicht spalten zu lassen sondern solidarisch die Betroffenen zu unterstützen.
Der Text basiert auf der im Juli 2018 erscheinenden Broschüre „Dissenz NoG20 — Antirepression, Reflektion, emanzipatorische Praxis" und wurde für die Lotta gekürzt und überarbeitet. Weiterlesen könnt ihr auf https://unitedwestand.blackblogs.org

Aktuelle Entwicklungen nach Redaktionsschluss:

Am 27. Juni gab es erneut Hausdurchsuchungen in verschiedenen Städten. Von den vier festgenommenen Personen aus dem Raum Frankfurt am Main befinden sich zwei noch in U-Haft. Auch in Göttingen gab es eine Durchsuchung, die mit der Anwesenheit der Person bei den G20-Protesten in Hamburg begründet wurde. Peinlich für die Polizei: Es stellte sich heraus, dass die Person zu dem Zeitpunkt gar nicht in Deutschland war. Außerdem wurden mehrere Beschwerden gegen die Gefangenensammelstelle gewonnen. Das Landgericht Hamburg erklärte in mehreren Fällen den Polizeigewahrsam und einzelne Haftbedingungen (Ganzkörperkontrolle, offene Tür bei Toilettengang) für rechtswidrig.

Von Günter Born

Über Verschwörungstheorien



Michael Butter ordnet in seiner Studie „Nichts ist, wie es scheint" die Entwicklungslinien und den Bedeutungswandel von verschwörungstheoretischem Denken historisch ein. Bis in die 1950er Jahre habe der Glaube an Verschwörungstheorien in der westlichen Welt eine vollkommen legitime Wissensform dargestellt, die erst allmählich dekonstruiert worden und aus öffentlichen Diskursen verschwunden sei. Die gegenwärtige „Renaissance" konspirationistischer Ideen führt er zum einen auf das Erstarken populistischer Bewegungen zurück, die sich strukturell ähnlicher Argumentationsmuster bedienen. Zum anderen habe das Internet Verschwörungstheorien wieder sichtbarer gemacht. Nicht nur aufgrund der kulturgeschichtlichen Rahmung von Verschwörungstheorien ist die Studie äußerst empfehlenswert. Unaufgeregt und gut lesbar bietet das Buch einen Überblick über verschiedene Definitionen und Typologien von Verschwörungstheorien und erklärt zentrale Charakteristika verschwörungstheoretischen Denkens. Grundlegend sei etwa ein Menschen- und Geschichtsbild, das irrigerweise von der vollständigen Planbarkeit gesellschaftlicher und historischer Entwicklungen ausgeht. Die Ausprägungen und Resonanzräume dieser Weltanschauung werden anhand von Beispielen anschaulich illustriert. Um verschwörungstheoretischen Argumentationsmustern zu begegnen, empfiehlt Butter vor allem, Menschen die Fähigkeit zu vermitteln, „zwischen konspirationistischen und nichtkonspirationistischen Erklärungen zu unterscheiden". Hierfür seien Medien- und Geschichtskompetenz von zentraler Bedeutung.

Michael Butter
„Nichts ist, wie es scheint". Über Verschwörungstheorien.
edition suhrkamp,
Frankfurt am Main 2018
271 Seiten, 18,00 Euro

Von Mara Schmidt

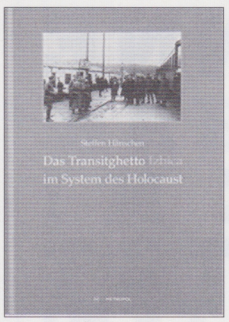
Kulturkampf und Gewissen

In dem Buch führen die Autor*innen ihre langjährigen Arbeitsschwerpunkte zusammen und formulieren auf Grundlage umfangreicher Recherchen eine emanzipatorische, feministische und behindertenpolitische Kritik der „Lebensschutz"-Bewegung. Das Buch löst ein, was der Titel verspricht: Analytisch wird die „Lebensschutz"-Bewegung aus der Begrenzung auf Abtreibungsgegnerschaft und religiösem Fundamentalismus herausgeführt und als Akteurin eines „Kulturkampfes" skizziert, der den Schulterschluss mit Teilen der „Neuen" und extremen Rechten argumentativ längst vollzogen hat. Zentral bleibt dabei das Thema Schwangerschaftsabbruch. Die Stärke des Buches zeigt sich auch in der Analyse der Themenerweiterung, über welche die AkteurInnen versuchen, eine medizinethische Deutungshoheit zu erlangen. Vorgestellt werden die Argumentationsmuster zu Themen wie künstliche Befruchtung, Präimplantationsdiagnostik, Sterbehilfe oder christliche Medizin. Es folgt eine Analyse der diskursiven, juristischen und politischen Strategien und Handlungsfelder, in denen „Lebensschützer" agieren. Die Grundlage hierfür bilden umfangreiche und gut belegte Recherchen. So ist es zum Beispiel interessant zu erfahren, dass auch einzelne Ärzt*innen und Hebammen durch ihre Weigerung einer Beteiligung an Abtreibungen das Angebot von Kliniken in diesem Bereich zurückzufahren in der Lage sind. Die wichtigsten Akteur*innen werden abschließend noch einmal in Kurzportraits vorgestellt.
Aktuelle und teils internationale Fälle von „Lebensschutz"-Aktivitäten bieten Leser*innen mit Vorwissen einen gut strukturierten Blick über den Tellerrand und machen das Buch gleichzeitig zu einer interessanten Einstiegslektüre ins Thema.

Kirsten Achtelik / Eike Sanders / Ulli Jentsch
Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der „Lebensschutz"-Bewegung
Verbrecher Verlag, Berlin 2018
160 Seiten, 15,00 Euro

Von Joachim Schröder

Das Transitghetto Izbica



Der Name Izbica ist nur wenigen ein Begriff: ein ostpolnisches Städtchen, rund 70 km südöstlich von Lublin gelegen, das die deutschen Besatzer im Zweiten Weltkrieg zu einem „Drehkreuz des Todes" umfunktionierten. Tausende jüdische Männer, Frauen und Kinder kamen hier aufgrund katastrophaler Bedingungen zu Tode oder wurden in den nahe gelegenen „Vernichtungslagern" Sobibor und Belzec ermordet.

Vor dem Krieg hatte Izbica rund 6.000 fast ausschließlich jüdische EinwohnerInnen. Die deutschen Besatzer erklärten es zum Ghetto, das aufgrund seiner geographischen Lage in einer Talmulde ohne Umzäunung blieb. Das Ghetto zu verlassen, war bei Todesstrafe verboten. Seine große Bedeutung erhielt Izbica ab März 1942, dem Beginn der „Aktion Reinhardt", also der Ermordung der jüdischen Bevölkerung in Polen. Diesem Massenmord fielen auch fast 80.000 Menschen zum Opfer, die ab März 1942 aus dem Deutschen Reich, dem damaligen „Protektorat Böhmen und Mähren", der Slowakei und Luxemburg in den Distrikt Lublin verschleppt wurden. Um die Massenmorde in den Mordlagern Belzec, Sobibor und Treblinka zu koordinieren, richteten die deutschen Zivilverwaltungen mehrere „Umschlagpunkte" — Transitghettos — ein. Hier sollten die dem Tod geweihten Menschen auf ihren Transport in eines der Mordlager warten. Dabei gaukelten die Besatzer den Menschen bis zum Schluss vor, sie würden weiter nach Osten „umgesiedelt". Das größte dieser Transitghettos war Izbica, verkehrsgünstig an der Strecke zwischen Lublin und Lemberg gelegen — und unweit von Sobibor und Belzec.

Anschaulich geschriebene Studie

Wie es in Izbica vor 1939 aussah, was nach dem deutschen Überfall und der bald folgenden Besatzung geschah, wie Izbica als Ghetto eingerichtet und zu einem Transitghetto wurde, wie die Besatzer wüteten und das Ghetto im November 1942 und dann endgültig im April 1943 brutal „aufgelöst" wurde — all dies ist in der voluminösen, aber anschaulich geschriebenen Studie des Berliner Historikers Steffen Hänschen zu erfahren. Als Mitarbeiter des *Bildungswerks Stanisław Hantz* organisiert Hänschen schon seit 20 Jahren Bildungsreisen in diese Region und kennt ihre Geschichte wie nur wenige. Dabei hat er die heute zugänglichen Quellen, Studien und Erinnerungen ausgiebig genutzt, wobei es ihm ein besonderes Anliegen war, den Stimmen der Verfolgten Gehör zu verleihen. So werden in Einschüben immer wieder Menschen vorgestellt, die als Jüdinnen und Juden von den Deutschen verfolgt wurden und die aus Izbica stammten oder sich vorübergehend dort aufhielten. Dankenswerterweise hat der Autor dieser ausgezeichneten Studie auch einen Anhang mit Dokumenten beigefügt — unter anderem erstmals ins Deutsche übersetzten Aussagen polnischer Überlebender, die die Gräueltaten der Deutschen bezeugten. Auch der einmalige Geheimbericht des jungen Esseners Ernst Krombach wird hier erstmals vollständig veröffentlicht. Krombach war im April 1942 von der Sammelstelle am Düsseldorfer Schlachthof nach Izbica verschleppt worden. Verdienstvoll ist auch die biographische Aufstellung der wenigen jüdischen Überlebenden. Von den aus dem Reich nach Izbica deportierten sind nur zwei (!) Überlebende bekannt: Käte Leschnitzer und Isidor Nebel.

Hänschen richtet bei seiner Darstellung immer wieder den Blick auf die Täter und betont, dass viele Stellen der deutschen Besatzungsverwaltung aktiv am allseits bekannten Mordprozess — getarnt als „Umsiedlung" — beteiligt waren. Auch die Kollaboration polnischer Täter wird als Thema nicht ausgespart. Geschildert wird zudem die ausgebliebene Verfolgung der Täter nach 1945. Lediglich zwei Gestapo-Schergen wurden (spät) zur Rechenschaft gezogen: „Kein einziger Ordnungspolizist musste am Ende zugeben, an den gewalttätigen Razzien in Izbica und den Deportationen aus dem Ort heraus teilgenommen zu haben."

Steffen Hänschen
Das Transitghetto Izbica im System des Holocaust
Metropol-Verlag, Berlin 2018
608 Seiten, 29,90 Euro

Magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN

abo@der-rechte-rand.de # www.der-rechte-rand.de # www.facebook.com/derrechterand

Recherche.
Analyse.
Perspektive.

Abo gegen rassistischen Scheißdreck

THEMA_

RELIGION UND ANDERE DROGEN

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 74/2017 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00

ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

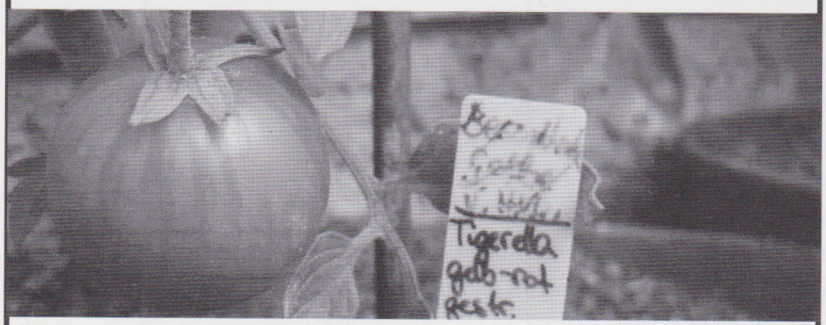
DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

graswurzel revolution



Schwerpunkt GWR 430: 50 Jahre 68. Tomaten, Revolten, Anarchie

Probeheft kostenlos: graswurzel.net/service

DIE ROTE HILFE

Zeitung gegen Repression

Schwerpunkt der Ausgabe 4/2017: 40 Jahre Deutscher Herbst

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Lotta abonnieren!

±Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.

Ich bestelle:
O ab der aktuellen Ausgabe
O ab der nächsten Ausgabe:

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben
O Jahresabo, Inland 18 Euro
O Jahresabo, Ausland 27 Euro
O Jahresförderabo (beliebige Summe ab 28 Euro.
Eine Spendenquittung über die Fördersumme stellen wir ab 50 Euro aus) ___ Euro

» Alle Preise inkl. Porto und Versand.
» Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter „Lotta bestellen".
» Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Postbank Dortmund
IBAN DE18 4401 0046 0994 5404 60
BIC PBNKDEFF

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (keine Briefmarken) beigelegt.

Achtung Kleingedrucktes: Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (unbedingt angeben)

....
Ort, Datum Unterschrift

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den Fotograf_innen und den Autor_innen. Nicht in allen Fällen konnten die Urheber_innen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Anzeige

Antifa-Themenabend jeden letzten Mittwoch im Monat, Eintritt frei

INPUT

PROGRAMM SEPTEMBER 2018

26. September 2018, 19.30 Uhr

„Islamfaschismus"? Zwischen rechtspopulistischer Polemik und gesellschaftskritischer Analyse

Annäherungen an einen umstrittenen Begriff

Referent: Michael Sturm (Historiker, Münster)

Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken Düsseldorf

Anzeige

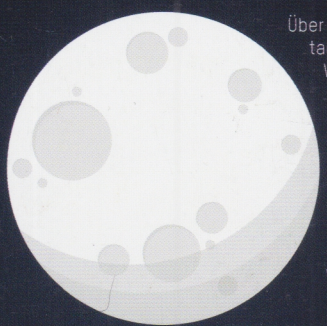
ANTIFA-CAMP IM RHEINLAND

16.-19. AUGUST 2018

THEORIE | PRAXIS | KULTUR | VERNETZUNG

Der Rechtsruck verschärft sich immer mehr, und das nicht erst, seitdem die AfD im Bundestag sitzt. Umso wichtiger ist nun eine starke antifaschistische Bewegung. Wir wollen einen Ort schaffen, an dem diese Bewegung zusammenkommen, sich verknüpfen und austauschen kann und laden euch deshalb zum Antifa-Camp im Rheinland ein.

Wir, das sind Antifaschist*innen aus Gruppen in diversen Klein- und Großstädten in NRW. Abseits des Alltags wollen wir uns gemeinsam mit euch Zeit nehmen für Debatten und eine Vernetzung untereinander.



Über vier Tage (Donnerstag bis Sonntag) bieten wir euch Vorträge, Workshops, Vernetzung, Kultur, Konzerte und natürlich viel Zeit zum Diskutieren und einander Kennenlernen. Wir richten uns sowohl an unorganisierte Interessierte ohne Vorerfahrung als auch an Menschen, die schon (seit Jahren) antifaschistisch aktiv und organisiert sind. Die Vermittlung von Grundkenntnissen werden ebenso Teil des Programms sein wie Angebote zur inhaltlichen Vertiefung, Diskussionen zu aktuellen Themen und Aktionstrainings für den Widerstand auf der Straße.

Wir freuen uns auf vier spannende Tage mit euch!

VERANSTALTER*INNEN:

Anarchistische Kollektiv Köln | Antifa Bonn-Rhein/Sieg | Antifaschistische Linke Düsseldorf | Antirassistische Intervention Duisburg | Autonome Antifa 170 [Dortmund] | Diskursiv Aachen Junge Antifa Bonn

DAS CAMP WIRD UNTERSTÜTZT VON:

about:fem [Köln] | Adelante – Antifaschistische Linke Bonn | Anarchistische Jugend Siegen | Anarchistisches Kollektiv 442 [Dortmund] | Antifa-Café Wuppertal | Antifa Koblenz | Antifaschistische Aktion Leverkusen | Antifaschistisches Bündnis der Universität Siegen | AStA Hochschule Düsseldorf | AZ Wuppertal | black mosquito – Mailorder | Disgusted Youth | Emanzipatorische Antifa Wuppertal | Infoladen „Kollektiv" [Wuppertal] | total li/e\beration [Wuppertal]

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

INFORMATIONEN ZU PROGRAMM UND ANMELDUNG GIBT ES UNTER: WWW.ANTIFA.CAMP